

Gerichtskostengesetz GKG

Datum: 5. Mai 2004

Fundstelle: BGBl I 2004, 718

Textnachweis ab: 1. 7.2004

(+++ Stand: Zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 5 G v. 22. 9.2005 I 2802 +++)

GKG 2004 Inhaltsübersicht

Abschnitt 1

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Kostenfreiheit
- § 3 Höhe der Kosten
- § 4 Verweisungen
- § 5 Verjährung, Verzinsung
- § 5a Elektronische Akte, elektronisches Dokument

Abschnitt 2

Fälligkeit

- § 6 Fälligkeit der Gebühren im Allgemeinen
- § 7 Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung
- § 8 Strafsachen, Bußgeldsachen
- § 9 Fälligkeit der Gebühren in sonstigen Fällen, Fälligkeit der Auslagen

Abschnitt 3

Vorschuss und Vorauszahlung

- § 10 Grundsatz
- § 11 Verfahren nach dem Arbeitsgerichtsgesetz
- § 12 Verfahren nach der Zivilprozessordnung
- § 13 Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung
- § 14 Ausnahmen von der Abhängigmachung
- § 15 Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren
- § 16 Privatklage, Nebenklage
- § 17 Auslagen
- § 18 Fortdauer der Vorschusspflicht

Abschnitt 4

Kostenansatz

- § 19 Kostenansatz
- § 20 Nachforderung
- § 21 Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung

Abschnitt 5

Kostenhaftung

- § 22 Streitverfahren, Bestätigungen und Bescheinigungen zu inländischen Titeln
- § 23 Insolvenzverfahren
- § 24 Öffentliche Bekanntmachung in ausländischen Insolvenzverfahren
- § 25 Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung
- § 26 Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

- § 27 Bußgeldsachen
- § 28 Auslagen in weiteren Fällen
- § 29 Weitere Fälle der Kostenhaftung
- § 30 Erlöschen der Zahlungspflicht
- § 31 Mehrere Kostenschuldner
- § 32 Haftung von Streitgenossen und Beigeladenen
- § 33 Verpflichtung zur Zahlung von Kosten in besonderen Fällen

Abschnitt 6

Gebührenvorschriften

- § 34 Wertgebühren
- § 35 Einmalige Erhebung der Gebühren
- § 36 Teile des Streitgegenstands
- § 37 Zurückverweisung
- § 38 Verzögerung des Rechtsstreits

Abschnitt 7

Wertvorschriften

Unterabschnitt 1

Allgemeine Wertvorschriften

- § 39 Grundsatz
- § 40 Zeitpunkt der Wertberechnung
- § 41 Miet-, Pacht- und ähnliche Nutzungsverhältnisse
- § 42 Wiederkehrende Leistungen
- § 43 Nebenforderungen
- § 44 Stufenklage
- § 45 Klage und Widerklage, Hilfsanspruch, wechselseitige Rechtsmittel, Aufrechnung
- § 46 Familiensachen und Lebenspartnerschaftssachen
- § 47 Rechtsmittelverfahren

Unterabschnitt 2

Besondere Wertvorschriften

- § 48 Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, Familien- und Lebenspartnerschaftssachen
- § 49 Versorgungsausgleich
- § 50 Beschwerdeverfahren nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem Energiewirtschaftsgesetz, dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz und dem Wertpapierhandelsgesetz
- § 51 Streitsachen und Rechtsmittelverfahren des gewerblichen Rechtsschutzes
- § 51a Rechtsbeschwerdeverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz
- § 52 Verfahren vor Gerichten der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit
- § 53 Einstweiliger Rechtsschutz, bestimmte Verfahren nach dem Aktiengesetz und dem Umwandlungsgesetz
- § 54 Zwangsversteigerung
- § 55 Zwangsverwaltung
- § 56 Zwangsversteigerung von Schiffen, Schiffsbauwerken, Luftfahrzeugen und grundstücksgleichen Rechten
- § 57 Zwangsliquidation einer Bahneinheit
- § 58 Insolvenzverfahren
- § 59 Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung

§ 60 Gerichtliche Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz

Unterabschnitt 3

Wertfestsetzung

§ 61 Angabe des Werts

§ 62 Wertfestsetzung für die Zuständigkeit des Prozessgerichts oder die Zulässigkeit des Rechtsmittels

§ 63 Wertfestsetzung für die Gerichtsgebühren

§ 64 Schätzung des Werts

§ 65 Wertfestsetzung in gerichtlichen Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz

Abschnitt 8

Erinnerung und Beschwerde

§ 66 Erinnerung gegen den Kostenansatz, Beschwerde

§ 67 Beschwerde gegen die Anordnung einer Vorauszahlung

§ 68 Beschwerde gegen die Festsetzung des Streitwerts

§ 69 Beschwerde gegen die Auferlegung einer Verzögerungsgebühr

§ 69a Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

Abschnitt 9

Schluss- und Übergangsvorschriften

§ 70 Rechnungsgebühren

§ 71 Übergangsvorschrift

§ 72 Übergangsvorschrift aus Anlass des Inkrafttretens dieses Gesetzes

Anlage 1 (zu § 3 Abs. 2)

Anlage 2 (zu § 34)

Abschnitt 1 Allgemeine Vorschriften

GKG 2004 § 1 Geltungsbereich

Für folgende Verfahren werden Kosten (Gebühren und Auslagen) nur nach diesem Gesetz erhoben:

1. vor den ordentlichen Gerichten
 - a) nach der Zivilprozessordnung;
 - b) in Familiensachen des § 621 Abs. 1 Nr. 1 bis 3, 6, 7 und 9 der Zivilprozessordnung, die Folgesachen einer Scheidungssache sind, in Familiensachen des § 621 Abs. 1 Nr. 9 der Zivilprozessordnung auch dann, wenn nach § 621a Abs. 2 der Zivilprozessordnung einheitlich durch Urteil zu entscheiden ist;
 - c) in Lebenspartnerschaftssachen des § 661 Abs. 1 Nr. 3a bis 3c, 4a, 5 und 7 der Zivilprozessordnung, die Folgesachen eines Verfahrens über die Aufhebung der Lebenspartnerschaft sind; in Lebenspartnerschaftssachen des § 661 Abs. 1 Nr. 7 der Zivilprozessordnung auch dann, wenn nach § 661 Abs. 2, § 621a Abs. 2 der Zivilprozessordnung einheitlich durch Urteil zu entscheiden ist;
 - d) nach der Insolvenzordnung;
 - e) nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung;
 - f) nach dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung;
 - g) nach der Strafprozessordnung;
 - h) nach dem Jugendgerichtsgesetz;
 - i) nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten;
 - j) nach dem Strafvollzugsgesetz;
 - k) nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen;
 - l) nach dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz;
 - m) nach dem Wertpapierhandelsgesetz;
 - n) nach dem Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz;
 - o) für Rechtsmittelverfahren vor dem Bundesgerichtshof nach dem Patentgesetz, dem Gebrauchsmustergesetz, dem Markengesetz, dem Geschmacksmustergesetz, dem Halbleiterschutzgesetz und dem Sortenschutzgesetz (Rechtsmittelverfahren des gewerblichen Rechtsschutzes);
 - p) nach dem Energiewirtschaftsgesetz;
- q) nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz;
2. vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach der Verwaltungsgerichtsordnung;
3. vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit nach der Finanzgerichtsordnung;
4. vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit nach dem Sozialgerichtsgesetz, soweit nach diesem Gesetz das Gerichtskostengesetz anzuwenden ist;
5. vor den Gerichten für Arbeitssachen nach dem Arbeitsgerichtsgesetz und
6. vor den Staatsanwaltschaften nach der Strafprozessordnung, dem Jugendgerichtsgesetz und dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten.

GKG 2004 § 2 Kostenfreiheit

(1) In Verfahren vor den ordentlichen Gerichten und den Gerichten der Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit sind von der Zahlung der Kosten befreit der Bund und die Länder sowie die nach Haushaltsplänen des Bundes oder eines Landes verwalteten öffentlichen Anstalten und Kassen. In Verfahren der Zwangsvollstreckung wegen öffentlich-rechtlicher Geldforderungen ist maßgebend, wer ohne Berücksichtigung des §

- 252 der Abgabenordnung oder entsprechender Vorschriften Gläubiger der Forderung ist.
- (2) Für Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen nach § 2a Abs. 1, § 103 Abs. 3, § 108 Abs. 3 und § 109 des Arbeitsgerichtsgesetzes sowie nach den §§ 122 und 126 der Insolvenzordnung werden Kosten nicht erhoben.
- (3) Sonstige bundesrechtliche Vorschriften, durch die für Verfahren vor den ordentlichen Gerichten und den Gerichten der Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit eine sachliche oder persönliche Befreiung von Kosten gewährt ist, bleiben unberührt. Landesrechtliche Vorschriften, die für diese Verfahren in weiteren Fällen eine sachliche oder persönliche Befreiung von Kosten gewähren, bleiben unberührt.
- (4) Vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit und den Gerichten für Arbeitssachen finden bundesrechtliche oder landesrechtliche Vorschriften über persönliche Kostenfreiheit keine Anwendung. Vorschriften über sachliche Kostenfreiheit bleiben unberührt.
- (5) Soweit jemandem, der von Kosten befreit ist, Kosten des Verfahrens auferlegt werden, sind Kosten nicht zu erheben; bereits erhobene Kosten sind zurückzuzahlen. Das Gleiche gilt, soweit ein von Kosten Befreiter Kosten des Verfahrens übernimmt.

GKG 2004 § 3 Höhe der Kosten

- (1) Die Gebühren richten sich nach dem Wert des Streitgegenstands (Streitwert), soweit nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Kosten werden nach dem Kostenverzeichnis der Anlage 1 zu diesem Gesetz erhoben.

GKG 2004 § 4 Verweisungen

- (1) Verweist ein erstinstanzliches Gericht oder ein Rechtsmittelgericht ein Verfahren an ein erstinstanzliches Gericht desselben oder eines anderen Zweiges der Gerichtsbarkeit, ist das frühere erstinstanzliche Verfahren als Teil des Verfahrens vor dem übernehmenden Gericht zu behandeln.
- (2) Mehrkosten, die durch Anrufung eines Gerichts entstehen, zu dem der Rechtsweg nicht gegeben oder das für das Verfahren nicht zuständig ist, werden nur dann erhoben, wenn die Anrufung auf verschuldeter Unkenntnis der tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse beruht. Die Entscheidung trifft das Gericht, an das verwiesen worden ist.

GKG 2004 § 5 Verjährung, Verzinsung

- (1) Ansprüche auf Zahlung von Kosten verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem das Verfahren durch rechtskräftige Entscheidung über die Kosten, durch Vergleich oder in sonstiger Weise beendet ist. Für die Ansprüche auf Zahlung von Auslagen des erstinstanzlichen Musterverfahrens nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz beginnt die Frist frühestens mit dem rechtskräftigen Abschluss des Musterverfahrens.
- (2) Ansprüche auf Rückerstattung von Kosten verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs, in dem die Zahlung erfolgt ist. Die Verjährung beginnt jedoch nicht vor dem im Absatz 1 bezeichneten Zeitpunkt. Durch Einlegung eines Rechtsbehelfs mit dem Ziel der Rückerstattung wird die Verjährung wie durch Klageerhebung gehemmt.
- (3) Auf die Verjährung sind die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs anzuwenden; die Verjährung wird nicht von Amts wegen berücksichtigt. Die Verjährung der Ansprüche auf Zahlung von Kosten beginnt auch durch die Aufforderung zur Zahlung oder durch eine dem Schuldner mitgeteilte Stundung erneut. Ist der Aufenthalt des Kostenschuldners unbekannt, genügt die Zustellung durch Aufgabe zur Post unter seiner letzten bekannten Anschrift. Bei Kostenbeträgen unter 25 Euro beginnt die Verjährung weder erneut noch wird sie gehemmt.
- (4) Ansprüche auf Zahlung und Rückerstattung von Kosten werden vorbehaltlich der nach Nummer 9019 des Kostenverzeichnisses für das erstinstanzliche Musterverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz geltenden Regelung nicht verzinst.

GKG 2004 § 5a Elektronische Akte, elektronisches Dokument

- (1) Die Vorschriften über die elektronische Akte und das gerichtliche elektronische Dokument für das Verfahren, in dem die Kosten anfallen, sind anzuwenden.
- (2) Soweit für Anträge und Erklärungen in dem Verfahren, in dem die Kosten anfallen, die Aufzeichnung als elektronisches Dokument genügt, genügt diese Form auch für Anträge und Erklärungen nach diesem Gesetz. Die verantwortende Person soll das Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz

versehen. Ist ein übermitteltes elektronisches Dokument für das Gericht zur Bearbeitung nicht geeignet, ist dies dem Absender unter Angabe der geltenden technischen Rahmenbedingungen unverzüglich mitzuteilen.

(3) Ein elektronisches Dokument ist eingereicht, sobald die für den Empfang bestimmte Einrichtung des Gerichts es aufgezeichnet hat.

Abschnitt 2 Fälligkeit

GKG 2004 § 6 Fälligkeit der Gebühren im Allgemeinen

(1) In folgenden Verfahren wird die Verfahrensgebühr mit der Einreichung der Klage-, Antrags-, Einspruchs- oder Rechtsmittelschrift oder mit der Abgabe der entsprechenden Erklärung zu Protokoll fällig:

1. in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten einschließlich
 - a) der Ehesachen und der Familiensachen nach § 621 Abs. 1 Nr. 4, 5, 8 und 11 der Zivilprozessordnung und nach § 621 Abs. 1 Nr. 10 der Zivilprozessordnung mit Ausnahme der Verfahren nach § 1600e Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und
 - b) der Lebenspartnerschaftssachen nach § 661 Abs. 1 Nr. 1 bis 3, 3d, 4 und 6 der Zivilprozessordnung;
2. in Insolvenzverfahren und in schifffahrtsrechtlichen Verteilungsverfahren;
3. in Rechtsmittelverfahren des gewerblichen Rechtsschutzes und
4. in Prozessverfahren vor den Gerichten der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit.

(2) Absatz 1 gilt nicht in Scheidungsfolgesachen und in Folgesachen eines Verfahrens über die Aufhebung der Lebenspartnerschaft.

(3) Soweit die Gebühr eine Entscheidung oder sonstige gerichtliche Handlung voraussetzt, wird sie mit dieser fällig.

(4) In Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen bestimmt sich die Fälligkeit der Kosten nach § 9.

GKG 2004 § 7 Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung

(1) Die Gebühren für die Entscheidung über den Antrag auf Anordnung der Zwangsversteigerung und über den Beitritt werden mit der Entscheidung fällig. Die Gebühr für die Erteilung des Zuschlags wird mit dessen Verkündung und, wenn der Zuschlag von dem Beschwerdegericht erteilt wird, mit der Zustellung des Beschlusses an den Ersteher fällig. Im Übrigen werden die Gebühren im ersten Rechtszug im Verteilungstermin und, wenn das Verfahren vorher aufgehoben wird, mit der Aufhebung fällig.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt im Verfahren der Zwangsverwaltung entsprechend. Im Übrigen werden die Gebühren mit der Aufhebung des Verfahrens und, wenn es länger als ein Jahr dauert, am Ende eines jeden Jahres, gerechnet ab dem Tag der Beschlagnahme, fällig.

GKG 2004 § 8 Strafsachen, Bußgeldsachen

In Strafsachen werden die Kosten, die dem verurteilten Beschuldigten zur Last fallen, erst mit der Rechtskraft des Urteils fällig. Dies gilt in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten entsprechend.

GKG 2004 § 9 Fälligkeit der Gebühren in sonstigen Fällen, Fälligkeit der Auslagen

(1) Die Auslagen des Musterverfahrens nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz werden mit dem rechtskräftigen Abschluss des Musterverfahrens fällig.

(2) Im Übrigen werden die Gebühren und die Auslagen fällig, wenn

1. eine unbedingte Entscheidung über die Kosten ergangen ist,
2. das Verfahren oder der Rechtszug durch Vergleich oder Zurücknahme beendet ist,
3. das Verfahren sechs Monate ruht oder sechs Monate nicht betrieben worden ist,
4. das Verfahren sechs Monate unterbrochen oder sechs Monate ausgesetzt war oder
5. das Verfahren durch anderweitige Erledigung beendet ist.

(3) Die Dokumentenpauschale sowie die Auslagen für die Versendung und die elektronische Übermittlung von Akten werden sofort nach ihrer Entstehung fällig.

Abschnitt 3 Vorschuss und Vorauszahlung

GKG 2004 § 10 Grundsatz

In weiterem Umfang als die Prozessordnungen und dieses Gesetz es gestatten, darf die Tätigkeit der Gerichte von der Sicherstellung oder Zahlung der Kosten nicht abhängig gemacht werden.

GKG 2004 § 11 Verfahren nach dem Arbeitsgerichtsgesetz

In Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen sind die Vorschriften dieses Abschnitts nicht anzuwenden; dies gilt für die Zwangsvollstreckung in Arbeitssachen auch dann, wenn das Amtsgericht Vollstreckungsgericht ist.

GKG 2004 § 12 Verfahren nach der Zivilprozessordnung

(1) In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten soll die Klage erst nach Zahlung der Gebühr für das Verfahren im Allgemeinen zugestellt werden. Wird der Klageantrag erweitert, soll vor Zahlung der Gebühr für das Verfahren im Allgemeinen keine gerichtliche Handlung vorgenommen werden; dies gilt auch in der Rechtsmittelinstanz.

(2) Absatz 1 gilt nicht

1. für die Widerklage,
2. für Scheidungsfolgesachen,
3. für Folgesachen eines Verfahrens über die Aufhebung der Lebenspartnerschaft,
4. für Familiensachen nach § 621 Abs. 1 Nr. 9 der Zivilprozessordnung,
5. für Lebenspartnerschaftssachen nach § 661 Abs. 1 Nr. 7 der Zivilprozessordnung sowie
6. für Rechtsstreitigkeiten über Erfindungen eines Arbeitnehmers, soweit nach § 39 des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen die für Patentstreitsachen zuständigen Gerichte ausschließlich zuständig sind.

(3) Sofern im Klageverfahren Absatz 1 Satz 1 Anwendung fände, soll auch der Mahnbescheid erst nach Zahlung der dafür vorgesehenen Gebühr erlassen werden. Wird der Mahnbescheid maschinell erstellt, gilt Satz 1 erst für den Erlass des Vollstreckungsbescheids. Im Mahnverfahren soll auf Antrag des Antragstellers nach Erhebung des Widerspruchs die Sache an das für das streitige Verfahren als zuständig bezeichnete Gericht erst abgegeben werden, wenn die Gebühr für das Verfahren im Allgemeinen gezahlt ist; dies gilt entsprechend für das Verfahren nach Erlass eines Vollstreckungsbescheids unter Vorbehalt der Ausführung der Rechte des Beklagten.

(4) Über den Antrag auf Abnahme der eidesstattlichen Versicherung, auf Erteilung einer Ablichtung oder eines Ausdrucks des mit eidesstattlicher Versicherung abgegebenen Vermögensverzeichnisses oder den Antrag auf Gewährung der Einsicht in dieses Vermögensverzeichnis soll erst nach Zahlung der dafür vorgesehenen Gebühr entschieden werden.

(5) Über Anträge auf Erteilung einer weiteren vollstreckbaren Ausfertigung (§ 733 der Zivilprozessordnung) und über Anträge auf gerichtliche Handlungen der Zwangsvollstreckung gemäß § 829 Abs. 1, §§ 835, 839, 846 bis 848, 857, 858, 886 bis 888 oder § 890 der Zivilprozessordnung soll erst nach Zahlung der Gebühr für das Verfahren und der Auslagen für die Zustellung entschieden werden.

GKG 2004 § 13 Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung

Über den Antrag auf Eröffnung des Verteilungsverfahrens nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung soll erst nach Zahlung der dafür vorgesehenen Gebühr und der Auslagen für die öffentliche Bekanntmachung entschieden werden.

GKG 2004 § 14 Ausnahmen von der Abhängigmachung

Die §§ 12 und 13 gelten nicht,

1. soweit dem Antragsteller Prozesskostenhilfe bewilligt ist,
2. wenn dem Antragsteller Gebührenfreiheit zusteht oder

3. wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung nicht aussichtslos oder mutwillig erscheint und wenn glaubhaft gemacht wird, dass
 - a) dem Antragsteller die alsbaldige Zahlung der Kosten mit Rücksicht auf seine Vermögenslage oder aus sonstigen Gründen Schwierigkeiten bereiten würde oder
 - b) eine Verzögerung dem Antragsteller einen nicht oder nur schwer zu ersetzenden Schaden bringen würde; zur Glaubhaftmachung genügt in diesem Fall die Erklärung des zum Prozessbevollmächtigten bestellten Rechtsanwalts.

GKG 2004 § 15 Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

(1) Im Zwangsversteigerungsverfahren ist spätestens bei der Bestimmung des Zwangsversteigerungstermins ein Vorschuss in Höhe des Doppelten einer Gebühr für die Abhaltung des Versteigerungstermins zu erheben.

(2) Im Zwangsverwaltungsverfahren hat der Antragsteller jährlich einen angemessenen Gebührenvorschuss zu zahlen.

GKG 2004 § 16 Privatklage, Nebenklage

(1) Der Privatkläger hat, wenn er Privatklage erhebt, Rechtsmittel einlegt, die Wiederaufnahme beantragt oder das Verfahren nach den §§ 440, 441 der Strafprozessordnung betreibt, für den jeweiligen Rechtszug einen Betrag in Höhe der entsprechenden in den Nummern 3311, 3321, 3331, 3340, 3410, 3431, 3441 oder 3450 des Kostenverzeichnisses bestimmten Gebühr als Vorschuss zu zahlen. Der Widerkläger ist zur Zahlung eines Gebührenvorschusses nicht verpflichtet.

(2) Der Nebenkläger hat, wenn er Rechtsmittel einlegt oder die Wiederaufnahme beantragt, für den jeweiligen Rechtszug einen Betrag in Höhe der entsprechenden in den Nummern 3511, 3521 oder 3530 des Kostenverzeichnisses bestimmten Gebühr als Vorschuss zu zahlen. Wenn er im Verfahren nach den §§ 440, 441 der Strafprozessordnung Rechtsmittel einlegt oder die Wiederaufnahme beantragt, hat er für den jeweiligen Rechtszug einen Betrag in Höhe der entsprechenden in den Nummern 3431, 3441 oder 3450 des Kostenverzeichnisses bestimmten Gebühr als Vorschuss zu zahlen.

GKG 2004 § 17 Auslagen

(1) Wird die Vornahme einer Handlung, mit der Auslagen verbunden sind, beantragt, hat derjenige, der die Handlung beantragt hat, einen zur Deckung der Auslagen hinreichenden Vorschuss zu zahlen. Das Gericht soll die Vornahme der Handlung von der vorherigen Zahlung abhängig machen.

(2) Die Herstellung und Überlassung von Dokumenten auf Antrag sowie die Versendung und die elektronische Übermittlung von Akten können von der vorherigen Zahlung eines die Auslagen deckenden Vorschusses abhängig gemacht werden.

(3) Bei Handlungen, die von Amts wegen vorgenommen werden, kann ein Vorschuss zur Deckung der Auslagen erhoben werden.

(4) Absatz 1 gilt nicht in Musterverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz, für die Anordnung einer Haft und in Strafsachen nur für den Privatkläger, den Widerkläger sowie für den Nebenkläger, der Berufung oder Revision eingelegt hat. Absatz 2 gilt nicht in Strafsachen und in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, wenn der Beschuldigte oder sein Beistand Antragsteller ist. Absatz 3 gilt nicht in Strafsachen, in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sowie in Verfahren über einen Schuldenbereinigungsplan (§ 306 der Insolvenzordnung).

GKG 2004 § 18 Fortdauer der Vorschusspflicht

Die Verpflichtung zur Zahlung eines Vorschusses bleibt bestehen, auch wenn die Kosten des Verfahrens einem anderen auferlegt oder von einem anderen übernommen sind. § 31 Abs. 2 gilt entsprechend.

Abschnitt 4 Kostenansatz

GKG 2004 § 19 Kostenansatz

(1) Außer in Strafsachen und in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten werden angesetzt:

1. die Kosten des ersten Rechtszugs bei dem Gericht, bei dem das Verfahren im ersten Rechtszug anhängig ist oder zuletzt anhängig war,
2. die Kosten des Rechtsmittelverfahrens bei dem Rechtsmittelgericht.

Dies gilt auch dann, wenn die Kosten bei einem ersuchten Gericht entstanden sind.

(2) In Strafsachen und in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, in denen eine gerichtliche Entscheidung durch die Staatsanwaltschaft zu vollstrecken ist, werden die Kosten bei der Staatsanwaltschaft angesetzt. In Jugendgerichtssachen, in denen eine Vollstreckung einzuleiten ist, werden die Kosten bei dem Amtsgericht angesetzt, dem der Jugendrichter angehört, der die Vollstreckung einzuleiten hat (§ 84 des Jugendgerichtsgesetzes); ist daneben die Staatsanwaltschaft Vollstreckungsbehörde, werden die Kosten bei dieser angesetzt. Im Übrigen werden die Kosten in diesen Verfahren bei dem Gericht des ersten Rechtszugs angesetzt. Die Kosten des Rechtsmittelverfahrens vor dem Bundesgerichtshof werden stets bei dem Bundesgerichtshof angesetzt.

(3) Hat die Staatsanwaltschaft im Fall des § 25a des Straßenverkehrsgesetzes eine abschließende Entscheidung getroffen, werden die Kosten einschließlich derer, die durch einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung entstanden sind, bei ihr angesetzt.

(4) Die Dokumentenpauschale sowie die Auslagen für die Versendung und die elektronische Übermittlung von Akten werden bei der Stelle angesetzt, bei der sie entstanden sind.

(5) Der Kostenansatz kann im Verwaltungsweg berichtigt werden, solange nicht eine gerichtliche Entscheidung getroffen ist. Ergeht nach der gerichtlichen Entscheidung über den Kostenansatz eine Entscheidung, durch die der Streitwert anders festgesetzt wird, kann der Kostenansatz ebenfalls berichtigt werden.

GKG 2004 § 20 Nachforderung

Wegen irrigen Ansatzes dürfen Kosten nur nachgefordert werden, wenn der berichtigte Ansatz dem Zahlungspflichtigen vor Ablauf des nächsten Kalenderjahrs, nachdem die Entscheidung Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat, mitgeteilt worden ist. Ist die Wertfestsetzung geändert worden, genügt es, wenn der berichtigte Ansatz dem Zahlungspflichtigen drei Monate nach der Änderung der Wertfestsetzung mitgeteilt worden ist.

GKG 2004 § 21 Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung

(1) Kosten, die bei richtiger Behandlung der Sache nicht entstanden wären, werden nicht erhoben. Das Gleiche gilt für Auslagen, die durch eine von Amts wegen veranlasste Verlegung eines Termins oder Vertagung einer Verhandlung entstanden sind. Für abweisende Entscheidungen sowie bei Zurücknahme eines Antrags kann von der Erhebung von Kosten abgesehen werden, wenn der Antrag auf unverschuldeter Unkenntnis der tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnisse beruht.

(2) Die Entscheidung trifft das Gericht. Solange nicht das Gericht entschieden hat, können Anordnungen nach Absatz 1 im Verwaltungsweg erlassen werden. Eine im Verwaltungsweg getroffene Anordnung kann nur im Verwaltungsweg geändert werden.

Abschnitt 5 Kostenhaftung

GKG 2004 § 22 Streitverfahren, Bestätigungen und Bescheinigungen zu inländischen Titeln

(1) In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sowie in Verfahren nach § 1 Nr. 1 Buchstabe b, c und o und Nr. 2 bis 4 schuldet die Kosten, wer das Verfahren des Rechtszugs beantragt hat, im Verfahren, das gemäß § 700 Abs. 3 der Zivilprozessordnung dem Mahnverfahren folgt, wer den Vollstreckungsbescheid beantragt hat. Die Gebühr für den Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs schuldet jeder, der an dem Abschluss beteiligt ist.

(2) In Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen ist Absatz 1 nicht anzuwenden, soweit eine Kostenhaftung nach § 29 Nr. 1 oder 2 besteht. Absatz 1 ist ferner nicht anzuwenden, solange bei einer Zurückverweisung des Rechtsstreits an die Vorinstanz nicht feststeht, wer für die Kosten nach § 29 Nr. 1 oder 2 haftet, und der Rechtsstreit noch anhängig ist; er ist jedoch anzuwenden, wenn das Verfahren nach Zurückverweisung sechs Monate geruht hat oder sechs Monate von den Parteien nicht betrieben worden ist.

(3) In Verfahren über Anträge auf Ausstellung einer Bestätigung nach § 1079 der Zivilprozessordnung oder einer Bescheinigung nach § 56 des Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetzes schuldet die Kosten der Antragsteller.

(4) Im erstinstanzlichen Musterverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz ist Absatz 1 nicht anzuwenden. Im Verfahren über die Rechtsbeschwerde nach § 15 des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes schuldet neben dem Rechtsbeschwerdeführer auch der Beigeladene, der dem Rechtsbeschwerdeverfahren auf Seiten des Rechtsbeschwerdeführers beigetreten ist, die Kosten.

GKG 2004 § 23 Insolvenzverfahren

(1) Die Gebühr für das Verfahren über den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens schuldet, wer den Antrag gestellt hat. Wird der Antrag abgewiesen oder zurückgenommen, gilt dies auch für die entstandenen Auslagen. Die Auslagen nach Nummer 9018 des Kostenverzeichnisses schuldet jedoch nur der Schuldner des Insolvenzverfahrens.

(2) Die Kosten des Verfahrens über die Versagung oder den Widerruf der Restschuldbefreiung (§§ 296, 297, 300 und 303 der Insolvenzordnung) schuldet, wer das Verfahren beantragt hat.

(3) Im Übrigen schuldet die Kosten der Schuldner des Insolvenzverfahrens.

GKG 2004 § 24 Öffentliche Bekanntmachung in ausländischen Insolvenzverfahren

Die Kosten des Verfahrens über den Antrag auf öffentliche Bekanntmachung ausländischer Entscheidungen in Insolvenzverfahren oder vergleichbaren Verfahren schuldet, wer das Verfahren beantragt hat.

GKG 2004 § 25 Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung

Die Kosten des Verteilungsverfahrens nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung schuldet, wer das Verfahren beantragt hat.

GKG 2004 § 26 Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

(1) Die Kosten des Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahrens sowie des Verfahrens der Zwangsliquidation einer Bahneinheit schuldet vorbehaltlich des Absatzes 2, wer das Verfahren beantragt hat, soweit die Kosten nicht dem Erlös entnommen werden können.

(2) Die Kosten für die Erteilung des Zuschlags schuldet nur der Ersteher; § 29 Nr. 3 bleibt unberührt. Im Fall der Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot oder der Erklärung, für einen Dritten geboten zu haben (§ 81 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung), haften der Ersteher und der Meistbietende als Gesamtschuldner.

(3) Die Kosten des Beschwerdeverfahrens schuldet der Beschwerdeführer.

GKG 2004 § 27 Bußgeldsachen

Der Betroffene, der im gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten den Einspruch gegen einen Bußgeldbescheid zurücknimmt, schuldet die entstandenen Kosten.

GKG 2004 § 28 Auslagen in weiteren Fällen

(1) Die Dokumentenpauschale schuldet ferner, wer die Erteilung der Ausfertigungen, Ablichtungen oder Ausdrücke beantragt hat. Sind Ablichtungen oder Ausdrücke angefertigt worden, weil die Partei oder der Beteiligte es unterlassen hat, die erforderliche Zahl von Mehrfertigungen beizufügen, schuldet nur die Partei oder der Beteiligte die Dokumentenpauschale.

(2) Die Auslagen nach Nummer 9003 des Kostenverzeichnisses schuldet nur, wer die Versendung oder die elektronische Übermittlung der Akte beantragt hat.

(3) Im Verfahren auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe einschließlich des Verfahrens auf Bewilligung grenzüberschreitender Prozesskostenhilfe ist der Antragsteller Schuldner der Auslagen, wenn der Antrag zurückgenommen oder von dem Gericht abgelehnt oder wenn die Übermittlung des Antrags von der Übermittlungsstelle oder das Ersuchen um Prozesskostenhilfe von der Empfangsstelle abgelehnt wird.

GKG 2004 § 29 Weitere Fälle der Kostenhaftung

Die Kosten schuldet ferner,

1. wem durch gerichtliche oder staatsanwaltschaftliche Entscheidung die Kosten des Verfahrens auferlegt sind;
2. wer sie durch eine vor Gericht abgegebene oder dem Gericht mitgeteilte Erklärung oder in einem vor Gericht abgeschlossenen oder dem Gericht mitgeteilten Vergleich übernommen hat; dies gilt auch, wenn bei einem Vergleich ohne Bestimmung über die Kosten diese als von beiden Teilen je zur Hälfte übernommen anzusehen sind;
3. wer für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet und
4. der Vollstreckungsschuldner für die notwendigen Kosten der Zwangsvollstreckung.

GKG 2004 § 30 Erlöschen der Zahlungspflicht

Die durch gerichtliche oder staatsanwaltschaftliche Entscheidung begründete Verpflichtung zur Zahlung von Kosten erlischt, soweit die Entscheidung durch eine andere gerichtliche Entscheidung aufgehoben oder abgeändert wird. Soweit die Verpflichtung zur Zahlung von Kosten nur auf der aufgehobenen oder abgeänderten Entscheidung beruht hat, werden bereits gezahlte Kosten zurückerstattet.

GKG 2004 § 31 Mehrere Kostenschuldner

(1) Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

(2) Soweit ein Kostenschuldner aufgrund von § 29 Nr. 1 oder 2 (Erstschuldner) haftet, soll die Haftung eines anderen Kostenschuldners nur geltend gemacht werden, wenn eine Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des ersteren erfolglos geblieben ist oder aussichtslos erscheint. Zahlungen des Erstschuldners mindern seine Haftung aufgrund anderer Vorschriften dieses Gesetzes auch dann in voller Höhe, wenn sich seine Haftung nur auf einen Teilbetrag bezieht.

(3) Soweit einem Kostenschuldner, der aufgrund von § 29 Nr. 1 haftet (Entscheidungsschuldner), Prozesskostenhilfe bewilligt worden ist, darf die Haftung eines anderen Kostenschuldners nicht geltend gemacht werden; von diesem bereits erhobene Kosten sind zurückzuzahlen. Die Haftung eines anderen Kostenschuldners darf auch nicht geltend gemacht werden, soweit dem Entscheidungsschuldner ein Betrag für die Reise zum Ort einer Verhandlung, Vernehmung oder Untersuchung und für die Rückreise gewährt worden ist.

GKG 2004 § 32 Haftung von Streitgenossen und Beigeladenen

(1) Streitgenossen haften als Gesamtschuldner, wenn die Kosten nicht durch gerichtliche Entscheidung unter sie verteilt sind. Soweit einen Streitgenossen nur Teile des Streitgegenstands betreffen, beschränkt sich seine Haftung als Gesamtschuldner auf den Betrag, der entstanden wäre, wenn das Verfahren nur diese Teile betroffen hätte.

(2) Absatz 1 gilt auch für mehrere Beigeladene, denen Kosten auferlegt worden sind.

GKG 2004 § 33 Verpflichtung zur Zahlung von Kosten in besonderen Fällen

Die nach den §§ 53 bis 55, 177, 209 und 269 der Insolvenzordnung sowie den §§ 466 und 471 Abs. 4 der Strafprozessordnung begründete Verpflichtung zur Zahlung von Kosten besteht auch gegenüber der Staatskasse.

Abschnitt 6 Gebührenvorschriften

GKG 2004 § 34 Wertgebühren

(1) Wenn sich die Gebühren nach dem Streitwert richten, beträgt die Gebühr bei einem Streitwert bis 300 Euro 25 Euro. Die Gebühr erhöht sich bei einem

I		I	für jeden	I	I
I	Streitwert	I	angefangenen Betrag	I	um
I	bis ... Euro	I	von weiteren ... Euro	I	... Euro

I	1.500	I	300	I	10
I	5.000	I	500	I	8
I	10.000	I	1.000	I	15
I	25.000	I	3.000	I	23
I	50.000	I	5.000	I	29
I	200.000	I	15.000	I	100
I	500.000	I	30.000	I	150
I	über	I		I	
I	500.000	I	50.000	I	150

Eine Gebührentabelle für Streitwerte bis 500.000 Euro ist diesem Gesetz als Anlage 2 beigelegt.

(2) Der Mindestbetrag einer Gebühr ist 10 Euro.

GKG 2004 § 35 Einmalige Erhebung der Gebühren

Die Gebühr für das Verfahren im Allgemeinen und die Gebühr für eine Entscheidung werden in jedem Rechtszug hinsichtlich eines jeden Teils des Streitgegenstands nur einmal erhoben.

GKG 2004 § 36 Teile des Streitgegenstands

(1) Für Handlungen, die einen Teil des Streitgegenstands betreffen, sind die Gebühren nur nach dem Wert dieses Teils zu berechnen.

(2) Sind von einzelnen Wertteilen in demselben Rechtszug für gleiche Handlungen Gebühren zu berechnen, darf nicht mehr erhoben werden, als wenn die Gebühr von dem Gesamtbetrag der Wertteile zu berechnen wäre.

(3) Sind für Teile des Gegenstands verschiedene Gebührensätze anzuwenden, sind die Gebühren für die Teile gesondert zu berechnen; die aus dem Gesamtbetrag der Wertteile nach dem höchsten Gebührensatz berechnete Gebühr darf jedoch nicht überschritten werden.

GKG 2004 § 37 Zurückverweisung

Wird eine Sache zur anderweitigen Verhandlung an das Gericht des unteren Rechtszugs zurückverwiesen, bildet das weitere Verfahren mit dem früheren Verfahren vor diesem Gericht im Sinne des § 35 einen Rechtszug.

GKG 2004 § 38 Verzögerung des Rechtsstreits

Wird außer im Fall des § 335 der Zivilprozessordnung durch Verschulden des Klägers, des Beklagten oder eines Vertreters die Vertagung einer mündlichen Verhandlung oder die Anberaumung eines neuen Termins zur mündlichen Verhandlung nötig oder ist die Erledigung des Rechtsstreits durch nachträgliches Vorbringen von Angriffs- oder Verteidigungsmitteln, Beweismitteln oder Beweiseinreden, die früher vorgebracht werden konnten, verzögert worden, kann das Gericht dem Kläger oder dem Beklagten von Amts wegen eine besondere Gebühr in Höhe einer Gebühr auferlegen. Die Gebühr kann bis auf ein Viertel ermäßigt werden. Dem Kläger, dem Beklagten oder dem Vertreter stehen gleich der Nebenintervenient, der Beigeladene, der Vertreter des Bundesinteresses beim Bundesverwaltungsgericht und der Vertreter des öffentlichen Interesses sowie

ihre Vertreter.

Abschnitt 7 Wertvorschriften

Unterabschnitt 1 Allgemeine Wertvorschriften

GKG 2004 § 39 Grundsatz

(1) In demselben Verfahren und in demselben Rechtszug werden die Werte mehrerer Streitgegenstände zusammengerechnet, soweit nichts anderes bestimmt ist.

(2) Der Streitwert beträgt höchstens 30 Millionen Euro, soweit nichts anderes bestimmt ist.

GKG 2004 § 40 Zeitpunkt der Wertberechnung

Für die Wertberechnung ist der Zeitpunkt der den jeweiligen Streitgegenstand betreffenden Antragstellung maßgebend, die den Rechtszug einleitet.

GKG 2004 § 41 Miet-, Pacht- und ähnliche Nutzungsverhältnisse

(1) Ist das Bestehen oder die Dauer eines Miet-, Pacht- oder ähnlichen Nutzungsverhältnisses streitig, ist der Betrag des auf die streitige Zeit entfallenden Entgelts und, wenn das einjährige Entgelt geringer ist, dieser Betrag für die Wertberechnung maßgebend. Das Entgelt nach Satz 1 umfasst neben dem Nettogrundentgelt Nebenkosten dann, wenn diese als Pauschale vereinbart sind und nicht gesondert abgerechnet werden.

(2) Wird wegen Beendigung eines Miet-, Pacht- oder ähnlichen Nutzungsverhältnisses die Räumung eines Grundstücks, Gebäudes oder Gebäudeteils verlangt, ist ohne Rücksicht darauf, ob über das Bestehen des Nutzungsverhältnisses Streit besteht, das für die Dauer eines Jahres zu zahlende Entgelt maßgebend, wenn sich nicht nach Absatz 1 ein geringerer Streitwert ergibt. Wird die Räumung oder Herausgabe auch aus einem anderen Rechtsgrund verlangt, ist der Wert der Nutzung eines Jahres maßgebend.

(3) Werden der Anspruch auf Räumung von Wohnraum und der Anspruch nach den §§ 574 bis 574b des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf Fortsetzung des Mietverhältnisses über diesen Wohnraum in demselben Prozess verhandelt, werden die Werte nicht zusammengerechnet.

(4) Bei Ansprüchen nach den §§ 574 bis 574b des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist auch für die Rechtsmittelinstanz der für den ersten Rechtszug maßgebende Wert zugrunde zu legen, sofern nicht die Beschwer geringer ist.

(5) Bei Ansprüchen auf Erhöhung der Miete für Wohnraum ist der Jahresbetrag der zusätzlich geforderten Miete, bei Ansprüchen des Mieters auf Durchführung von Instandsetzungsmaßnahmen der Jahresbetrag einer angemessenen Mietminderung und bei Ansprüchen des Vermieters auf Duldung einer Durchführung von Modernisierungs- oder Erhaltungsmaßnahmen der Jahresbetrag einer möglichen Mieterhöhung, in Ermangelung dessen einer sonst möglichen Mietminderung durch den Mieter maßgebend. Endet das Mietverhältnis vor Ablauf eines Jahres, ist ein entsprechend niedrigerer Betrag maßgebend.

GKG 2004 § 42 Wiederkehrende Leistungen

(1) Bei Ansprüchen auf Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltspflicht ist der für die ersten zwölf Monate nach Einreichung der Klage oder des Antrags geforderte Betrag maßgeblich, höchstens jedoch der Gesamtbetrag der geforderten Leistung. Bei Unterhaltsansprüchen nach den §§ 1612a bis 1612c des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist dem Wert nach Satz 1 der Monatsbetrag des Unterhalts nach dem Regelbetrag und der Altersstufe zugrunde zu legen, die im Zeitpunkt der Einreichung der Klage oder des Antrags maßgebend sind.

(2) Wird wegen der Tötung eines Menschen oder wegen der Verletzung des Körpers oder der Gesundheit eines Menschen Schadensersatz durch Entrichtung einer Geldrente verlangt, ist der fünffache Betrag des einjährigen Bezugs maßgebend, wenn nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ist. Dies gilt nicht bei Ansprüchen aus einem Vertrag, der auf Leistung einer solchen Rente gerichtet ist.

(3) Bei Ansprüchen auf wiederkehrende Leistungen aus einem öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnis, einer Dienstpflicht oder einer Tätigkeit, die anstelle einer gesetzlichen Dienstpflicht geleistet werden kann, bei Ansprüchen von Arbeitnehmern auf wiederkehrende Leistungen sowie in Verfahren vor Gerichten der

Sozialgerichtsbarkeit, in denen Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen dem Grunde oder der Höhe nach geltend gemacht oder abgewehrt werden, ist der dreifache Jahresbetrag der wiederkehrenden Leistungen maßgebend, wenn nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ist. Ist im Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit die Höhe des Jahresbetrags nicht nach dem Antrag des Klägers bestimmt oder nach diesem Antrag mit vertretbarem Aufwand bestimmbar, ist der Streitwert nach § 52 Abs. 1 und 2 zu bestimmen.

(4) Für die Wertberechnung bei Rechtsstreitigkeiten vor den Gerichten für Arbeitssachen über das Bestehen, das Nichtbestehen oder die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses ist höchstens der Betrag des für die Dauer eines Vierteljahres zu leistenden Arbeitsentgelts maßgebend; eine Abfindung wird nicht hinzugerechnet. Bei Rechtsstreitigkeiten über Eingruppierungen ist der Wert des dreijährigen Unterschiedsbetrags zur begehrten Vergütung maßgebend, sofern nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ist.

(5) Die bei Einreichung der Klage fälligen Beträge werden dem Streitwert hinzugerechnet; dies gilt nicht in Rechtsstreitigkeiten vor den Gerichten für Arbeitssachen. Der Einreichung der Klage steht die Einreichung eines Antrags auf Bewilligung der Prozesskostenhilfe gleich, wenn die Klage alsbald nach Mitteilung der Entscheidung über den Antrag oder über eine alsbald eingelegte Beschwerde eingereicht wird. Die Sätze 1 und 2 sind im vereinfachten Verfahren zur Festsetzung von Unterhalt Minderjähriger entsprechend anzuwenden.

GKG 2004 § 43 Nebenforderungen

(1) Sind außer dem Hauptanspruch auch Früchte, Nutzungen, Zinsen oder Kosten als Nebenforderungen betroffen, wird der Wert der Nebenforderungen nicht berücksichtigt.

(2) Sind Früchte, Nutzungen, Zinsen oder Kosten als Nebenforderungen ohne den Hauptanspruch betroffen, ist der Wert der Nebenforderungen maßgebend, soweit er den Wert des Hauptanspruchs nicht übersteigt.

(3) Sind die Kosten des Rechtsstreits ohne den Hauptanspruch betroffen, ist der Betrag der Kosten maßgebend, soweit er den Wert des Hauptanspruchs nicht übersteigt.

GKG 2004 § 44 Stufenklage

Wird mit der Klage auf Rechnungslegung oder auf Vorlegung eines Vermögensverzeichnisses oder auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung die Klage auf Herausgabe desjenigen verbunden, was der Beklagte aus dem zugrunde liegenden Rechtsverhältnis schuldet, ist für die Wertberechnung nur einer der verbundenen Ansprüche, und zwar der höhere, maßgebend.

GKG 2004 § 45 Klage und Widerklage, Hilfsanspruch, wechselseitige Rechtsmittel, Aufrechnung

(1) In einer Klage und in einer Widerklage geltend gemachte Ansprüche, die nicht in getrennten Prozessen verhandelt werden, werden zusammengerechnet. Ein hilfsweise geltend gemachter Anspruch wird mit dem Hauptanspruch zusammengerechnet, soweit eine Entscheidung über ihn ergeht. Betreffen die Ansprüche im Fall des Satzes 1 oder 2 denselben Gegenstand, ist nur der Wert des höheren Anspruchs maßgebend.

(2) Für wechselseitig eingelegte Rechtsmittel, die nicht in getrennten Prozessen verhandelt werden, ist Absatz 1 Satz 1 und 3 entsprechend anzuwenden.

(3) Macht der Beklagte hilfsweise die Aufrechnung mit einer bestrittenen Gegenforderung geltend, erhöht sich der Streitwert um den Wert der Gegenforderung, soweit eine der Rechtskraft fähige Entscheidung über sie ergeht.

(4) Bei einer Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich sind die Absätze 1 bis 3 entsprechend anzuwenden.

GKG 2004 § 46 Familiensachen und Lebenspartnerschaftssachen

(1) Die Scheidungssache und die Folgesachen gelten als ein Verfahren, dessen Gebühren nach dem zusammengerechneten Wert der Gegenstände zu berechnen sind. Eine Scheidungsfolgesache nach § 623 Abs. 2, 3, 5, § 621 Abs. 1 Nr. 1, 2 oder 3 der Zivilprozessordnung ist auch dann als ein Gegenstand zu bewerten, wenn sie mehrere Kinder betrifft. § 48 Abs. 4 ist nicht anzuwenden.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend, wenn nach § 621a Abs. 2 der Zivilprozessordnung einheitlich durch Urteil zu entscheiden ist.

(3) Für die Lebenspartnerschaftssache nach § 661 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozessordnung und deren Folgesachen (§ 661 Abs. 2, § 623 Abs. 1 und 5 der Zivilprozessordnung)

gelten Absatz 1 Satz 1 und 3 und Absatz 2 entsprechend.

(4) Die Bestellung eines Verfahrenspflegers und deren Aufhebung nach § 50 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind Teil der Folgesache.

GKG 2004 § 47 Rechtsmittelverfahren

(1) Im Rechtsmittelverfahren bestimmt sich der Streitwert nach den Anträgen des Rechtsmittelführers. Endet das Verfahren, ohne dass solche Anträge eingereicht werden, oder werden, wenn eine Frist für die Rechtsmittelbegründung vorgeschrieben ist, innerhalb dieser Frist Rechtsmittelanträge nicht eingereicht, ist die Beschwer maßgebend.

(2) Der Streitwert ist durch den Wert des Streitgegenstands des ersten Rechtszugs begrenzt. Das gilt nicht, soweit der Streitgegenstand erweitert wird.

(3) Im Verfahren über den Antrag auf Zulassung des Rechtsmittels und im Verfahren über die Beschwerde gegen die Nichtzulassung des Rechtsmittels ist Streitwert der für das Rechtsmittelverfahren maßgebende Wert.

Unterabschnitt 2 Besondere Wertvorschriften

GKG 2004 § 48 Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, Familien- und Lebenspartnerschaftssachen

(1) In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in den in § 1 Nr. 1 Buchstabe b und c genannten Familien- und Lebenspartnerschaftssachen richten sich die Gebühren nach den für die Zuständigkeit des Prozessgerichts oder die Zulässigkeit des Rechtsmittels geltenden Vorschriften über den Wert des Streitgegenstands, soweit nichts anderes bestimmt ist. In Rechtsstreitigkeiten aufgrund des Unterlassungsklagengesetzes darf der Streitwert 250.000 Euro nicht übersteigen.

(2) In nichtvermögensrechtlichen Streitigkeiten ist der Streitwert unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls, insbesondere des Umfangs und der Bedeutung der Sache und der Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Parteien, nach Ermessen zu bestimmen. Der Wert darf nicht über eine Million Euro angenommen werden.

(3) Handelt es sich bei der nichtvermögensrechtlichen Streitigkeit um eine Ehesache oder eine Lebenspartnerschaftssache nach § 661 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung, ist für die Einkommensverhältnisse das in drei Monaten erzielte Nettoeinkommen der Eheleute oder der Lebenspartner einzusetzen. Der Streitwert darf in den in Satz 1 genannten Fällen nicht unter 2.000 Euro angenommen werden. In Kindschaftssachen beträgt der Wert 2.000 Euro, in einer Scheidungsfolgesache nach § 623 Abs. 2, 3, 5, § 621 Abs. 1 Nr. 1, 2 oder 3 der Zivilprozessordnung 900 Euro.

(4) Ist mit einem nichtvermögensrechtlichen Anspruch ein aus ihm hergeleiteter vermögensrechtlicher Anspruch verbunden, ist nur ein Anspruch, und zwar der höhere, maßgebend.

GKG 2004 § 49 Versorgungsausgleich

Im Verfahren über den Versorgungsausgleich beträgt der Wert, wenn dem Versorgungsausgleich

1. ausschließlich Anrechte

- a) aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis oder aus einem Arbeitsverhältnis mit Anspruch auf Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen,
 - b) der gesetzlichen Rentenversicherung und
 - c) der Alterssicherung der Landwirte
- unterliegen, 1.000 Euro;

2. ausschließlich sonstige Anrechte unterliegen, 1.000 Euro;

3. Anrechte im Sinne von Nummern 1 und 2 unterliegen, 2.000 Euro.

GKG 2004 § 50 Beschwerdeverfahren nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem Energiewirtschaftsgesetz und dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz

(1) In folgenden Verfahren bestimmt sich der Wert nach § 3 der Zivilprozessordnung:

1. über Beschwerden gegen Verfügungen der Kartellbehörden und über Rechtsbeschwerden (§§ 63 und 74 des Gesetzes gegen

Wettbewerbsbeschränkungen),

2. über Beschwerden gegen Entscheidungen der Regulierungsbehörde und über Rechtsbeschwerden (§§ 75 und 86 des Energiewirtschaftsgesetzes) und
3. über Beschwerden gegen Verfügungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (§ 48 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes).

Im Verfahren über Beschwerden eines Beigeladenen (§ 54 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und § 79 Abs. 1 Nr. 3 des Energiewirtschaftsgesetzes) ist der Streitwert unter Berücksichtigung der sich für den Beigeladenen ergebenden Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen.

(2) Im Verfahren über die Beschwerde gegen die Entscheidung der Vergabekammer (§ 116 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) einschließlich des Verfahrens über den Antrag nach § 115 Abs. 2 Satz 2 und 3, § 118 Abs. 1 Satz 3 und nach § 121 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen beträgt der Streitwert 5 Prozent der Bruttoauftragssumme.

GKG 2004 § 51 Streitsachen und Rechtsmittelverfahren des gewerblichen Rechtsschutzes

(1) In Verfahren nach dem Patentgesetz, dem Gebrauchsmustergesetz, dem Markengesetz, dem Geschmacksmustergesetz, dem Halbleiterschutzgesetz und dem Sortenschutzgesetz ist der Wert nach billigem Ermessen zu bestimmen.

(2) Die Vorschriften über die Anordnung der Streitwertbegünstigung (§ 144 des Patentgesetzes, § 26 des Gebrauchsmustergesetzes, § 142 des Markengesetzes, § 54 des Geschmacksmustergesetzes) sind anzuwenden.

GKG 2004 § 51a Rechtsbeschwerdeverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz

(1) Im Rechtsbeschwerdeverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz ist bei der Bestimmung des Streitwerts von der Summe der in sämtlichen nach § 7 des Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetzes ausgesetzten Prozessverfahren geltend gemachten Ansprüche auszugehen, soweit diese Gegenstand des Musterverfahrens sind.

(2) Der Musterkläger und die auf seiner Seite Beigeladenen schulden Gerichtsgebühren jeweils nur nach dem Wert, der sich aus den von ihnen im Prozessverfahren geltend gemachten Ansprüchen, die Gegenstand des Musterverfahrens sind, ergibt.

(3) Der Musterbeklagte und die auf seiner Seite Beigeladenen schulden Gerichtsgebühren jeweils nur nach dem Wert, der sich aus den gegen sie im Prozessverfahren geltend gemachten Ansprüchen, die Gegenstand des Musterverfahrens sind, ergibt.

GKG 2004 § 52 Verfahren vor Gerichten der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit

(1) In Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungs-, Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit ist, soweit nichts anderes bestimmt ist, der Streitwert nach der sich aus dem Antrag des Klägers für ihn ergebenden Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen.

(2) Bietet der Sach- und Streitstand für die Bestimmung des Streitwerts keine genügenden Anhaltspunkte, ist ein Streitwert von 5.000 Euro anzunehmen.

(3) Betrifft der Antrag des Klägers eine bezifferte Geldleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt, ist deren Höhe maßgebend.

(4) In Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit darf der Streitwert nicht unter 1.000 Euro, in Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit und bei Rechtsstreitigkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz nicht über 2.500.000 Euro und in Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit über Ansprüche nach dem Vermögensgesetz nicht über 500.000 Euro angenommen werden.

(5) Im Verfahren, das die Begründung, die Umwandlung, das Bestehen, das Nichtbestehen oder die Beendigung eines besoldeten öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses betrifft, ist Streitwert

1. der 13fache Betrag des Endgrundgehalts zuzüglich ruhegehaltfähiger Zulagen, wenn Gegenstand des Verfahrens ein Dienst- oder Amtsverhältnis auf Lebenszeit ist;
2. in sonstigen Fällen die Hälfte des sich nach Nummer 1 ergebenden Betrags, die Hälfte des 13fachen Anwärtergrundbetrags zuzüglich eines Anwärtersonderzuschlags oder die Hälfte des vertraglich für die Dauer

eines Jahres vereinbarten Gehalts.

Betrifft das Verfahren die Verleihung eines anderen Amtes oder den Zeitpunkt einer Versetzung in den Ruhestand, ist Streitwert die Hälfte des sich nach Satz 1 ergebenden Betrags.

(6) Ist mit einem in Verfahren nach Absatz 5 verfolgten Klagebegehren ein aus ihm hergeleiteter vermögensrechtlicher Anspruch verbunden, ist nur ein Klagebegehren, und zwar das wertmäßig höhere, maßgebend.

(7) Dem Kläger steht gleich, wer sonst das Verfahren des ersten Rechtszugs beantragt hat.

GKG 2004 § 53 Einstweiliger Rechtsschutz, bestimmte Verfahren nach dem Aktiengesetz und dem Umwandlungsgesetz

(1) In folgenden Verfahren bestimmt sich der Wert nach § 3 der Zivilprozessordnung:

1. über einen Antrag auf Anordnung, Abänderung oder Aufhebung eines Arrests oder einer einstweiligen Verfügung,
2. über den Antrag auf Zulassung der Vollziehung einer vorläufigen oder sichernden Maßnahme des Schiedsgerichts,
3. auf Aufhebung oder Abänderung einer Entscheidung auf Zulassung der Vollziehung (§ 1041 der Zivilprozessordnung),
4. nach § 148 Abs. 1 und 2, §§ 246a, 319 Abs. 6 des Aktiengesetzes, auch in Verbindung mit § 327e Abs. 2 des Aktiengesetzes, und
5. nach § 16 Abs. 3 des Umwandlungsgesetzes.

Er darf jedoch im Fall des Satzes 1 Nr. 4 und 5 ein Zehntel des Grundkapitals oder Stammkapitals des übertragenden oder formwechselnden Rechtsträgers oder, falls der übertragende oder formwechselnde Rechtsträger ein Grundkapital oder Stammkapital nicht hat, ein Zehntel des Vermögens dieses Rechtsträgers, höchstens jedoch 500.000 Euro, nur insoweit übersteigen, als die Bedeutung der Sache für die Parteien höher zu bewerten ist.

(2) Ist in einem Verfahren nach § 620 Satz 1 Nr. 4 und 6, § 644, jeweils auch in Verbindung mit § 661 Abs. 2, oder § 641d der Zivilprozessordnung die Unterhaltspflicht zu regeln, wird der Wert nach dem sechsmonatigen Bezug berechnet. Im Verfahren nach § 620 Nr. 7 und 9 der Zivilprozessordnung, auch in Verbindung mit § 661 Abs. 2 der Zivilprozessordnung, beträgt der Wert, soweit die Benutzung der Wohnung zu regeln ist, 2.000 Euro; soweit die Benutzung des Hausrats zu regeln ist, beträgt der Wert 1.200 Euro.

(3) In folgenden Verfahren bestimmt sich der Wert nach § 52 Abs. 1 und 2:

1. über einen Antrag auf Erlass, Abänderung oder Aufhebung einer einstweiligen Anordnung nach § 123 der Verwaltungsgerichtsordnung oder § 114 der Finanzgerichtsordnung,
2. nach § 47 Abs. 6, § 80 Abs. 5 bis 8, § 80a Abs. 3 oder § 80b Abs. 2 und 3 der Verwaltungsgerichtsordnung,
3. nach § 69 Abs. 3, 5 der Finanzgerichtsordnung,
4. nach § 86b des Sozialgerichtsgesetzes und
5. nach § 50 Abs. 3 bis 5 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes.

GKG 2004 § 54 Zwangsversteigerung

(1) Bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken sind die Gebühren für das Verfahren im Allgemeinen und für die Abhaltung des Versteigerungstermins nach dem gemäß § 74a Abs. 5 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung festgesetzten Wert zu berechnen. Ist ein solcher Wert nicht festgesetzt, ist der Einheitswert maßgebend. Weicht der Gegenstand des Verfahrens vom Gegenstand der Einheitsbewertung wesentlich ab oder hat sich der Wert infolge bestimmter Umstände, die nach dem Feststellungszeitpunkt des Einheitswerts eingetreten sind, wesentlich verändert oder ist ein Einheitswert noch nicht festgestellt, ist der nach den Grundsätzen der Einheitsbewertung geschätzte Wert maßgebend. Wird der Einheitswert nicht nachgewiesen, ist das Finanzamt um Auskunft über die Höhe des Einheitswerts zu ersuchen; § 30 der Abgabenordnung steht der Auskunft nicht entgegen.

(2) Die Gebühr für die Erteilung des Zuschlags bestimmt sich nach dem Gebot ohne Zinsen, für das der Zuschlag erteilt ist, einschließlich des Werts der nach den

Versteigerungsbedingungen bestehen bleibenden Rechte zuzüglich des Betrags, in dessen Höhe der Ersteher nach § 114a des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung als aus dem Grundstück befriedigt gilt. Im Fall der Zwangsversteigerung zur Aufhebung einer Gemeinschaft vermindert sich der Wert nach Satz 1 um den Anteil des Erstehers an dem Gegenstand des Verfahrens; bei Gesamthand Eigentum ist jeder Mitberechtigter wie ein Eigentümer nach dem Verhältnis seines Anteils anzusehen.

(3) Die Gebühr für das Verteilungsverfahren bestimmt sich nach dem Gebot ohne Zinsen, für das der Zuschlag erteilt ist, einschließlich des Werts der nach den Versteigerungsbedingungen bestehen bleibenden Rechte. Der Erlös aus einer gesonderten Versteigerung oder sonstigen Verwertung (§ 65 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung) wird hinzugerechnet.

(4) Sind mehrere Gegenstände betroffen, ist der Gesamtwert maßgebend.

(5) Bei Zuschlägen an verschiedene Ersteher wird die Gebühr für die Erteilung des Zuschlags von jedem Ersteher nach dem Wert der auf ihn entfallenden Gegenstände erhoben. Eine Bietergemeinschaft gilt als ein Ersteher.

GKG 2004 § 55 Zwangsverwaltung

Die Gebühr für die Durchführung des Zwangsverwaltungsverfahrens bestimmt sich nach dem Gesamtwert der Einkünfte.

GKG 2004 § 56 Zwangsversteigerung von Schiffen, Schiffsbauwerken, Luftfahrzeugen und grundstücksgleichen Rechten

Die §§ 54 und 55 gelten entsprechend für die Zwangsversteigerung von Schiffen, Schiffsbauwerken und Luftfahrzeugen sowie für die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung von Rechten, die den Vorschriften der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen unterliegen, einschließlich der unbeweglichen Kuxe.

GKG 2004 § 57 Zwangsliquidation einer Bahneinheit

Bei der Zwangsliquidation einer Bahneinheit bestimmt sich die Gebühr für das Verfahren nach dem Gesamtwert der Bestandteile der Bahneinheit.

GKG 2004 § 58 Insolvenzverfahren

(1) Die Gebühren für den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens und für die Durchführung des Insolvenzverfahrens werden nach dem Wert der Insolvenzmasse zur Zeit der Beendigung des Verfahrens erhoben. Gegenstände, die zur abgesonderten Befriedigung dienen, werden nur in Höhe des für diese nicht erforderlichen Betrags angesetzt.

(2) Ist der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens von einem Gläubiger gestellt, wird die Gebühr für das Verfahren über den Antrag nach dem Betrag seiner Forderung, wenn jedoch der Wert der Insolvenzmasse geringer ist, nach diesem Wert erhoben.

(3) Bei der Beschwerde des Schuldners oder des ausländischen Insolvenzverwalters gegen die Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder gegen die Abweisung des Eröffnungsantrags mangels Masse gilt Absatz 1. Bei der Beschwerde eines sonstigen Antragstellers gegen die Abweisung des Eröffnungsantrags gilt Absatz 2.

GKG 2004 § 59 Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung

Die Gebühren für den Antrag auf Eröffnung des Verteilungsverfahrens nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung und für die Durchführung des Verteilungsverfahrens richten sich nach dem Betrag der festgesetzten Haftungssumme. Ist diese höher als der Gesamtbetrag der Ansprüche, für deren Gläubiger das Recht auf Teilnahme an dem Verteilungsverfahren festgestellt wird, richten sich die Gebühren nach dem Gesamtbetrag der Ansprüche.

GKG 2004 § 60 Gerichtliche Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz

Für die Bestimmung des Werts in gerichtlichen Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz ist § 52 Abs. 1 bis 3 und im Verfahren über den Antrag auf Erlass einer Entscheidung nach § 114 Abs. 2 des Strafvollzugsgesetzes ist § 52 Abs. 1 und 2 entsprechend anzuwenden.

Unterabschnitt 3 Wertfestsetzung

GKG 2004 § 61 Angabe des Werts

Bei jedem Antrag ist der Streitwert, sofern dieser nicht in einer bestimmten Geldsumme besteht, kein fester Wert bestimmt ist oder sich nicht aus früheren Anträgen ergibt, und nach Aufforderung auch der Wert eines Teils des Streitgegenstands schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle anzugeben. Die Angabe kann jederzeit berichtigt werden.

GKG 2004 § 62 Wertfestsetzung für die Zuständigkeit des Prozessgerichts oder die Zulässigkeit des Rechtsmittels

Ist der Streitwert für die Entscheidung über die Zuständigkeit des Prozessgerichts oder die Zulässigkeit des Rechtsmittels festgesetzt, ist die Festsetzung auch für die Berechnung der Gebühren maßgebend, soweit die Wertvorschriften dieses Gesetzes nicht von den Wertvorschriften des Verfahrensrechts abweichen. Satz 1 gilt nicht in Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen.

GKG 2004 § 63 Wertfestsetzung für die Gerichtsgebühren

(1) Sind Gebühren, die sich nach dem Streitwert richten, mit der Einreichung der Klage-, Antrags-, Einspruchs- oder Rechtsmittelschrift oder mit der Abgabe der entsprechenden Erklärung zu Protokoll fällig, setzt das Gericht sogleich den Wert ohne Anhörung der Parteien durch Beschluss vorläufig fest, wenn Gegenstand des Verfahrens nicht eine bestimmte Geldsumme in Euro ist oder gesetzlich kein fester Wert bestimmt ist. Einwendungen gegen die Höhe des festgesetzten Werts können nur im Verfahren über die Beschwerde gegen den Beschluss, durch den die Tätigkeit des Gerichts aufgrund dieses Gesetzes von der vorherigen Zahlung von Kosten abhängig gemacht wird, geltend gemacht werden. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht in Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit. Die Gebühren sind in diesen Verfahren vorläufig nach dem in § 52 Abs. 4 bestimmten Mindestwert zu bemessen.

(2) Soweit eine Entscheidung nach § 62 Satz 1 nicht ergeht oder nicht bindet, setzt das Prozessgericht den Wert für die zu erhebenden Gebühren durch Beschluss fest, sobald eine Entscheidung über den gesamten Streitgegenstand ergeht oder sich das Verfahren anderweitig erledigt. In Verfahren vor den Gerichten für Arbeitssachen oder der Finanzgerichtsbarkeit gilt dies nur dann, wenn ein Beteiligter oder die Staatskasse die Festsetzung beantragt oder das Gericht sie für angemessen hält.

(3) Die Festsetzung kann von dem Gericht, das sie getroffen hat, und, wenn das Verfahren wegen der Hauptsache oder wegen der Entscheidung über den Streitwert, den Kostenansatz oder die Kostenfestsetzung in der Rechtsmittelinstanz schwebt, von dem Rechtsmittelgericht von Amts wegen geändert werden. Die Änderung ist nur innerhalb von sechs Monaten zulässig, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat.

GKG 2004 § 64 Schätzung des Werts

Wird eine Abschätzung durch Sachverständige erforderlich, ist in dem Beschluss, durch den der Wert festgesetzt wird (§ 63), über die Kosten der Abschätzung zu entscheiden. Diese Kosten können ganz oder teilweise der Partei auferlegt werden, welche die Abschätzung durch Unterlassen der ihr obliegenden Wertangabe, durch unrichtige Angabe des Werts, durch unbegründetes Bestreiten des angegebenen Werts oder durch eine unbegründete Beschwerde veranlasst hat.

GKG 2004 § 65 Wertfestsetzung in gerichtlichen Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz

In gerichtlichen Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz ist der Wert von Amts wegen festzusetzen. § 63 Abs. 3 gilt entsprechend.

Abschnitt 8 Erinnerung und Beschwerde

GKG 2004 § 66 Erinnerung gegen den Kostenansatz, Beschwerde

(1) Über Erinnerungen des Kostenschuldners und der Staatskasse gegen den Kostenansatz entscheidet das Gericht, bei dem die Kosten angesetzt sind. Sind die Kosten bei der Staatsanwaltschaft angesetzt, ist das Gericht des ersten Rechtszugs zuständig. War das Verfahren im ersten Rechtszug bei mehreren Gerichten anhängig, ist das Gericht, bei dem es zuletzt anhängig war, auch insoweit zuständig, als Kosten bei den anderen Gerichten angesetzt worden sind. Soweit sich die Erinnerung gegen den Ansatz der Auslagen des erstinstanzlichen Musterverfahrens nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz richtet, entscheidet hierüber das für die Durchführung des Musterverfahrens zuständige Oberlandesgericht.

(2) Gegen die Entscheidung über die Erinnerung findet die Beschwerde statt, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt. Die Beschwerde ist auch zulässig, wenn sie das Gericht, das die angefochtene Entscheidung erlassen hat, wegen der grundsätzlichen Bedeutung der zur Entscheidung stehenden Frage in dem Beschluss zulässt.

(3) Soweit das Gericht die Beschwerde für zulässig und begründet hält, hat es ihr abzuhelpfen; im Übrigen ist die Beschwerde unverzüglich dem Beschwerdegericht vorzulegen. Beschwerdegericht ist das nächsthöhere Gericht, in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der in § 119 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 und 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes bezeichneten Art jedoch das Oberlandesgericht. Eine Beschwerde an einen obersten Gerichtshof des Bundes findet nicht statt. Das Beschwerdegericht ist an die Zulassung der Beschwerde gebunden; die Nichtzulassung ist unanfechtbar.

(4) Die weitere Beschwerde ist nur zulässig, wenn das Landgericht als Beschwerdegericht entschieden und sie wegen der grundsätzlichen Bedeutung der zur Entscheidung stehenden Frage in dem Beschluss zugelassen hat. Sie kann nur darauf gestützt werden, dass die Entscheidung auf einer Verletzung des Rechts beruht; die §§ 546 und 547 der Zivilprozessordnung gelten entsprechend. Über die weitere Beschwerde entscheidet das Oberlandesgericht. Absatz 3 Satz 1 und 4 gilt entsprechend.

(5) Anträge und Erklärungen können zu Protokoll der Geschäftsstelle abgegeben oder schriftlich eingereicht werden; § 129a der Zivilprozessordnung gilt entsprechend. Die Erinnerung ist bei dem Gericht einzulegen, das für die Entscheidung über die Erinnerung zuständig ist. Die Erinnerung kann auch bei der Staatsanwaltschaft eingelegt werden, wenn die Kosten bei dieser angesetzt worden sind. Die Beschwerde ist bei dem Gericht einzulegen, dessen Entscheidung angefochten wird.

(6) Das Gericht entscheidet über die Erinnerung durch eines seiner Mitglieder als Einzelrichter; dies gilt auch für die Beschwerde, wenn die angefochtene Entscheidung von einem Einzelrichter oder einem Rechtspfleger erlassen wurde. Der Einzelrichter überträgt das Verfahren der Kammer oder dem Senat, wenn die Sache besondere Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist oder die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat. Das Gericht entscheidet jedoch immer ohne Mitwirkung ehrenamtlicher Richter. Auf eine erfolgte oder unterlassene Übertragung kann ein Rechtsmittel nicht gestützt werden.

(7) Erinnerung und Beschwerde haben keine aufschiebende Wirkung. Das Gericht oder das Beschwerdegericht kann auf Antrag oder von Amts wegen die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise anordnen; ist nicht der Einzelrichter zur Entscheidung berufen, entscheidet der Vorsitzende des Gerichts.

(8) Die Verfahren sind gebührenfrei. Kosten werden nicht erstattet.

GKG 2004 § 67 Beschwerde gegen die Anordnung einer Vorauszahlung

(1) Gegen den Beschluss, durch den die Tätigkeit des Gerichts nur aufgrund dieses Gesetzes von der vorherigen Zahlung von Kosten abhängig gemacht wird, und wegen der Höhe des in diesem Fall im Voraus zu zahlenden Betrags findet stets die Beschwerde statt. § 66 Abs. 3 bis 6 und 8 ist entsprechend anzuwenden. Soweit sich die Partei in dem Hauptsacheverfahren vor dem Gericht, dessen Entscheidung angefochten werden soll, durch einen Prozessbevollmächtigten vertreten lassen muss, gilt dies auch im Beschwerdeverfahren.

(2) Im Fall des § 17 Abs. 2 ist § 66 entsprechend anzuwenden.

GKG 2004 § 68 Beschwerde gegen die Festsetzung des Streitwerts

(1) Gegen den Beschluss, durch den der Wert für die Gerichtsgebühren festgesetzt worden ist (§ 63 Abs. 2), findet die Beschwerde statt, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt. Die Beschwerde findet auch statt, wenn sie das Gericht, das die angefochtene Entscheidung erlassen hat, wegen der grundsätzlichen Bedeutung der zur Entscheidung stehenden Frage in dem Beschluss zulässt. Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn sie innerhalb der in § 63 Abs. 3 Satz 2 bestimmten Frist eingelegt wird; ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf dieser Frist festgesetzt worden, kann sie noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden. Im Fall der formlosen Mitteilung gilt der Beschluss mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht. § 66 Abs. 3, 4, 5 Satz 1 und 4 und Abs. 6 ist entsprechend anzuwenden. Die weitere Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung des Beschwerdegerichts einzulegen.

(2) War der Beschwerdeführer ohne sein Verschulden verhindert, die Frist einzuhalten, ist ihm auf Antrag von dem Gericht, das über die Beschwerde zu entscheiden hat, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, wenn er die Beschwerde binnen zwei Wochen nach der Beseitigung des Hindernisses einlegt und die Tatsachen, welche die Wiedereinsetzung begründen, glaubhaft macht. Nach Ablauf eines Jahres, von dem Ende der versäumten Frist an gerechnet, kann die Wiedereinsetzung nicht mehr beantragt werden. Gegen die Ablehnung der Wiedereinsetzung findet die Beschwerde statt. Sie ist nur zulässig, wenn sie innerhalb von zwei Wochen eingelegt wird. Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung. § 66 Abs. 3 Satz 1 bis 3, Abs. 5 Satz 1 und 4 und Abs. 6 ist entsprechend anzuwenden.

(3) Die Verfahren sind gebührenfrei. Kosten werden nicht erstattet.

GKG 2004 § 69 Beschwerde gegen die Auferlegung einer Verzögerungsgebühr

Gegen den Beschluss nach § 38 findet die Beschwerde statt, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt oder das Gericht, das die angefochtene Entscheidung erlassen hat, die Beschwerde wegen der grundsätzlichen Bedeutung in dem Beschluss der zur Entscheidung stehenden Frage zugelassen hat. § 66 Abs. 3, 4, 5 Satz 1 und 4, Abs. 6 und 8 ist entsprechend anzuwenden.

GKG 2004 § 69a Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör

(1) Auf die Rüge eines durch die Entscheidung beschwerten Beteiligten ist das Verfahren fortzuführen, wenn

1. ein Rechtsmittel oder ein anderer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung nicht gegeben ist und
2. das Gericht den Anspruch dieses Beteiligten auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzt hat.

(2) Die Rüge ist innerhalb von zwei Wochen nach Kenntnis von der Verletzung des rechtlichen Gehörs zu erheben; der Zeitpunkt der Kenntniserlangung ist glaubhaft zu machen. Nach Ablauf eines Jahres seit Bekanntmachung der angegriffenen Entscheidung kann die Rüge nicht mehr erhoben werden. Formlos mitgeteilte Entscheidungen gelten mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post als bekannt gemacht. Die Rüge ist bei dem Gericht zu erheben, dessen Entscheidung angegriffen wird; § 66 Abs. 5 Satz 1 gilt entsprechend. Die Rüge muss die angegriffene Entscheidung bezeichnen und das Vorliegen der in Absatz 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen darlegen.

(3) Den übrigen Beteiligten ist, soweit erforderlich, Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(4) Das Gericht hat von Amts wegen zu prüfen, ob die Rüge an sich statthaft und ob sie in der gesetzlichen Form und Frist erhoben ist. Mangelt es an einem dieser Erfordernisse, so ist die Rüge als unzulässig zu verwerfen. Ist die Rüge unbegründet, weist das Gericht sie zurück. Die Entscheidung ergeht durch unanfechtbaren Beschluss. Der Beschluss soll kurz begründet werden.

(5) Ist die Rüge begründet, so hilft ihr das Gericht ab, indem es das Verfahren fortführt, soweit dies aufgrund der Rüge geboten ist.

(6) Kosten werden nicht erstattet.

Abschnitt 9 Schluss- und Übergangsvorschriften

GKG 2004 § 70 Rechnungsgebühren

(1) Soweit in den Ländern für Rechnungsarbeiten Beamte oder Angestellte besonders bestellt werden (Rechnungsbeamte), sind als Auslagen Rechnungsgebühren zu erheben, die nach dem für die Arbeit erforderlichen Zeitaufwand bemessen werden. Sie betragen für jede Stunde 10 Euro. Die letzte bereits begonnene Stunde wird voll gerechnet, wenn sie zu mehr als 30 Minuten für die Erbringung der Arbeit erforderlich war; anderenfalls sind 5 Euro zu erheben.

(2) Die Rechnungsgebühren setzt das Gericht, das den Rechnungsbeamten beauftragt hat, von Amts wegen fest. Gegen die Festsetzung findet die Beschwerde statt, wenn der Wert des Beschwerdegegenstands 200 Euro übersteigt oder das Gericht, das die angefochtene Entscheidung erlassen hat, die Beschwerde wegen der grundsätzlichen Bedeutung der zur Entscheidung stehenden Frage in dem Beschluss zugelassen hat. § 66 Abs. 3 bis 8 gilt entsprechend. Beschwerdeberechtigt sind die Staatskasse und derjenige, der für die Rechnungsgebühren als Kostenschuldner in Anspruch genommen wird. § 69a gilt entsprechend.

GKG 2004 § 71 Übergangsvorschrift

(1) In Rechtsstreitigkeiten, die vor dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung anhängig geworden sind, werden die Kosten nach bisherigem Recht erhoben. Dies gilt nicht im Verfahren über ein Rechtsmittel, das nach dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung eingelegt worden ist. Die Sätze 1 und 2 gelten auch, wenn Vorschriften geändert werden, auf die dieses Gesetz verweist.

(2) In Strafsachen, in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten und nach dem Strafvollzugsgesetz werden die Kosten nach dem bisherigen Recht erhoben, wenn die über die Kosten ergehende Entscheidung vor dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung rechtskräftig geworden ist.

(3) In Insolvenzverfahren, Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung und Verfahren der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung gilt das bisherige Recht für Kosten, die vor dem Inkrafttreten einer Gesetzesänderung fällig geworden sind.

GKG 2004 § 72 Übergangsvorschrift aus Anlass des Inkrafttretens dieses Gesetzes

Das Gerichtskostengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3047), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 5 des Gesetzes vom 12. März 2004 (BGBl. I S. 390), und Verweisungen hierauf sind weiter anzuwenden

1. in Rechtsstreitigkeiten, die vor dem 1. Juli 2004 anhängig geworden sind; dies gilt nicht im Verfahren über ein Rechtsmittel, das nach dem 1. Juli 2004 eingelegt worden ist;
2. in Strafsachen, in gerichtlichen Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten und nach dem Strafvollzugsgesetz, wenn die über die Kosten ergehende Entscheidung vor dem 1. Juli 2004 rechtskräftig geworden ist;
3. in Insolvenzverfahren, Verteilungsverfahren nach der Schifffahrtsrechtlichen Verteilungsordnung und Verfahren der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung für Kosten, die vor dem 1. Juli 2004 fällig geworden sind.

GKG 2004 Anlage 1 (zu § 3 Abs. 2) Kostenverzeichnis

< Fundstelle des Originaltextes: BGBl. I 2004, 732 - 774;
bzgl. der einzelnen Änderungen vgl. Fußnote >

Gliederung

Teil 1

Zivilrechtliche Verfahren vor den ordentlichen Gerichten

Hauptabschnitt 1 Vereinfachte Verfahren

- Abschnitt 1 Mahnverfahren
- Abschnitt 2 Vereinfachte Verfahren über den Unterhalt Minderjähriger
 - Unterabschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Unterabschnitt 2 Beschwerde
- Hauptabschnitt 2 Prozessverfahren
 - Abschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Abschnitt 2 Berufung und bestimmte Beschwerden
 - Abschnitt 3 Revision, Rechtsbeschwerden nach § 74 GWB und § 86 EnWG
 - Abschnitt 4 Zulassung der Sprungrevision, Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision sowie der Rechtsbeschwerde nach § 74 GWB und § 86 EnWG
 - Abschnitt 5 Rechtsmittelverfahren des gewerblichen Rechtsschutzes vor dem Bundesgerichtshof
 - Unterabschnitt 1 Berufungsverfahren
 - Unterabschnitt 2 Beschwerdeverfahren und Rechtsbeschwerdeverfahren
- Hauptabschnitt 3 Ehesachen, bestimmte Lebenspartnerschaftssachen und Folgesachen
 - Abschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Abschnitt 2 Berufung, Beschwerde in Folgesachen
 - Abschnitt 3 Revision, Rechtsbeschwerde in Folgesachen
- Hauptabschnitt 4 Einstweiliger Rechtsschutz
 - Abschnitt 1 Arrest und einstweilige Verfügung
 - Unterabschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Unterabschnitt 2 Berufung
 - Unterabschnitt 3 Beschwerde
 - Abschnitt 2 Einstweilige Anordnung
 - Unterabschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Unterabschnitt 2 Beschwerde
- Hauptabschnitt 5 Vorbereitung der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung
 - Abschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Abschnitt 2 Rechtsmittelverfahren
- Hauptabschnitt 6 Sonstige Verfahren
 - Abschnitt 1 Selbstständiges Beweisverfahren
 - Abschnitt 2 Schiedsrichterliches Verfahren
 - Unterabschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Unterabschnitt 2 Rechtsbeschwerde
 - Abschnitt 3 Aufgebotsverfahren
 - Abschnitt 4 Besondere Verfahren nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem Aktiengesetz, dem Umwandlungsgesetz, dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz und dem Wertpapierhandelsgesetz
- Hauptabschnitt 7 Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör
- Hauptabschnitt 8 Sonstige Beschwerden und Rechtsbeschwerden
 - Abschnitt 1 Sonstige Beschwerden
 - Abschnitt 2 Sonstige Rechtsbeschwerden
- Hauptabschnitt 9 Besondere Gebühren
 - Teil 2 Zwangsvollstreckung nach der Zivilprozessordnung, Insolvenzverfahren und ähnliche Verfahren
- Hauptabschnitt 1 Zwangsvollstreckung nach der Zivilprozessordnung
 - Abschnitt 1 Erster Rechtszug

- Abschnitt 2 Beschwerden
 - Unterabschnitt 1 Beschwerde
 - Unterabschnitt 2 Rechtsbeschwerde
- Hauptabschnitt 2 Verfahren nach dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung; Zwangsliquidation einer Bahneinheit
 - Abschnitt 1 Zwangsversteigerung
 - Abschnitt 2 Zwangsverwaltung
 - Abschnitt 3 Zwangsliquidation einer Bahneinheit
 - Abschnitt 4 Beschwerden
 - Unterabschnitt 1 Beschwerde
 - Unterabschnitt 2 Rechtsbeschwerde
- Hauptabschnitt 3 Insolvenzverfahren
 - Abschnitt 1 Eröffnungsverfahren
 - Abschnitt 2 Durchführung des Insolvenzverfahrens auf Antrag des Schuldners
 - Abschnitt 3 Durchführung des Insolvenzverfahrens auf Antrag eines Gläubigers
 - Abschnitt 4 Besonderer Prüfungstermin und schriftliches Prüfungsverfahren (§ 177 InsO)
 - Abschnitt 5 Restschuldbefreiung
 - Abschnitt 6 Beschwerden
 - Unterabschnitt 1 Beschwerde
 - Unterabschnitt 2 Rechtsbeschwerde
- Hauptabschnitt 4 Schifffahrtsrechtliches Verteilungsverfahren
 - Abschnitt 1 Eröffnungsverfahren
 - Abschnitt 2 Verteilungsverfahren
 - Abschnitt 3 Besonderer Prüfungstermin
 - Abschnitt 4 Beschwerde und Rechtsbeschwerde
- Hauptabschnitt 5 Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör
- Teil 3 Strafsachen und gerichtliche Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz
- Hauptabschnitt 1 Officialverfahren
 - Abschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Abschnitt 2 Berufung
 - Abschnitt 3 Revision
 - Abschnitt 4 Wiederaufnahmeverfahren
- Hauptabschnitt 2 Klageerzwingungsverfahren, unwahre Anzeige und Zurücknahme des Strafantrags
- Hauptabschnitt 3 Privatklage
 - Abschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Abschnitt 2 Berufung
 - Abschnitt 3 Revision
 - Abschnitt 4 Wiederaufnahmeverfahren
- Hauptabschnitt 4 Einziehung und verwandte Maßnahmen
 - Abschnitt 1 Antrag des Privatklägers nach § 440 StPO
 - Abschnitt 2 Beschwerde
 - Abschnitt 3 Berufung
 - Abschnitt 4 Revision

- Abschnitt 5 Wiederaufnahmeverfahren
- Hauptabschnitt 5 Nebenklage
 - Abschnitt 1 Berufung
 - Abschnitt 2 Revision
 - Abschnitt 3 Wiederaufnahmeverfahren
- Hauptabschnitt 6 Sonstige Beschwerden
- Hauptabschnitt 7 Entschädigungsverfahren
- Hauptabschnitt 8 Gerichtliche Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz
 - Abschnitt 1 Antrag auf gerichtliche Entscheidung
 - Abschnitt 2 Rechtsbeschwerde
- Hauptabschnitt 9 Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör
- Teil 4 Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
- Hauptabschnitt 1 Bußgeldverfahren
 - Abschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Abschnitt 2 Rechtsbeschwerde
 - Abschnitt 3 Wiederaufnahmeverfahren
- Hauptabschnitt 2 Einziehung und verwandte Maßnahmen
 - Abschnitt 1 Beschwerde
 - Abschnitt 2 Rechtsbeschwerde
 - Abschnitt 3 Wiederaufnahmeverfahren
- Hauptabschnitt 3 Besondere Gebühren
- Hauptabschnitt 4 Sonstige Beschwerden
- Hauptabschnitt 5 Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör
- Teil 5 Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Hauptabschnitt 1 Prozessverfahren
 - Abschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Unterabschnitt 1 Verwaltungsgericht
 - Unterabschnitt 2 Oberverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtshof)
 - Unterabschnitt 3 Bundesverwaltungsgericht
 - Abschnitt 2 Zulassung und Durchführung der Berufung
 - Abschnitt 3 Revision
- Hauptabschnitt 2 Vorläufiger Rechtsschutz
 - Abschnitt 1 Verwaltungsgericht sowie Oberverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtshof) und Bundesverwaltungsgericht als Rechtsmittelgerichte in der Hauptsache
 - Abschnitt 2 Oberverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtshof)
 - Abschnitt 3 Bundesverwaltungsgericht
 - Abschnitt 4 Beschwerde
- Hauptabschnitt 3 Besondere Verfahren
- Hauptabschnitt 4 Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör
- Hauptabschnitt 5 Sonstige Beschwerden
- Hauptabschnitt 6 Besondere Gebühren
- Teil 6 Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit
- Hauptabschnitt 1 Prozessverfahren
 - Abschnitt 1 Erster Rechtszug

- Abschnitt 2 Revision
- Hauptabschnitt 2 Vorläufiger Rechtsschutz
 - Abschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Abschnitt 2 Beschwerde
- Hauptabschnitt 3 Besondere Verfahren
- Hauptabschnitt 4 Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör
- Hauptabschnitt 5 Sonstige Beschwerden
- Hauptabschnitt 6 Besondere Gebühr
- Teil 7 Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit
- Hauptabschnitt 1 Prozessverfahren
 - Abschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Abschnitt 2 Berufung
 - Abschnitt 3 Revision
- Hauptabschnitt 2 Vorläufiger Rechtsschutz
 - Abschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Abschnitt 2 Beschwerde
- Hauptabschnitt 3 Beweissicherungsverfahren
- Hauptabschnitt 4 Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör
- Hauptabschnitt 5 Sonstige Beschwerden
- Hauptabschnitt 6 Besondere Gebühren
- Teil 8 Verfahren vor den Gerichten der Arbeitsgerichtsbarkeit
- Hauptabschnitt 1 Mahnverfahren
- Hauptabschnitt 2 Urteilsverfahren
 - Abschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Abschnitt 2 Berufung
 - Abschnitt 3 Revision
- Hauptabschnitt 3 Arrest und einstweilige Verfügung
 - Abschnitt 1 Erster Rechtszug
 - Abschnitt 2 Berufung
 - Abschnitt 3 Beschwerde
- Hauptabschnitt 4 Besondere Verfahren
- Hauptabschnitt 5 Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör
- Hauptabschnitt 6 Sonstige Beschwerden und Rechtsbeschwerden
 - Abschnitt 1 Sonstige Beschwerden
 - Abschnitt 2 Sonstige Rechtsbeschwerden
- Hauptabschnitt 7 Besondere Gebühr
- Teil 9 Auslagen

Teil 1

Zivilrechtliche Verfahren vor den ordentlichen Gerichten

I	I		I Gebühr oder	I
I Nr.	I	Gebührentatbestand	I Satz der Gebühr	I
I	I		I nach § 34 GKG	I

I Vorbemerkung 1:

I	Die Vorschriften dieses Teils gelten nicht für die in Teil 2	I
I	geregelten Verfahren.	I
I		I
I	Hauptabschnitt 1	I
I	Vereinfachte Verfahren	I
I		I
I	Abschnitt 1	I
I	Mahnverfahren	I
I	1110 I Verfahren über den Antrag auf Erlass eines I	I
I	I Mahnbescheids I	I 0,5
I	I	I - mindestens
I	I	I 18,00 EUR
I		I
I	Abschnitt 2	I
I	Vereinfachte Verfahren über den	I
I	Unterhalt Minderjähriger	I
I		I
I	Unterabschnitt 1	I
I	Erster Rechtszug	I
I	1120 I Entscheidung über einen Antrag auf I	I
I	I Festsetzung von Unterhalt nach § 645 Abs. 1 I	I
I	I ZPO mit Ausnahme einer Festsetzung nach I	I
I	I § 650 Satz 2 ZPO I	I 0,5
I	1121 I Entscheidung über einen Antrag auf I	I
I	I Abänderung eines Vollstreckungstitels nach I	I
I	I § 655 Abs. 1 ZPO I	I 15,00 EUR
I	Unterabschnitt 2	I
I	Beschwerde	I
I	1122 I Verfahren über die Beschwerde nach § 652 I	I
I	I ZPO gegen die Festsetzung von Unterhalt im I	I
I	I vereinfachten Verfahren I	I 1,0
I	1123 I Verfahren über die Beschwerde nach § 655 I	I
I	I Abs. 5 ZPO gegen den Beschluss, durch den I	I
I	I ein Vollstreckungstitel im vereinfachten I	I
I	I Verfahren abgeändert wird I	I 30,00 EUR
I		I
I	Hauptabschnitt 2	I
I	Prozessverfahren	I
I		I
I	Abschnitt 1	I
I	Erster Rechtszug	I
I	Vorbemerkung 1.2.1:	I
I	Die Gebühren dieses Abschnitts entstehen nicht im Musterverfahren I	I
I	nach dem KapMuG; das erstinstanzliche Musterverfahren gilt als Teil I	I
I	des ersten Rechtszugs des Prozessverfahrens. I	I
I	1210 I Verfahren im allgemeinen I	I 3,0
I	I Soweit wegen desselben Streitgegenstands I	I
I	I ein Mahnverfahren vorausgegangen ist, I	I
I	I entsteht die Gebühr mit dem Eingang der I	I
I	I Akten bei dem Gericht, an das der I	I
I	I Rechtsstreit nach Erhebung des Widerspruchs I	I
I	I oder Einlegung des Einspruchs abgegeben I	I
I	I wird; in diesem Fall wird eine Gebühr 1110 I	I

I	I nach dem Wert des Streitgegenstands	I	I
I	I angerechnet, der in das Prozessverfahren	I	I
I	I übergegangen ist. Bei einer Klage nach	I	I
I	I § 656 ZPO wird die Gebühr 1121 angerechnet.	I	I
I 1211	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I 1. Zurücknahme der Klage	I	I
I	I a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I Verhandlung,	I	I
I	I b) in den Fällen des § 128 Abs. 2 ZPO	I	I
I	I vor dem Zeitpunkt, der dem Schluss	I	I
I	I der mündlichen Verhandlung entspricht,	I	I
I	I c) im Verfahren nach § 495a ZPO, in dem	I	I
I	I eine mündliche Verhandlung nicht	I	I
I	I stattfindet, vor Ablauf des Tages, an	I	I
I	I dem eine Ladung zum Termin zur	I	I
I	I Verkündung des Urteils zugestellt	I	I
I	I oder das schriftliche Urteil der	I	I
I	I Geschäftsstelle übermittelt wird,	I	I
I	I d) im Fall des § 331 Abs. 3 ZPO vor	I	I
I	I Ablauf des Tages, an dem das Urteil	I	I
I	I der Geschäftsstelle übermittelt wird,	I	I
I	I wenn keine Entscheidung nach § 269	I	I
I	I Abs. 3 Satz 3 ZPO über die Kosten ergeht	I	I
I	I oder die Entscheidung einer zuvor	I	I
I	I mitgeteilten Einigung der Parteien über	I	I
I	I die Kostentragung oder der	I	I
I	I Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I	I
I	I folgt,	I	I
I	I 2. Anerkenntnisurteil, Verzichtsurteil oder	I	I
I	I Urteil, das nach § 313a Abs. 2 ZPO	I	I
I	I keinen Tatbestand und keine	I	I
I	I Entscheidungsgründe enthält,	I	I
I	I 3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I 4. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I	I
I	I wenn keine Entscheidung über die Kosten	I	I
I	I ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I	I
I	I mitgeteilten Einigung der Parteien über	I	I
I	I die Kostentragung oder der	I	I
I	I Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I	I
I	I folgt,	I	I
I	I es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I
I	I oder ein Musterentscheid nach dem KapMuG	I	I
I	I vorausgegangen ist:	I	I
I	I Die Gebühr 1210 ermäßigt sich auf	I	I 1,0
I	I Die Zurücknahme des Antrags auf	I	I
I	I Durchführung des streitigen Verfahrens, des	I	I
I	I Widerspruchs gegen den Mahnbescheid oder	I	I
I	I des Einspruchs gegen den Vollstreckungs-	I	I
I	I bescheid stehen der Zurücknahme der Klage	I	I
I	I gleich.	I	I
I	I Die Vervollständigung eines ohne Tatbestand	I	I
I	I und Entscheidungsgründe hergestellten	I	I

I	I Urteils (§ 313a Abs. 5 ZPO) steht der	I	I
I	I Ermäßigung nicht entgegen. Die Gebühr	I	I
I	I ermäßigt sich auch, wenn mehrere	I	I
I	I Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I			I
I	Abschnitt 2		I
I	Berufung und bestimmte Beschwerden		I
I	I Vorbemerkung 1.2.2:		I
I	I Dieser Abschnitt ist auf folgende Beschwerdeverfahren anzuwenden:		I
I	I 1. Beschwerden nach § 621a Abs. 2 Satz 2 ZPO i.V.m. § 629a Abs. 2		I
	I Satz 1 ZPO und § 621e Abs. 1 ZPO; dies gilt in Verfahren nach		I
	I § 661 Abs. 1 Nr. 7 i.V.m. Abs. 2 ZPO entsprechend;		I
I	I 2. Beschwerden nach den §§ 63 und 116 GWB;		I
I	I 3. Beschwerden nach § 48 WpÜG;		I
I	I 4. Beschwerdeverfahren nach § 37u Abs. 1 WpHG;		I
I	I 5. Beschwerden nach § 75 EnWG.		I
I	I 1220 I Verfahren im allgemeinen	I	I 4,0
I	I 1221 I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I I Zurücknahme des Rechtsmittels, der Klage	I	I
I	I I oder des Antrags, bevor die Schrift zur	I	I
I	I I Begründung des Rechtsmittels bei Gericht	I	I
I	I I eingegangen ist:	I	I
I	I I Die Gebühr 1220 ermäßigt sich auf	I	I 1,0
I	I I Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I	I
I	I I stehen der Zurücknahme gleich, wenn keine	I	I
I	I I Entscheidung über die Kosten ergeht oder	I	I
I	I I die Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I	I
I	I I Einigung der Parteien über die Kostentragung	I	I
I	I I oder der Kostenübernahmeerklärung einer	I	I
I	I I Partei folgt.	I	I
I	I 1222 I Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I	I
I	I I nicht Nummer 1221 anzuwenden ist, durch	I	I
I	I I 1. Zurücknahme des Rechtsmittels, der Klage	I	I
I	I I oder des Antrags	I	I
I	I I a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I I Verhandlung,	I	I
I	I I b) in den Fällen des § 128 Abs. 2 ZPO	I	I
I	I I vor dem Zeitpunkt, der dem Schluss	I	I
I	I I der mündlichen Verhandlung entspricht,	I	I
I	I I 2. Anerkenntnisurteil, Verzichtsurteil oder	I	I
I	I I Urteil, das nach § 313a Abs. 2 ZPO	I	I
I	I I keinen Tatbestand und keine	I	I
I	I I Entscheidungsgründe enthält,	I	I
I	I I 3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I I 4. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I	I
I	I I wenn keine Entscheidung über die Kosten	I	I
I	I I ergeht oder die Entscheidung einer	I	I
I	I I zuvor mitgeteilten Einigung der Parteien	I	I
I	I I über die Kostentragung oder der	I	I
I	I I Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I	I
I	I I folgt,	I	I
I	I I es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I I eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I

I	I oder ein Beschluss in der Hauptsache	I	I
I	I vorausgegangen ist:	I	I
I	I Die Gebühr 1220 ermäßigt sich auf	I	2,0 I
I	I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I 1223	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I ein Urteil, das wegen eines Verzichts der	I	I
I	I der Parteien nach § 313a Abs. 1 Satz 2 ZPO	I	I
I	I keine schriftliche Begründung enthält, wenn	I	I
I	I nicht bereits ein anderes als eines der in	I	I
I	I Nummer 1222 Nr. 2 genannten Urteile oder	I	I
I	I ein Beschluss in der Hauptsache	I	I
I	I vorausgegangen ist:	I	I
I	I Die Gebühr 1220 ermäßigt sich auf	I	3,0 I
I	I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I daneben Ermäßigungstatbestände nach Nummer	I	I
I	I 1222 erfüllt sind.	I	I
I		I	I
I	Abschnitt 3	I	I
I	I Revision, Rechtsbeschwerde nach § 74 GWB und § 86 EnWG	I	I
I 1230	I Verfahren im Allgemeinen	I	5,0 I
I 1231	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I Zurücknahme des Rechtsmittels, der Klage	I	I
I	I oder des Antrags, bevor die Schrift zur	I	I
I	I Begründung des Rechtsmittels bei Gericht	I	I
I	I eingegangen ist:	I	I
I	I Die Gebühr 1230 ermäßigt sich auf	I	1,0 I
I	I Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I	I
I	I stehen der Zurücknahme gleich, wenn keine	I	I
I	I Entscheidung über die Kosten ergeht oder	I	I
I	I die Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I	I
I	I Einigung der Parteien über die Kosten-	I	I
I	I tragung oder der Kostenübernahmeerklärung	I	I
I	I einer Partei folgt.	I	I
I 1232	I Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I	I
I	I nicht Nummer 1231 anzuwenden ist, durch	I	I
I	I 1. Zurücknahme des Rechtsmittels, der Klage	I	I
I	I oder des Antrags	I	I
I	I a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I Verhandlung,	I	I
I	I b) in den Fällen des § 128 Abs. 2 ZPO vor	I	I
I	I dem Zeitpunkt, der dem Schluss der	I	I
I	I mündlichen Verhandlung entspricht,	I	I
I	I 2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I	I
I	I 3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I 4. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I	I
I	I wenn keine Entscheidung über die Kosten	I	I
I	I ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I	I
I	I mitgeteilten Einigung der Parteien über	I	I
I	I die Kostentragung oder der Kosten-	I	I
I	I übernahmeerklärung einer Partei folgt,	I	I
I	I es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I

I	I	oder ein Beschluss in der Hauptsache voraus-	I		
I	I	gegangen ist:	I		
I	I	Die Gebühr 1230 ermäßigt sich auf	I	3,0	I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I		I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		I
I					I
I		Abschnitt 4			I
I	I	Zulassung der Sprungrevision, Beschwerde gegen die Nichtzulassung	I		I
I	I	der Revision sowie der Rechtsbeschwerden nach § 74 GWB und § 86 EnWG	I		I
I	I	1240 I Verfahren über die Zulassung der Sprung-	I		I
I	I	revision:	I		I
I	I	Soweit der Antrag abgelehnt wird	I	1,5	I
I	I	1241 I Verfahren über die Zulassung der Sprung-	I		I
I	I	revision:	I		I
I	I	Soweit der Antrag zurückgenommen oder das	I		I
I	I	Verfahren durch anderweitige Erledigung	I		I
I	I	beendet wird	I	1,0	I
I	I	Die Gebühr entsteht nicht, soweit die	I		I
I	I	Sprungrevision zugelassen wird.	I		I
I	I	1242 I Verfahren über die Beschwerde gegen die	I		I
I	I	Nichtzulassung des Rechtsmittels:	I		I
I	I	Soweit die Beschwerde verworfen oder	I		I
I	I	zurückgewiesen wird	I	2,0	I
I	I	1243 I Verfahren über die Beschwerde gegen die	I		I
I	I	Nichtzulassung des Rechtsmittels:	I		I
I	I	Soweit die Beschwerde zurückgenommen oder	I		I
I	I	das Verfahren durch anderweitige Erledigung	I		I
I	I	beendet wird	I	1,0	I
I	I	Die Gebühr entsteht nicht, soweit der	I		I
I	I	Beschwerde stattgegeben wird.	I		I
I					I
I		Abschnitt 5			I
I	I	Rechtsmittelverfahren des gewerblichen Rechtsschutzes vor dem	I		I
I	I	Bundesgerichtshof	I		I
I	I	Unterabschnitt 1	I		I
I	I	Berufungsverfahren	I		I
I	I	1250 I Verfahren im Allgemeinen	I	6,0	I
I	I	1251 I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I	Zurücknahme der Berufung oder der Klage,	I		I
I	I	bevor die Schrift zur Begründung der	I		I
I	I	Berufung bei Gericht eingegangen ist:	I		I
I	I	Die Gebühr 1250 ermäßigt sich auf	I	1,0	I
I	I	Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I		I
I	I	i.V.m. § 121 Abs. 2 Satz 2 PatG, § 20	I		I
I	I	GebrMG stehen der Zurücknahme gleich, wenn	I		I
I	I	keine Entscheidung über die Kosten ergeht	I		I
I	I	oder die Entscheidung einer zuvor	I		I
I	I	mitgeteilten Einigung der Parteien über die	I		I
I	I	Kostentragung oder der Kostenübernahme-	I		I
I	I	erklärung einer Partei folgt.	I		I
I	I	1252 I Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I		I
I	I	nicht Nummer 1251 anzuwenden ist, durch	I		I
I	I	1. Zurücknahme der Berufung oder der Klage	I		I

I	I	vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I	Verhandlung,	I	I
I	I	2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I	I
I	I	3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I	4. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I	I
I	I	i.V.m. § 121 Abs. 2 Satz 2 PatG, § 20	I	I
I	I	GebrMG, wenn keine Entscheidung über die	I	I
I	I	die Kosten ergeht oder die Entscheidung	I	I
I	I	einer zuvor mitgeteilten Einigung der	I	I
I	I	Parteien über die Kostentragung oder der	I	I
I	I	Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I	I
I	I	folgt,	I	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I	eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I
I	I	vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 1250 ermäßigt sich auf	I	3,0
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn mehrere		I
I	I	Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I				I
I		Unterabschnitt 2		I
I		Beschwerdeverfahren und Rechtsbeschwerdeverfahren		I
I	1253	I Verfahren über die Beschwerde nach § 122	I	I
I		I PatG oder § 20 GebrMG i.V.m. § 122 PatG	I	I
I		I gegen ein Urteil über den Erlass einer	I	I
I		I einstweiligen Verfügung in Zwangslizenzsachen	I	2,0
I	1254	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I		I Zurücknahme der Beschwerde, bevor die Schrift		I
I		I zur Begründung der Beschwerde bei Gericht	I	I
I		I eingegangen ist:	I	I
I		I Die Gebühr 1253 ermäßigt sich auf	I	1,0
I		I Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I	I
I		I i.V.m. § 121 Abs. 2 Satz 2 PatG, § 20	I	I
I		I GebrMG stehen der Zurücknahme gleich, wenn	I	I
I		I keine Entscheidung über die Kosten ergeht	I	I
I		I oder die Entscheidung einer zuvor	I	I
I		I mitgeteilten Einigung der Parteien über die	I	I
I		I Kostentragung oder der	I	I
I		I Kostenübernahmeerklärung einer Partei folgt.		I
I	1255	I Verfahren über die Rechtsbeschwerde	I	2,0
I	1256	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I		I Zurücknahme der Rechtsbeschwerde, bevor die	I	I
I		I Schrift zur Begründung der Rechtsbeschwerde	I	I
I		I bei Gericht eingegangen ist:	I	I
I		I Die Gebühr 1255 ermäßigt sich auf	I	1,0
I		I Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I	I
I		I i.V.m. § 121 Abs. 2 Satz 2 PatG, § 20	I	I
I		I GebrMG stehen der Zurücknahme gleich, wenn	I	I
I		I keine Entscheidung über die Kosten ergeht	I	I
I		I oder die Entscheidung einer zuvor	I	I
I		I mitgeteilten Einigung der Parteien über die	I	I
I		I Kostentragung oder der Kostenübernahmeerklärung		I
I		I einer Partei folgt.	I	I
I				I

I	Hauptabschnitt 3	I
I		I
I	Ehesachen,	I
I	bestimmte Lebenspartnerschaftssachen	I
I	und Folgesachen	I
I	Vorbemerkung 1.3:	I
I	Dieser Hauptabschnitt gilt für Ehesachen, Lebenspartnerschaftssachen	I
I	nach § 661 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 ZPO und für Folgesachen einer	I
I	Scheidungsache oder eines Verfahrens über die Aufhebung der	I
I	Lebenspartnerschaft.	I
I		I
I	Abschnitt 1	I
I	Erster Rechtszug	I
I	1310 I Verfahren im Allgemeinen	I 2,0
I	1311 I Beendigung des gesamten Verfahrens oder	I
I	I einer Folgesache durch	I
I	I 1. Zurücknahme des Antrags oder der Klage	I
I	I a) vor dem Schluss der mündlichen	I
I	I Verhandlung,	I
I	I b) in den Fällen des § 128 Abs. 2 ZPO	I
I	I vor dem Zeitpunkt, der dem Schluss	I
I	I der mündlichen Verhandlung entspricht,	I
I	I c) im Fall des § 331 Abs. 3 ZPO vor	I
I	I Ablauf des Tages, an dem das Urteil	I
I	I der Geschäftsstelle übermittelt wird,	I
I	I wenn keine Entscheidung nach § 269	I
I	I Abs. 3 Satz 3 ZPO über die Kosten	I
I	I ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I
I	I mitgeteilten Einigung der Parteien über	I
I	I die Kostentragung oder der	I
I	I Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I
I	I folgt,	I
I	I 2. Anerkenntnisurteil, Verzichtsurteil oder	I
I	I Urteil, das nach § 313a Abs. 2 ZPO keinen	I
I	I Tatbestand und keine Entscheidungsgründe	I
I	I enthält,	I
I	I 3. gerichtlichen Vergleich oder	I
I	I 4. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I
I	I wenn keine Entscheidung über die Kosten	I
I	I ergeht oder die Entscheidung einer	I
I	I zuvor mitgeteilten Einigung der Parteien	I
I	I über die Kostentragung oder der	I
I	I Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I
I	I folgt,	I
I	I es sei denn, dass bereits ein anderes als	I
I	I eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I
I	I vorausgegangen ist:	I
I	I Die Gebühr 1310 ermäßigt sich auf	I 0,5
I	I (1) Wird in einem Verbund von Scheidungs-	I
I	I und Folgesachen nicht das gesamte Verfahren	I
I	I beendet, ist auf mehrere beendete	I
I	I Folgesachen § 46 Abs. 1 GKG anzuwenden und	I
I	I die Gebühr nur insoweit zu ermäßigen. Dies	I

I	I gilt entsprechend für Folgesachen einer	I	I
I	I Lebenspartnerschaftssache.	I	I
I	I (2) Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I	I (3) Soweit über Folgesachen durch Beschluss	I	I
I	I entschieden wird, sind die für Urteile	I	I
I	I geltenden Vorschriften entsprechend	I	I
I	I anzuwenden.	I	I
I		I	I
I	Abschnitt 2	I	I
I	Berufung, Beschwerde in Folgesachen	I	I
I	I Vorbemerkung 1.3.2:	I	I
I	I Dieser Abschnitt gilt für Beschwerden in Folgesachen nach	I	I
I	I § 629a Abs. 2, auch i.V.m. § 661 Abs. 2 ZPO.	I	I
I	I 1320 I Verfahren im Allgemeinen	I	I 3,0
I	I 1321 I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I Zurücknahme des Rechtsmittels, des Antrags	I	I
I	I oder der Klage, bevor die Schrift zur	I	I
I	I Begründung des Rechtsmittels bei Gericht	I	I
I	I eingegangen ist:	I	I
I	I Die Gebühr 1320 ermäßigt sich auf	I	I 0,5
I	I Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I	I
I	I stehen der Zurücknahme gleich, wenn keine	I	I
I	I Entscheidung über die Kosten ergeht oder	I	I
I	I die Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I	I
I	I Einigung der Parteien über die Kostentragung	I	I
I	I oder der Kostenübernahmeerklärung einer	I	I
I	I Partei folgt.	I	I
I	I 1322 I Beendigung des gesamten Verfahrens oder	I	I
I	I einer Folgesache, wenn nicht Nummer 1321	I	I
I	I erfüllt ist, durch	I	I
I	I 1. Zurücknahme des Rechtsmittels, des	I	I
I	I Antrags oder der Klage	I	I
I	I a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I Verhandlung,	I	I
I	I b) in den Fällen des § 128 Abs. 2 ZPO	I	I
I	I vor dem Zeitpunkt, der dem Schluss	I	I
I	I der mündlichen Verhandlung entspricht,	I	I
I	I 2. Anerkenntnisurteil, Verzichtsurteil oder	I	I
I	I Urteil, das nach § 313a Abs. 2 ZPO	I	I
I	I keinen Tatbestand und keine	I	I
I	I Entscheidungsgründe enthält,	I	I
I	I 3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I 4. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I	I
I	I wenn keine Entscheidung über die Kosten	I	I
I	I ergeht oder die Entscheidung einer	I	I
I	I zuvor mitgeteilten Einigung der Parteien	I	I
I	I über die Kostentragung oder der	I	I
I	I Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I	I
I	I folgt,	I	I
I	I es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I
I	I vorausgegangen ist:	I	I

I	I Die Gebühr 1320 ermäßigt sich auf	I	1,0	I
I	I (1) Wird in einem Verbund von Scheidungs-	I		I
I	I und Folgesachen nicht das gesamte Verfahren	I		I
I	I beendet, ist auf mehrere beendete Folgesachen	I		I
I	I § 46 Abs. 1 GKG anzuwenden und die Gebühr	I		I
I	I nur insoweit zu ermäßigen. Dies gilt	I		I
I	I entsprechend für Folgesachen einer	I		I
I	I Lebenspartnerschaftssache.	I		I
I	I (2) Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I		I
I	I mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		I
I	I (3) Soweit über Folgesachen durch Beschluss	I		I
I	I entschieden wird, sind die für Urteile	I		I
I	I geltenden Vorschriften entsprechend	I		I
I	I anzuwenden.	I		I
I 1323	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I ein Urteil, das wegen eines Verzichts der	I		I
I	I Parteien nach § 313a Abs. 1 Satz 2 ZPO	I		I
I	I keine schriftliche Begründung enthält, wenn	I		I
I	I nicht bereits ein anderes als eines der in	I		I
I	I Nummer 1322 Nr. 2 genannten Urteile mit	I		I
I	I schriftlicher Begründung oder ein	I		I
I	I Versäumnisurteil vorausgegangen ist:	I		I
I	I Die Gebühr 1320 ermäßigt sich auf	I	2,0	I
I	I (1) Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I		I
I	I daneben Ermäßigungstatbestände nach Nummer	I		I
I	I 1322 erfüllt sind.	I		I
I	I (2) Soweit über Folgesachen durch Beschluss	I		I
I	I entschieden wird, sind die für Urteile	I		I
I	I geltenden Vorschriften entsprechend	I		I
I	I anzuwenden.	I		I
I		I		I
I		I		I
I	Abschnitt 3	I		I
I	Revision, Rechtsbeschwerde in Folgesachen	I		I
I	Vorbemerkung 1.3.3:	I		I
I	Dieser Abschnitt gilt für Rechtsbeschwerden in Folgesachen nach	I		I
I	§ 629a Abs. 2, auch i.V.m. § 661 Abs. 2 ZPO.	I		I
I 1330	I Verfahren im Allgemeinen	I	4,0	I
I 1331	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I Zurücknahme des Rechtsmittels, des Antrags	I		I
I	I oder der Klage, bevor die Schrift zur	I		I
I	I Begründung des Rechtsmittels bei Gericht	I		I
I	I eingegangen ist:	I		I
I	I Die Gebühr 1330 ermäßigt sich auf	I	1,0	I
I	I Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I		I
I	I stehen der Zurücknahme gleich, wenn keine	I		I
I	I Entscheidung über die Kosten ergeht oder	I		I
I	I die Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I		I
I	I Einigung der Parteien über die	I		I
I	I Kostentragung oder der Erklärung einer Partei,	I		I
I	I die Kosten tragen zu wollen, folgt.	I		I
I 1332	I Beendigung des gesamten Verfahrens oder	I		I
I	I einer Folgesache, wenn nicht Nummer 1331	I		I
I	I erfüllt ist, durch	I		I

I	I	1. Zurücknahme des Rechtsmittels, des	I	I
I	I	Antrags oder der Klage	I	I
I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I	Verhandlung,	I	I
I	I	b) in den Fällen des § 128 Abs. 2 ZPO	I	I
I	I	vor dem Zeitpunkt, der dem Schluss	I	I
I	I	der mündlichen Verhandlung entspricht,	I	I
I	I	2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I	I
I	I	3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I	4. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I	I
I	I	wenn keine Entscheidung über die Kosten	I	I
I	I	ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I	I
I	I	mitgeteilten Einigung der Parteien über	I	I
I	I	die Kostentragung oder der	I	I
I	I	Kostenübernahmeerklärung einer Partei folgt,	I	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I	eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I
I	I	vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 1330 ermäßigt sich auf	I	2,0
I	I	(1) Wird in einem Verbund von Scheidungs-	I	I
I	I	und Folgesachen nicht das gesamte Verfahren	I	I
I	I	beendet, ist auf mehrere beendete	I	I
I	I	Folgesachen § 46 Abs. 1 GKG anzuwenden und	I	I
I	I	die Gebühr nur insoweit zu ermäßigen. Dies	I	I
I	I	gilt entsprechend für Folgesachen einer	I	I
I	I	Lebenspartnerschaftssache.	I	I
I	I	(2) Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I	I	(3) Soweit über Folgesachen durch Beschluss	I	I
I	I	entschieden wird, sind die für Urteile	I	I
I	I	geltenden Vorschriften entsprechend	I	I
I	I	anzuwenden.	I	I
I				I
I		Hauptabschnitt 4		I
I		Einstweiliger Rechtsschutz		I
I				I
I		Abschnitt 1		I
I		Arrest und einstweilige Verfügung		I
I		I Vorbemerkung 1.4.1:		I
I		I Im Verfahren über den Antrag auf Anordnung eines Arrests oder einer	I	I
I		I einstweiligen Verfügung und im Verfahren über den Antrag auf	I	I
I		I Aufhebung oder Abänderung (§ 926 Abs. 2, §§ 927, 936 ZPO) werden	I	I
I		I die Gebühren jeweils gesondert erhoben. Im Fall des § 942 ZPO	I	I
I		I gilt das Verfahren vor dem Amtsgericht und dem Gericht der	I	I
I		I Hauptsache als ein Rechtsstreit.	I	I
I				I
I		Unterabschnitt 1		I
I		Erster Rechtszug		I
I	1410	I Verfahren im Allgemeinen	I	1,5
I	1411	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I		I 1. Zurücknahme des Antrags vor dem Schluss	I	I
I		I der mündlichen Verhandlung,	I	I
I		I 2. Anerkenntnisurteil, Verzichtsurteil oder	I	I

I	I	Urteil, das nach § 313a Abs. 2 ZPO keinen	I
I	I	Tatbestand und keine Entscheidungsgründe	I
I	I	enthält,	I
I	I	3. gerichtlichen Vergleich oder	I
I	I	4. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I
I	I	wenn keine Entscheidung über die Kosten	I
I	I	ergeht oder die Entscheidung einer	I
I	I	zuvor mitgeteilten Einigung der Parteien	I
I	I	über die Kostentragung oder der	I
I	I	Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I
I	I	folgt,	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein Beschluss	I
I	I	nach § 922 Abs. 1, auch i.V.m. § 936 ZPO,	I
I	I	oder ein anderes als eines der in Nummer 2	I
I	I	genannten Urteile vorausgegangen ist:	I
I	I	Die Gebühr 1410 ermäßigt sich auf	I 1,0
I	I	Die Vervollständigung eines ohne Tatbestand	I
I	I	und Entscheidungsgründe hergestellten Urteils	I
I	I	(§ 313a Abs. 5 ZPO) steht der Ermäßigung	I
I	I	nicht entgegen. Die Gebühr ermäßigt sich	I
I	I	auch, wenn mehrere Ermäßigungstatbestände	I
I	I	erfüllt sind.	I
I 1412	I	Es wird durch Urteil entschieden oder es	I
I	I	ergeht ein Beschluss nach § 91a oder § 269	I
I	I	Abs. 3 Satz 3 ZPO, wenn nicht Nummer 1411	I
I	I	erfüllt ist:	I
I	I	Die Gebühr 1410 erhöht sich nach dem Wert	I
I	I	des Streitgegenstands, auf den sich die	I
I	I	Entscheidung bezieht, auf	I 3,0
I			I
I		Unterabschnitt 2	I
I		Berufung	I
I 1413	I	Verfahren im Allgemeinen	I 4,0
I 1414	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I
I	I	Zurücknahme der Berufung, des Antrags oder	I
I	I	des Widerspruchs, bevor die Schrift zur	I
I	I	Begründung der Berufung bei Gericht	I
I	I	eingegangen ist:	I
I	I	Die Gebühr 1413 ermäßigt sich auf	I 1,0
I	I	Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I
I	I	stehen der Zurücknahme gleich, wenn keine	I
I	I	Entscheidung über die Kosten ergeht oder	I
I	I	die Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I
I	I	Einigung der Parteien über die	I
I	I	Kostentragung oder der	I
I	I	Kostenübernahmeerklärung einer Partei folgt.	I
I 1415	I	Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I
I	I	nicht Nummer 1414 erfüllt ist, durch	I
I	I	1. Zurücknahme der Berufung oder des Antrags	I
I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I
I	I	Verhandlung,	I
I	I	b) in den Fällen des § 128 Abs. 2 ZPO	I
I	I	vor dem Zeitpunkt, der dem Schluss	I

I	I	der mündlichen Verhandlung entspricht,	I		I
I	I	2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I		I
I	I	3. gerichtlichen Vergleich oder	I		I
I	I	4. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I		I
I	I	wenn keine Entscheidung über die Kosten	I		I
I	I	ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I		I
I	I	mitgeteilten Einigung der Parteien über	I		I
I	I	die Kostentragung oder der	I		I
I	I	Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I		I
I	I	folgt,	I		I
I	I	es sei denn, dass bereits ein anderes als	I		I
I	I	eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I		I
I	I	vorausgegangen ist:	I		I
I	I	Die Gebühr 1413 ermäßigt sich auf	I	2,0	I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I		I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt	I		I
I	I	sind.	I		I
I	1416	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I	ein Urteil, das wegen eines Verzichts der	I		I
I	I	Parteien nach § 313a Abs. 1 Satz 2 ZPO	I		I
I	I	keine schriftliche Begründung enthält, wenn	I		I
I	I	nicht bereits ein anderes als eines der in	I		I
I	I	Nummer 1415 Nr. 2 genannten Urteile mit	I		I
I	I	schriftlicher Begründung oder ein	I		I
I	I	Versäumnisurteil vorausgegangen ist:	I		I
I	I	Die Gebühr 1413 ermäßigt sich auf	I	3,0	I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I		I
I	I	daneben Ermäßigungstatbestände nach	I		I
I	I	Nummer 1415 erfüllt sind.	I		I
I			I		I
I		Unterabschnitt 3	I		I
I		Beschwerde	I		I
I	1417	Verfahren über die Beschwerde gegen die	I		I
I	I	Zurückweisung eines Antrags auf Anordnung	I		I
I	I	eines Arrests oder einer einstweiligen	I		I
I	I	Verfügung	I	1,5	I
I	1418	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I	Zurücknahme der Beschwerde:	I		I
I	I	Die Gebühr 1417 ermäßigt sich auf	I	1,0	I
I			I		I
I		Abschnitt 2	I		I
I		Einstweilige Anordnung	I		I
I		Vorbemerkung 1.4.2:	I		I
I		Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten für einstweilige	I		I
I		Anordnungen in Lebenspartnerschaftssachen (§ 661 Abs. 2 ZPO)	I		I
I		entsprechend.	I		I
I			I		I
I		Unterabschnitt 1	I		I
I		Erster Rechtszug	I		I
I		Vorbemerkung 1.4.2.1:	I		I
I		Mehrere Entscheidungen der unter einer Nummer genannten Art	I		I
I		innerhalb eines Rechtszugs gelten als eine Entscheidung.	I		I
I	1420	Entscheidung über einen Antrag nach	I		I

I	I § 127a ZPO	I	0,5	I
I 1421	I Entscheidung über einen Antrag nach	I		I
I	I § 620 Nr. 4, 6 bis 10 ZPO	I	0,5	I
I 1422	I Entscheidung über einen Antrag nach	I		I
I	I § 621f ZPO	I	0,5	I
I 1423	I Entscheidung über einen Antrag nach	I		I
I	I § 641d ZPO	I	0,5	I
I 1424	I Entscheidung über einen Antrag nach	I		I
I	I § 644 ZPO	I	0,5	I
I		I		I
I	Unterabschnitt 2	I		I
I	Beschwerde	I		I
I 1425	I Verfahren über Beschwerden nach § 620c	I		I
I	I Satz 1 und § 641d Abs. 3 ZPO	I	1,0	I
I		I		I
I	Hauptabschnitt 5	I		I
I	Vorbereitung der genzüberschreitenden Zwangsvollstreckung	I		I
I	Vorbemerkung 1.5:	I		I
I	Die Vollstreckbarerklärung eines ausländischen Schiedsspruchs	I		I
I	oder deren Aufhebung bestimmt sich nach Nummer 1620.	I		I
I		I		I
I	Abschnitt 1	I		I
I	Erster Rechtszug	I		I
I 1510	I Verfahren über Anträge auf	I		I
I	I 1. Vollstreckbarerklärung ausländischer	I		I
I	I Titel,	I		I
I	I 2. Feststellung, ob die ausländische	I		I
I	I Entscheidung anzuerkennen ist,	I		I
I	I 3. Erteilung der Vollstreckungsklausel zu	I		I
I	I ausländischen Titeln und	I		I
I	I 4. Aufhebung oder Abänderung von	I		I
I	I Entscheidungen in den in den Nummern 1	I		I
I	I bis 3 genannten Verfahren	I	200,00 EUR	I
I	I Die Gebühr wird nicht erhoben, wenn ein	I		I
I	I ein Titel kostenfrei für vollstreckbar zu	I		I
I	I erklären ist.	I		I
I 1511	I Verfahren über Anträge auf Ausstellung	I		I
I	I einer Bescheinigung nach § 56 AVAG	I	10,00 EUR	I
I 1512	I Verfahren über Anträge auf Ausstellung	I		I
I	I einer Bestätigung nach § 1079 ZPO	I	15,00 EUR	I
I 1513	I Verfahren nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes zur	I		I
I	I Ausführung des Vertrages zwischen der	I		I
I	I Bundesrepublik Deutschland und der Republik	I		I
I	I Österreich vom 6. Juni 1959 über die	I		I
I	I gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung	I		I
I	I von gerichtlichen Entscheidungen,	I		I
I	I Vergleichen und öffentlichen Urkunden in	I		I
I	I Zivil- und Handelssachen in der im	I		I
I	I Bundesgesetzblatt Teil III,	I		I
I	I Gliederungsnummer 319-12, veröffentlichten	I		I
I	I bereinigten Fassung, das zuletzt durch	I		I
I	I Artikel 23 des Gesetzes vom 27. Juli 2001	I		I
I	I (BGBl. I S. 1887) geändert worden ist	I	50,00 EUR	I

I				I
I		Abschnitt 2		I
I		Rechtsmittelverfahren		I
I	1520	I Verfahren über Rechtsmittel in den in den	I	I
I		I Nummern 1510 und 1513 genannten Verfahren	I 300,00 EUR	I
I	1521	I Verfahren über Rechtsmittel in	I	I
I		I 1. den in den Nummern 1511 und 1512	I	I
I		I genannten Verfahren,	I	I
I		I 2. Verfahren nach § 790 ZPO und	I	I
I		I 3. Verfahren über die Berichtigung oder	I	I
I		I den Widerruf einer Bestätigung nach	I	I
I		I § 1079 ZPO:	I	I
I		I Das Rechtsmittel wird verworfen oder	I	I
I		I zurückgewiesen	I 50,00 EUR	I
I				I
I		Hauptabschnitt 6		I
I		Sonstige Verfahren		I
I				I
I		Abschnitt 1		I
I		Selbständiges Beweisverfahren		I
I	1610	I Verfahren im Allgemeinen	I 1,0	I
I				I
I		Abschnitt 2		I
I		Schiedsrichterliches Verfahren		I
I				I
I		Unterabschnitt 1		I
I		Erster Rechtszug		I
I	1620	I Verfahren über die Aufhebung oder die	I	I
I		I Vollstreckbarerklärung eines Schiedsspruchs	I	I
I		I oder über die Aufhebung der	I	I
I		I Vollstreckbarerklärung	I 2,0	I
I		I Die Gebühr ist auch im Verfahren über die	I	I
I		I Vollstreckbarerklärung eines ausländischen	I	I
I		I Schiedsspruchs oder deren Aufhebung zu	I	I
I		I erheben.	I	I
I	1621	I Verfahren über den Antrag auf Feststellung	I	I
I		I der Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des	I	I
I		I schiedsrichterlichen Verfahrens	I 2,0	I
I	1622	I Verfahren bei Rüge der Unzuständigkeit des	I	I
I		I Schiedsgerichts	I 2,0	I
I	1623	I Verfahren bei der Bestellung eines	I	I
I		I Schiedsrichters oder Ersatzschiedsrichters ..	I 0,5	I
I	1624	I Verfahren über die Ablehnung eines	I	I
I		I Schiedsrichters oder über die Beendigung	I	I
I		I des Schiedsrichteramts	I 0,5	I
I	1625	I Verfahren zur Unterstützung bei der	I	I
I		I Beweisaufnahme oder zur Vornahme sonstiger	I	I
I		I richterlicher Handlungen	I 0,5	I
I	1626	I Verfahren über die Zulassung der Vollziehung	I	I
I		I einer vorläufigen oder sichernden Maßnahme	I	I
I		I oder über die Aufhebung oder Änderung einer	I	I
I		I Entscheidung über die Zulassung der	I	I
I		I Vollziehung	I 2,0	I

I	I	Im Verfahren über die Zulassung der	I	I
I	I	Vollziehung und in dem Verfahren über die	I	I
I	I	Aufhebung oder Änderung einer Entscheidung	I	I
I	I	über die Zulassung der Vollziehung werden	I	I
I	I	die Gebühren jeweils gesondert erhoben.	I	I
I 1627	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I	Zurücknahme des Antrags:	I	I
I	I	Die Gebühren 1620 bis 1622 und 1626	I	I
I	I	ermäßigen sich auf	I	1,0 I
I				I
I		Unterabschnitt 2		I
I		Rechtsbeschwerde		I
I 1628	I	Verfahren über die Rechtsbeschwerde in den	I	I
I	I	in den Nummern 1620 bis 1622 und 1626	I	I
I	I	genannten Verfahren	I	3,0 I
I 1629	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I	Zurücknahme der Rechtsbeschwerde oder des	I	I
I	I	Antrags:	I	I
I	I	Die Gebühr 1628 ermäßigt sich auf	I	1,0 I
I				I
I		Abschnitt 3		I
I		Aufgebotsverfahren		I
I 1630	I	Verfahren im Allgemeinen	I	0,5 I
I				I
I		Abschnitt 4		I
I		Besondere Verfahren nach dem Gesetz gegen		I
I		Wettbewerbsbeschränkungen, dem Aktiengesetz, dem Umwandlungsgesetz,	I	I
I		dem Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz in dem		I
I		Wertpapierhandelsgesetz		I
I 1640	I	Verfahren über einen Antrag nach § 115	I	I
I	I	Abs. 2 Satz 2 und 3, § 118 Abs. 1 Satz 3	I	I
I	I	oder nach § 121 GWB	I	3,0 I
I 1641	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I	Zurücknahme des Antrags:	I	I
I	I	Die Gebühr 1640 ermäßigt sich auf	I	1,0 I
I 1642	I	Verfahren nach § 148 Abs. 1 und 2,	I	I
I	I	§§ 246a, 319 Abs. 6 AktG, auch i.V.m.	I	I
I	I	§ 327e Abs. 2 AktG, oder § 16 Abs. 3 UmwG .	I	1,0 I
I 1643	I	Verfahren über den Antrag nach § 50 Abs. 3	I	I
I	I	bis 5 WpÜG, auch i. V. m. § 37u Abs. 2 WpHG	I	0,5 I
I	I	Mehrere Verfahren gelten innerhalb eines	I	I
I	I	Rechtzugs als ein Verfahren.	I	I
I				I
I		Hauptabschnitt 7		I
I		Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör		I
I 1700	I	Verfahren über die Rüge wegen Verletzung	I	I
I	I	des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I	I
I	I	(§ 321a ZPO, § 71a GWB)	I	I
I	I	Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen	I	I
I	I	oder zurückgewiesen	I	50,00 EUR I
I				I
I		Hauptabschnitt 8		I
I		Sonstige Beschwerden und Rechtsbeschwerden		I

I				I
I		Abschnitt 1		I
I		Sonstige Beschwerden		I
I 1810	I	Verfahren über Beschwerden nach § 71	I	I
I	I	Abs. 2, § 91a Abs. 2, § 99 Abs. 2 und	I	I
I	I	§ 269 Abs. 5 ZPO	I 75,00 EUR	I
I 1811	I	Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I	I
I	I	Beschwerden, die nicht nach anderen	I	I
I	I	Vorschriften gebührenfrei sind:	I	I
I	I	Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I	I	zurückgewiesen	I 50,00 EUR	I
I	I	Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen	I	I
I	I	oder zurückgewiesen, kann das Gericht die	I	I
I	I	Gebühr nach billigem Ermessen auf die	I	I
I	I	Hälfte ermäßigen oder bestimmen, dass eine	I	I
I	I	Gebühr nicht zu erheben ist.	I	I
I				I
I		Abschnitt 2		I
I		Sonstige Rechtsbeschwerden		I
I 1820	I	Verfahren über Rechtsbeschwerden gegen den	I	I
I	I	Beschluss, durch den	I	I
I	I	1. die Berufung als unzulässig verworfen	I	I
I	I	wurde (§ 522 Abs. 1 Satz 2 und 3 ZPO),	I	I
I	I	2. in Familiensachen eine Beschwerde nach	I	I
I	I	§ 621e Abs. 3 Satz 2, § 522 Abs. 1	I	I
I	I	Satz 2 und 3 ZPO, auch i.V.m. § 629a	I	I
I	I	Abs. 2 Satz 1 und § 661 Abs. 2 ZPO, als	I	I
I	I	unzulässig verworfen wurde	I 2,0	I
I 1821	I	Verfahren über Rechtsbeschwerden nach	I	I
I	I	§ 15 KapMuG	I 5,0	I
I 1822	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I	Zurücknahme der Rechtsbeschwerde, bevor die	I	I
I	I	Schrift zur Begründung der Rechtsbeschwerde	I	I
I	I	bei Gericht eingegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühren 1820 und 1821 ermäßigen	I	I
I	I	sich auf	I 1,0	I
I	I	Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I	I
I	I	stehen der Zurücknahme gleich, wenn keine	I	I
I	I	Entscheidung über die Kosten ergeht oder	I	I
I	I	die Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I	I
I	I	Einigung der Parteien über die	I	I
I	I	Kostentragung oder der	I	I
I	I	Kostenübernahmeerklärung einer Partei folgt.	I	I
I 1823	I	Verfahren über Rechtsbeschwerden in den	I	I
I	I	Fällen des § 71 Abs. 1, § 91a Abs. 1, § 99	I	I
I	I	Abs. 2, § 269 Abs. 4 oder § 516 Abs. 3 ZPO ..	I 150,00 EUR	I
I 1824	I	Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I	I
I	I	Rechtsbeschwerden, die nicht nach anderen	I	I
I	I	Vorschriften gebührenfrei sind:	I	I
I	I	Die Rechtsbeschwerde wird verworfen oder	I	I
I	I	zurückgewiesen	I 100,00 EUR	I
I	I	Wird die Rechtsbeschwerde nur teilweise	I	I
I	I	verworfen oder zurückgewiesen, kann das	I	I

I	I	Gericht die Gebühr nach billigem	I	I
I	I	Ermessen auf die Hälfte ermäßigen oder	I	I
I	I	bestimmen, dass eine Gebühr nicht zu	I	I
I	I	erheben ist.	I	I

I				I
		Hauptabschnitt 9		I
		Besondere Gebühren		I

I	1900	I	Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs	I	I
I		I	außer einem Vergleich über Ansprüche, die	I	I
I		I	in Verfahren über einstweilige Anordnungen	I	I
I		I	in Familien- oder Lebenspartnerschaftssachen	I	I
I		I	geltend gemacht werden können:	I	I
I		I	Soweit der Wert des Vergleichsgegenstands	I	I
I		I	den Wert des Verfahrensgegenstands	I	I
I		I	übersteigt	I	0,25 I
I		I	Die Gebühr entsteht nicht im Verfahren	I	I
I		I	über die Prozesskostenhilfe.	I	I
I	1901	I	Auferlegung einer Gebühr nach § 38 GKG	I	I
I		I	wegen Verzögerung des Rechtsstreits	I	I wie vom Gericht I
I		I		I	I bestimmt I

I			Teil 2	I
I			Zwangsvollstreckung nach der Zivilprozessordnung,	I
I			Insolvenzverfahren und ähnliche Verfahren	I

I	I		I	Gebühr oder Satz	
I	Nr.	I	Gebührentatbestand	I	der Gebühr nach I
I	I			I	§ 34 GKG I

I			Hauptabschnitt 1	I
I			Zwangsvollstreckung nach der Zivilprozessordnung	I

I			Abschnitt 1	I
I			Erster Rechtszug	I

I	2110	I	Verfahren über Anträge auf Erteilung einer	I	I
I		I	weiteren vollstreckbaren Ausfertigung	I	I
I		I	(§ 733 ZPO) und auf gerichtliche	I	I
I		I	Handlungen der Zwangsvollstreckung gemäß	I	I
I		I	§ 829 Abs. 1, §§ 835, 839, 846 bis 848,	I	I
I		I	857, 858, 886 bis 888 oder § 890 ZPO	I	15,00 EUR I
I		I	Mehrere Verfahren innerhalb eines	I	I
I		I	Rechtszugs gelten als ein Verfahren,	I	I
I		I	sofern sie denselben Anspruch und denselben	I	I
I		I	Gegenstand betreffen.	I	I
I	2111	I	Verfahren über den Antrag auf	I	I
I		I	Vollstreckungsschutz nach § 765a ZPO	I	15,00 EUR I
I	2112	I	Verfahren über den Antrag auf Aussetzung	I	I
I		I	der Verwertung nach § 813b ZPO	I	15,00 EUR I
I	2113	I	Verfahren über den Antrag auf Abnahme der	I	I
I		I	eidesstattlichen Versicherung nach	I	I
I		I	§ 889 ZPO	I	30,00 EUR I
I	2114	I	Verfahren über den Antrag eines	I	I
I		I	Drittgläubigers auf Erteilung einer	I	I

I	I	beendet wird	I	1,0	I
I	I	Die Gebühr entsteht nicht, soweit der	I		I
I	I	Beschwerde stattgegeben wird.	I		I
I	2124	I Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I		I
I	I	Rechtsbeschwerden, die nicht nach anderen	I		I
I	I	Vorschriften gebührenfrei sind:	I		I
I	I	Die Rechtsbeschwerde wird verworfen oder	I		I
I	I	zurückgewiesen	I	50,00 EUR	I
I	I	Wird die Rechtsbeschwerde nur teilweise	I		I
I	I	verworfen oder zurückgewiesen, kann das	I		I
I	I	Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen	I		I
I	I	auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmen,	I		I
I	I	dass eine Gebühr nicht zu erheben ist.	I		I
I					I
I		Hauptabschnitt 2			I
I		Verfahren nach dem Gesetz über die Zwangsversteigerung			I
I		und die Zwangsverwaltung;			I
I		Zwangsliquidation einer Bahneinheit			I
I		Vorbemerkung 2.2:			I
I		Die Gebühren 2210, 2220 und 2230 werden für jeden Antragsteller			I
I		gesondert erhoben. Wird der Antrag von mehreren Gesamtgläubigern,			I
I		Gesamthandsgläubigern oder im Fall der Zwangsversteigerung zum			I
I		Zweck der Aufhebung der Gemeinschaft von mehreren Miteigentümern			I
I		gemeinsam gestellt, gelten diese als ein Antragsteller. Betrifft			I
I		ein Antrag mehrere Gegenstände, wird die Gebühr nur einmal			I
I		erhoben, soweit durch einen einheitlichen Beschluss entschieden			I
I		wird. Für ein Verfahren nach § 765a ZPO wird keine, für das			I
I		Beschwerdeverfahren die Gebühr 2240 erhoben; richtet sich die			I
I		Beschwerde auch gegen eine Entscheidung nach § 30a ZVG, gilt			I
I		Satz 2 entsprechend.			I
I					I
I		Abschnitt 1			I
I		Zwangsversteigerung			I
I	2210	I Entscheidung über den Antrag auf Anordnung	I		I
I	I	der Zwangsversteigerung oder über den	I		I
I	I	Beitritt zum Verfahren	I	50,00 EUR	I
I	2211	I Verfahren im Allgemeinen	I	0,5	I
I	2212	I Beendigung des Verfahrens vor Ablauf des	I		I
I	I	Tages, an dem die Verfügung mit der	I		I
I	I	Bestimmung des ersten Versteigerungstermins	I		I
I	I	unterschrieben ist:	I		I
I	I	Die Gebühr 2211 ermäßigt sich auf	I	0,25	I
I	2213	I Abhaltung mindestens eines	I		I
I	I	Versteigerungstermins mit Aufforderung zur	I		I
I	I	Abgabe von Geboten	I	0,5	I
I	I	Die Gebühr entfällt, wenn der Zuschlag	I		I
I	I	aufgrund der §§ 74a, 85a ZVG, § 13 oder	I		I
I	I	§ 13a des Gesetzes über Vollstreckungsschutz	I		I
I	I	für die Binnenschifffahrt versagt bleibt.	I		I
I	2214	I Erteilung des Zuschlags	I	0,5	I
I	I	Die Gebühr entfällt, wenn der	I		I
I	I	Zuschlagsbeschluss aufgehoben wird.	I		I
I	2215	I Verteilungsverfahren	I	0,5	I

I	2216	I	Es findet keine oder nur eine beschränkte	I		I
I		I	Verteilung des Versteigerungserlöses durch	I		I
I		I	das Gericht statt (§§ 143, 144 ZVG):	I		I
I		I	Die Gebühr 2215 ermäßigt sich auf	I	0,25	I
I						I
I			Abschnitt 2			I
I			Zwangsverwaltung			I
I	2220	I	Entscheidung über den Antrag auf Anordnung	I		I
I		I	der Zwangsverwaltung oder über den Beitritt	I		I
I		I	zum Verfahren	I	50,00 EUR	I
I	2221	I	Durchführung des Verfahrens:	I		I
I		I	Für jedes angefangene Jahr, beginnend mit	I		I
I		I	dem Tag der Beschlagnahme	I	0,5	I
I						I
I			Abschnitt 3			I
I			Zwangsliquidation einer Bahneinheit			I
I	2230	I	Entscheidung über den Antrag auf Eröffnung	I		I
I		I	der Zwangsliquidation	I	50,00 EUR	I
I	2231	I	Verfahren im Allgemeinen	I	0,5	I
I	2232	I	Das Verfahren wird eingestellt:	I		I
I		I	Die Gebühr 2231 ermäßigt sich auf	I	0,25	I
I						I
I			Abschnitt 4			I
I			Beschwerden			I
I						I
I			Unterabschnitt 1			I
I			Beschwerde			I
I	2240	I	Verfahren über Beschwerden, wenn für die	I		I
I		I	angefochtene Entscheidung eine Festgebühr	I		I
I		I	bestimmt ist:	I		I
I		I	Die Beschwerde wird verworfen oder	I		I
I		I	zurückgewiesen	I	100,00 EUR	I
I		I	Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen	I		I
I		I	oder zurückgewiesen, kann das Gericht die	I		I
I		I	Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte	I		I
I		I	ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr	I		I
I		I	nicht zu erheben ist.	I		I
I	2241	I	Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I		I
I		I	Beschwerden, die nicht nach anderen	I		I
I		I	Vorschriften gebührenfrei sind:	I		I
I		I	Soweit die Beschwerde verworfen oder	I		I
I		I	zurückgewiesen wird	I	1,0	I
I						I
I			Unterabschnitt 2			I
I			Rechtsbeschwerde			I
I	2242	I	Verfahren über Rechtsbeschwerden, wenn für	I		I
I		I	die angefochtene Entscheidung eine	I		I
I		I	Festgebühr bestimmt ist:	I		I
I		I	Die Rechtsbeschwerde wird verworfen oder	I		I
I		I	zurückgewiesen	I	200,00 EUR	I
I		I	Wird die Rechtsbeschwerde nur teilweise	I		I
I		I	verworfen oder zurückgewiesen, kann das	I		I
I		I	Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen	I		I

I	I auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmten,	I	I
I	I dass eine Gebühr nicht zu erheben ist.	I	I
I 2243	I Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I	I
I	I Rechtsbeschwerden, die nicht nach anderen	I	I
I	I Vorschriften gebührenfrei sind:	I	I
I	I Soweit die Rechtsbeschwerde verworfen oder	I	I
I	I oder zurückgewiesen wird	I	2,0
I		I	I
I	Hauptabschnitt 3	I	I
I	Insolvenzverfahren	I	I
I	Vorbemerkung 2.3:	I	I
I	Der Antrag des ausländischen Insolvenzverwalters steht dem	I	I
I	Antrag des Schuldners gleich.	I	I
I		I	I
I	Abschnitt 1	I	I
I	Eröffnungsverfahren	I	I
I 2310	I Verfahren über den Antrag des Schuldners	I	I
I	I auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	I	0,5
I	I Die Gebühr entsteht auch, wenn das	I	I
I	I Verfahren nach § 306 InsO ruht.	I	I
I 2311	I Verfahren über den Antrag eines Gläubigers	I	I
I	I auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	I	0,5
I	I	I	- mindestens
I	I	I	150,00 EUR
I		I	I
I	Abschnitt 2	I	I
I	Durchführung des Insolvenzverfahrens auf Antrag des Schuldners	I	I
I	Vorbemerkung 2.3.2:	I	I
I	Die Gebühren dieses Abschnitts entstehen auch, wenn das	I	I
I	Verfahren gleichzeitig auf Antrag eines Gläubigers eröffnet wurde.	I	I
I 2320	I Durchführung des Insolvenzverfahrens	I	2,5
I	I Die Gebühr entfällt, wenn der	I	I
I	I Eröffnungsbeschluss auf Beschwerde	I	I
I	I aufgehoben wird.	I	I
I 2321	I Einstellung des Verfahrens vor dem Ende des	I	I
I	I Prüfungstermins nach den §§ 207, 211, 212	I	I
I	I 213 InsO:	I	I
I	I Die Gebühr 2320 ermäßigt sich auf	I	0,5
I 2322	I Einstellung des Verfahrens nach dem Ende	I	I
I	I des Prüfungstermins nach den §§ 207, 211,	I	I
I	I 212, 213 InsO:	I	I
I	I Die Gebühr 2320 ermäßigt sich auf	I	1,5
I		I	I
I	Abschnitt 3	I	I
I	Durchführung des Insolvenzverfahrens auf Antrag eines Gläubigers	I	I
I	Vorbemerkung 2.3.3:	I	I
I	Dieser Abschnitt ist nicht anzuwenden, wenn das Verfahren	I	I
I	gleichzeitig auf Antrag des Schuldners eröffnet wurde.	I	I
I 2330	I Durchführung des Insolvenzverfahrens	I	3,0
I	I Die Gebühr entfällt, wenn der	I	I
I	I Eröffnungsbeschluss auf Beschwerde	I	I
I	I aufgehoben wird.	I	I
I 2331	I Einstellung des Verfahrens vor dem Ende des	I	I

I	I	Wird die Rechtsbeschwerde nur teilweise	I	I
I	I	verworfen oder zurückgewiesen, kann das	I	I
I	I	Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen	I	I
I	I	auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmen,	I	I
I	I	dass eine Gebühr nicht zu erheben ist.	I	I
I				I
I		Hauptabschnitt 4		I
I		Schifffahrtsrechtliches Verteilungsverfahren		I
I				I
I		Abschnitt 1		I
I		Eröffnungsverfahren		I
I	2410	I Verfahren über den Antrag auf Eröffnung	I	I
I		I des Verteilungsverfahrens	I	1,0 I
I				I
I		Abschnitt 2		I
I		Verteilungsverfahren		I
I	2420	I Durchführung des Verteilungsverfahrens	I	2,0 I
I				I
I		Abschnitt 3		I
I		Besonderer Prüfungstermin		I
I	2430	I Prüfung von Forderungen in einem besonderen	I	I
I		I Prüfungstermin (§ 11 SVertO) je Gläubiger .	I	15,00 EUR I
I				I
I		Abschnitt 4		I
I		Beschwerde und Rechtsbeschwerde		I
I	2440	I Verfahren über Beschwerden, die nicht nach	I	I
I		I anderen Vorschriften gebührenfrei sind:	I	I
I		I Soweit die Beschwerde verworfen oder	I	I
I		I zurückgewiesen wird	I	50,00 EUR I
I		I Wird die Beschwerde nur teilweise	I	I
I		I verworfen oder zurückgewiesen, kann das	I	I
I		I Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen	I	I
I		I auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmen,	I	I
I		I dass eine Gebühr nicht zu erheben ist.	I	I
I	2441	I Verfahren über Rechtsbeschwerden:	I	I
I		I Soweit die Rechtsbeschwerde verworfen oder	I	I
I		I zurückgewiesen wird	I	100,00 EUR I
I		I Wird die Rechtsbeschwerde nur teilweise	I	I
I		I verworfen oder zurückgewiesen, kann das	I	I
I		I Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen	I	I
I		I auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmen,	I	I
I		I dass eine Gebühr nicht zu erheben ist.	I	I
I				I
I		Hauptabschnitt 5		I
I		Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör		I
I	2500	I Verfahren über die Rüge wegen Verletzung	I	I
I		I des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I	I
I		I (§ 321a ZPO, § 4 InsO, § 3 Abs. 1 Satz 1	I	I
I		I SVertO):	I	I
I		I Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen	I	I
I		I oder zurückgewiesen	I	50,00 EUR I
I				I
I				I

I Teil 3 I
 I I
 I Strafsachen und gerichtliche Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz I
 I I

I	I	I	I
I Nr.	I	I Gebührentatbestand	I Gebühr oder Satz I
I	I	I	I der jeweiligen I
I	I	I	I Gebühr 3110 bis I
I	I	I	I 3117, soweit I
I	I	I	I nichts anderes I
I	I	I	I vermerkt ist I

I Vorbemerkung 3: I
 I (1) § 473 Abs. 4 StPO und § 74 JGG bleiben unberührt. I
 I (2) Im Verfahren nach Wiederaufnahme werden die gleichen Gebühren I
 I wie für das wiederaufgenommene Verfahren erhoben. Wird jedoch I
 I nach Anordnung der Wiederaufnahme des Verfahrens das frühere I
 I Urteil aufgehoben, gilt für die Gebührenerhebung jeder Rechtszug I
 I des neuen Verfahrens mit dem jeweiligen Rechtszug des früheren I
 I Verfahrens zusammen als ein Rechtszug. Gebühren werden auch I
 I für Rechtszüge erhoben, die nur im früheren Verfahren stattgefunden I
 I haben. Dies gilt auch für das Wiederaufnahmeverfahren, das sich I
 I gegen einen Strafbefehl richtet (§ 373a StPO). I

I Hauptabschnitt 1 I
 I Officialverfahren I

I Vorbemerkung 3.1: I
 I (1) In Strafsachen bemessen sich die Gerichtsgebühren für alle I
 I Rechtszüge nach der rechtskräftig erkannten Strafe. I
 I (2) Ist neben einer Freiheitsstrafe auf Geldstrafe erkannt, ist I
 I die Zahl der Tagessätze der Dauer der Freiheitsstrafe I
 I hinzuzurechnen; dabei entsprechen 30 Tagessätze einem Monat I
 I Freiheitsstrafe. I
 I (3) Ist auf Verwarnung mit Strafvorbehalt erkannt, bestimmt sich I
 I die Gebühr nach der vorbehaltenen Geldstrafe. I
 I (4) Eine Gebühr wird für alle Rechtszüge bei rechtskräftiger I
 I Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung und bei I
 I rechtskräftiger Festsetzung einer Geldbuße gesondert erhoben. I
 I (5) Wird aufgrund des § 55 Abs. 1 StGB in einem Verfahren eine I
 I Gesamtstrafe gebildet, bemisst sich die Gebühr für dieses I
 I Verfahren nach dem Maß der Strafe, um das die Gesamtstrafe die I
 I früher erkannte Strafe übersteigt. Dies gilt entsprechend, wenn I
 I ein Urteil, in dem auf Jugendstrafe erkannt ist, nach § 31 Abs. 2 I
 I JGG in ein neues Urteil einbezogen wird. In den Fällen des I
 I § 460 StPO und des § 66 JGG verbleibt es bei den Gebühren für die I
 I früheren Verfahren. I
 I (6) Betrifft eine Strafsache mehrere Angeschuldigte, ist die I
 I Gebühr von jedem gesondert nach Maßgabe der gegen ihn erkannten I
 I Strafe, angeordneten Maßregel der Besserung und Sicherung oder I
 I festgesetzten Geldbuße zu erheben. Wird in einer Strafsache gegen I
 I einen oder mehrere Angeschuldigte auch eine Geldbuße gegen eine I
 I juristische Person oder eine Personenvereinigung festgesetzt, I
 I ist eine Gebühr auch von der juristischen Person oder der I

I	Personenvereinigung nach Maßgabe der gegen sie festgesetzten	I
I	Geldbuße zu erheben.	I
I	(7) Wird bei Verurteilung wegen selbstständiger Taten ein	I
I	Rechtsmittel auf einzelne Taten beschränkt, bemisst sich die	I
I	Gebühr für das Rechtsmittelverfahren nach der Strafe für diejenige	I
I	Tat, die Gegenstand des Rechtsmittelverfahrens ist. Bei	I
I	Gesamtstrafen ist die Summe der angefochtenen Einzelstrafen	I
I	maßgebend. Ist die Gesamtstrafe, auch unter Einbeziehung der früher	I
I	erkannten Strafe, geringer, ist diese maßgebend. Wird ein	I
I	Rechtsmittel auf die Anordnung einer Maßregel der Besserung und	I
I	Sicherung oder die Festsetzung einer Geldbuße beschränkt, werden	I
I	die Gebühren für das Rechtsmittelverfahren nur wegen der Anordnung	I
I	der Maßregel oder der Festsetzung der Geldbuße erhoben. Die Sätze	I
I	1 bis 4 gelten im Fall der Wiederaufnahme entsprechend.	I
I	(8) Das Verfahren über die vorbehaltene Sicherungsverwahrung und das	I
I	Verfahren über die nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung	I
I	gelten als besondere Verfahren.	I
I		I
I	Abschnitt 1	I
I	Erster Rechtszug	I
I	I Verfahren mit Urteil, wenn kein Strafbefehl	I
I	I vorausgegangen ist, bei	I
I 3110	I - Verurteilung zu Freiheitsstrafe bis zu	I
I	I 6 Monaten oder zu Geldstrafe bis zu 180	I
I	I Tagessätzen	I 120,00 EUR
I 3111	I - Verurteilung zu Freiheitsstrafe bis zu 1	I
I	I Jahr oder zu Geldstrafe von mehr als	I
I	I 180 Tagessätzen	I 240,00 EUR
I 3112	I - Verurteilung zu Freiheitsstrafe bis zu	I
I	I 2 Jahren	I 360,00 EUR
I 3113	I - Verurteilung zu Freiheitsstrafe bis zu	I
I	I 4 Jahren	I 480,00 EUR
I 3114	I - Verurteilung zu Freiheitsstrafe bis zu	I
I	I 10 Jahren	I 600,00 EUR
I 3115	I - Verurteilung zu Freiheitsstrafe von mehr	I
I	I als 10 Jahren oder zu einer lebenslangen	I
I	I Freiheitsstrafe	I 900,00 EUR
I 3116	I - Anordnung einer oder mehrerer Maßregeln	I
I	I der Besserung und Sicherung	I 60,00 EUR
I 3117	I - Festsetzung einer Geldbuße	I 10% des Betrags
I	I	I der Geldbuße
I	I	I - mindestens
I	I	I 40,00 EUR
I	I	I - höchstens
I	I	I 15.000,00 EUR
I 3118	I Strafbefehl	I 0,5
I	I Die Gebühr wird auch neben der Gebühr	I
I	I 3119 erhoben. Ist der Einspruch beschränkt	I
I	I (§ 410 Abs. 2 StPO), bemisst sich die	I
I	I Gebühr nach der im Urteil erkannten Strafe.	I
I 3119	I Hauptverhandlung mit Urteil, wenn ein	I
I	I Strafbefehl vorausgegangen ist	I 0,5
I	I Vorbemerkung 3.1 Abs. 7 gilt entsprechend.	I

I				I
I		Abschnitt 2		I
I		Berufung		I
I	3120	I Berufungsverfahren mit Urteil	I 1,5	I
I	3121	I Erledigung des Berufungsverfahrens ohne		I
I		I Urteil	I 0,5	I
I		I Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme der		I
I		I Berufung vor Ablauf der Begründungsfrist.		I
I				I
I		Abschnitt 3		I
I		Revision		I
I	3130	I Revisionsverfahren mit Urteil oder		I
I		I Beschluss nach § 349 Abs. 2 oder 4 StPO ...	I 2,0	I
I	3131	I Erledigung des Revisionsverfahrens ohne		I
I		I Urteil und ohne Beschluss nach § 349		I
I		I Abs. 2 oder 4 StPO	I 1,0	I
I		I Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme der		I
I		I Revision vor Ablauf der Begründungsfrist.		I
I				I
I		Abschnitt 4		I
I		Wiederaufnahmeverfahren		I
I	3140	I Verfahren über den Antrag auf		I
I		I Wiederaufnahme des Verfahrens:		I
I		I Der Antrag wird verworfen oder abgelehnt ..	I 0,5	I
I	3141	I Verfahren über die Beschwerde gegen einen		I
I		I Beschluss, durch den ein Antrag auf		I
I		I Wiederaufnahme des Verfahrens hinsichtlich		I
I		I einer Freiheitsstrafe, einer Geldstrafe,		I
I		I einer Maßregel der Besserung und Sicherung		I
I		I oder einer Geldbuße verworfen oder		I
I		I abgelehnt wurde:		I
I		I Die Beschwerde wird verworfen oder		I
I		I zurückgewiesen	I 1,0	I
I				I
I		Hauptabschnitt 2		I
I		Klageerzwingungsverfahren, unwahre Anzeige und		I
I		Zurücknahme des Strafantrags		I
I	3200	I Dem Antragsteller, dem Anzeigenden, dem		I
I		I Angeklagten oder Nebenbeteiligten sind die		I
I		I Kosten auferlegt worden (§§ 177, 469, 470		I
I		I StPO)	I 60,00 EUR	I
I		I Das Gericht kann die Gebühr bis auf		I
I		I 10,00 EUR herabsetzen oder beschließen,		I
I		I dass von der Erhebung einer Gebühr		I
I		I abgesehen wird.		I
I				I
I		Hauptabschnitt 3		I
I		Privatklage		I
I		Vorbemerkung 3.3:		I
I		Für das Verfahren auf Widerklage werden die Gebühren gesondert		I
I		erhoben.		I
I				I
I		Abschnitt 1		I

I		Erster Rechtszug	I
I	3310	I Hauptverhandlung mit Urteil	I 120,00 EUR I
I	3311	I Erledigung des Verfahrens ohne Urteil	I 60,00 EUR I
I			I
I		Abschnitt 2	I
I		Berufung	I
I	3320	I Berufungsverfahren mit Urteil	I 240,00 EUR I
I	3321	I Erledigung der Berufung ohne Urteil	I 120,00 EUR I
I		I Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme der	I
I		I Berufung vor Ablauf der Begründungsfrist.	I I
I			I
I		Abschnitt 3	I
I		Revision	I
I	3330	I Revisionsverfahren mit Urteil oder	I
I		I Beschluss nach § 349 Abs. 2 oder 4 StPO ...	I 360,00 EUR I
I	3331	I Erledigung der Revision ohne Urteil und	I
I		I ohne Beschluss nach § 349 Abs. 2 oder 4	I
I		I StPO	I 240,00 EUR I
I		I Die Gebühr entfällt bei Rücknahme der	I
I		I Revision vor Ablauf der Begründungsfrist.	I I
I			I
I		Abschnitt 4	I
I		Wiederaufnahmeverfahren	I
I	3340	I Verfahren über den Antrag auf Wiederaufnahme	I
I		I des Verfahrens:	I
I		I Der Antrag wird verworfen oder abgelehnt ..	I 60,00 EUR I
I	3341	I Verfahren über die Beschwerde gegen einen	I
I		I Beschluss, durch den ein Antrag auf	I
I		I Wiederaufnahme des Verfahrens verworfen	I
I		I oder abgelehnt wurde:	I
I		I Die Beschwerde wird verworfen oder	I
I		I zurückgewiesen	I 120,00 EUR I
I			I
I		Hauptabschnitt 4	I
I		Einziehung und verwandte Maßnahmen	I
I		Vorbemerkung 3.4:	I
I		(1) Die Vorschriften dieses Hauptabschnitts gelten für die	I
I		I Verfahren über die Einziehung, dieser gleichstehende Rechtsfolgen	I
I		I (§ 442 StPO) und die Abführung des Mehrerlöses. Im Strafverfahren	I
I		I werden die Gebühren gesondert erhoben.	I
I		(2) Betreffen die in Absatz 1 genannten Maßnahmen mehrere	I
I		I Angeschuldigte wegen derselben Tat, wird nur eine Gebühr erhoben.	I
I		I § 31 GKG bleibt unberührt.	I
I			I
I		Abschnitt 1	I
I		Antrag des Privatklägers nach § 440 StPO	I
I	3410	I Verfahren über den Antrag des Privatklägers:	I
I		I Der Antrag wird verworfen oder	I
I		I zurückgewiesen	I 30,00 EUR I
I			I
I		Abschnitt 2	I
I		Beschwerde	I
I	3420	I Verfahren über die Beschwerde nach § 441	I I

I		Revision	I		I
I 3520	I	Die Revision des Nebenklägers wird durch Urteil oder Beschluss nach § 349 Abs. 2 StPO verworfen; aufgrund der Revision des Nebenklägers wird der Angeklagte freigesprochen oder für straffrei erklärt .	I	120,00 EUR	I
I 3521	I	Erledigung der Revision des Nebenklägers ohne Urteil und ohne Beschluss nach § 349 Abs. 2 StPO	I	60,00 EUR	I
I	I	Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme vor der Revision vor Ablauf der Begründungsfrist.	I		I
I		Abschnitt 3	I		I
I		Wiederaufnahmeverfahren	I		I
I 3530	I	Verfahren über den Antrag des Nebenklägers auf Wiederaufnahme des Verfahrens: Der Antrag wird verworfen oder abgelehnt ..	I	40,00 EUR	I
I 3531	I	Verfahren über die Beschwerde gegen einen Beschluss, durch den ein Antrag des Nebenklägers auf Wiederaufnahme des Verfahrens verworfen oder abgelehnt wurde: Die Beschwerde wird verworfen oder zurückgewiesen	I	80,00 EUR	I
I		Hauptabschnitt 6	I		I
I		Sonstige Beschwerden	I		I
I		Vorbemerkung 3.6:	I		I
I		Die Gebühren im Kostenfestsetzungsverfahren bestimmen sich nach den für das Kostenfestsetzungsverfahren in Teil 1 Hauptabschnitt 8 geregelten Gebühren.	I		I
I 3600	I	Verfahren über die Beschwerde gegen einen Beschluss nach § 411 Abs. 1 Satz 3 StPO: Die Beschwerde wird verworfen oder zurückgewiesen	I	0,25	I
I 3601	I	Verfahren über die Beschwerde gegen eine Entscheidung, durch die im Strafverfahren einschließlich des selbstständigen Verfahrens nach den §§ 440, 441, 444 Abs. 3 StPO eine Geldbuße gegen eine juristische Person oder eine Personenvereinigung festgesetzt worden ist: Die Beschwerde wird verworfen oder zurückgewiesen	I	0,5	I
I	I	Eine Gebühr wird nur erhoben, wenn eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt ist.	I		I
I 3602	I	Verfahren über nicht besonders aufgeführte Beschwerden, die nicht nach anderen Vorschriften gebührenfrei sind: Die Beschwerde wird verworfen oder zurückgewiesen	I	50,00 EUR	I
I	I	Von dem Beschuldigten wird eine Gebühr nur erhoben, wenn gegen ihn rechtskräftig auf eine Strafe, auf Verwarnung mit	I		I

I I Strafvorbehalt erkannt, eine Maßregel der I I
 I I Besserung und Sicherung angeordnet oder eine I I
 I I Geldbuße festgesetzt worden ist. Von einer I I
 I I juristischen Person oder einer I I
 I I Personenvereinigung wird eine Gebühr nur I I
 I I erhoben, wenn gegen sie eine Geldbuße I I
 I I festgesetzt worden ist. I I

 I I I Gebühr oder Satz I I
 I Nr. I I Gebührentatbestand I der Gebühr nach I I
 I I I I § 34 GKG I I

I I Hauptabschnitt 7 I I
 I I Entschädigungsverfahren I I
 I 3700 I Urteil, durch das dem Antrag des Verletzten I I
 I I oder seines Erben wegen eines aus der I I
 I I Straftat erwachsenen vermögensrechtlichen I I
 I I Anspruchs stattgegeben wird (§ 406 StPO) .. I 1,0 I I
 I I Die Gebühr wird für jeden Rechtszug nach I I
 I I dem Wert des zuerkannten Anspruchs I I
 I I erhoben. I I

I I Hauptabschnitt 8 I I
 I I Gerichtliche Verfahren nach dem Strafvollzugsgesetz I I

I I Abschnitt 1 I I
 I I Antrag auf gerichtliche Entscheidung I I

I I Verfahren über den Antrag auf gerichtliche I I
 I I Entscheidung nach § 109 StVollzG: I I
 I 3810 I - Der Antrag wird zurückgewiesen I 1,0 I I
 I 3811 I - Der Antrag wird zurückgenommen I 0,5 I I
 I 3812 I Verfahren über den Antrag auf Erlass einer I I
 I I Entscheidung nach § 114 Abs. 2 StVollzG: I I
 I I Der Antrag wird zurückgewiesen I 0,5 I I

I I Abschnitt 2 I I
 I I Rechtsbeschwerde I I

I I Verfahren über die Rechtsbeschwerde: I I
 I 3820 I - Die Rechtsbeschwerde wird verworfen I 2,0 I I
 I 3821 I - Die Rechtsbeschwerde wird zurückgenommen I 1,0 I I

I I Hauptabschnitt 9 I I
 I I Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör I I

I 3900 I Verfahren über die Rüge wegen Verletzung I I
 I I des Anspruchs auf rechtliches Gehör I I
 I I (§§ 33a, 311a Abs. 1 Satz 1, § 356a StPO, I I
 I I auch i. V. m. § 55 Abs. 4 JGG und § 120 I I
 I I StVollzG): I I
 I I Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen I I
 I I oder zurückgewiesen I 50,00 EUR I I

I I Teil 4 I I

I	Verfahren nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten	I

I	I	I Gebühr oder Satz
I Nr.	I Gebührentatbestand	I der Gebühr 4110, I
I	I	I soweit nichts I
I	I	I anderes I
I	I	I vermerkt ist I

I	Vorbemerkung 4:	I
I	(1) § 473 Abs. 4 StPO, auch i.V.m. § 46 Abs. 1 OWiG, bleibt	I
I	unberührt.	I
I	(2) Im Verfahren nach Wiederaufnahme werden die gleichen	I
I	Gebühren wie für das wiederaufgenommene Verfahren erhoben.	I
I	Wird jedoch nach Anordnung der Wiederaufnahme des Verfahrens	I
I	die frühere Entscheidung aufgehoben, gilt für die	I
I	Gebührenerhebung jeder Rechtszug des neuen Verfahrens mit dem	I
I	jeweiligen Rechtszug des früheren Verfahrens zusammen als ein	I
I	Rechtszug. Gebühren werden auch für Rechtszüge erhoben, die nur	I
I	im früheren Verfahren stattgefunden haben.	I
I		I
I	Hauptabschnitt 1	I
I	Bußgeldverfahren	I
I	Vorbemerkung 4.1:	I
I	(1) In Bußgeldsachen bemessen sich die Gerichtsgebühren für alle	I
I	Rechtszüge nach der rechtskräftig festgesetzten Geldbuße.	I
I	Mehrere Geldbußen, die in demselben Verfahren gegen denselben	I
I	Betroffenen festgesetzt werden, sind bei der Bemessung der	I
I	Gebühr zusammenzurechnen.	I
I	(2) Betrifft eine Bußgeldsache mehrere Betroffene, ist die	I
I	Gebühr von jedem gesondert nach Maßgabe der gegen ihn festgesetzten	I
I	Geldbuße zu erheben. Wird in einer Bußgeldsache gegen einen oder	I
I	mehrere Betroffene eine Geldbuße auch gegen eine juristische	I
I	Person oder eine Personenvereinigung festgesetzt, ist eine	I
I	Gebühr auch von der juristischen Person oder Personenvereinigung	I
I	nach Maßgabe der gegen sie festgesetzten Geldbuße zu erheben.	I
I	(3) Wird bei Festsetzung mehrerer Geldbußen ein Rechtsmittel auf	I
I	die Festsetzung einer Geldbuße beschränkt, bemisst sich die Gebühr	I
I	für das Rechtsmittelverfahren nach dieser Geldbuße. Satz 1 gilt	I
I	im Fall der Wiederaufnahme entsprechend.	I
I		I
I	Abschnitt 1	I
I	Erster Rechtszug	I
I 4110	I Hauptverhandlung mit Urteil oder Beschluss I	I
I	I ohne Hauptverhandlung (§ 72 OWiG) I	I 10% des Betrags I
I	I I	I der Geldbuße I
I	I I	I - mindestens I
I	I I	I 40,00 EUR I
I	I I	I - höchstens I
I	I I	I 15.000,00 EUR I
I 4111	I Verwerfung des Einspruchs als unzulässig I	I
I	I nach Beginn der Hauptverhandlung I	I 0,5 I
I 4112	I Zurücknahme des Einspruchs nach Beginn der I	I
I	I Hauptverhandlung I	I 0,5 I

I				I
I		Abschnitt 2		I
I		Rechtsbeschwerde		I
I	4120	I Verfahren mit Urteil oder Beschluss nach	I	I
I		I § 79 Abs. 5 OWiG	I 2,0	I
I	4121	I Verfahren ohne Urteil oder Beschluss nach	I	I
I		I § 79 Abs. 5 OWiG	I 1,0	I
I		I Die Gebühr entfällt bei Rücknahme der	I	I
I		I Rechtsbeschwerde vor Ablauf der	I	I
I		I Begründungsfrist.	I	I
I				I
I		Abschnitt 3		I
I		Wiederaufnahmeverfahren		I
I	4130	I Verfahren über den Antrag auf	I	I
I		I Wiederaufnahme des Verfahrens:	I	I
I		I Der Antrag wird verworfen oder abgelehnt ..	I 0,5	I
I	4131	I Verfahren über die Beschwerde gegen einen	I	I
I		I Beschluss, durch den ein Antrag auf	I	I
I		I Wiederaufnahme des Verfahrens verworfen	I	I
I		I oder abgelehnt wurde:	I	I
I		I Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I		I zurückgewiesen	I 1,0	I
I				I
I		Hauptabschnitt 2		I
I		Einziehung und verwandte Maßnahmen		I
I		Vorbemerkung 4.2:		I
I		(1) Die Vorschriften dieses Hauptabschnitts gelten für die		I
I		I Verfahren über die Einziehung, dieser gleichstehende Rechtsfolgen		I
I		I (§ 442 StPO i.V.m. § 46 Abs. 1 OWiG) und die Abführung des		I
I		I Mehrerlöses. Im gerichtlichen Verfahren werden die Gebühren		I
I		I gesondert erhoben.		I
I		(2) Betreffen die in Absatz 1 genannten Maßnahmen mehrere		I
I		I Betroffene wegen derselben Handlung, wird nur eine Gebühr erhoben.		I
I		I § 31 GKG bleibt unberührt.		I
I				I
I		Abschnitt 1		I
I		Beschwerde		I
I	4210	I Verfahren über die Beschwerde nach § 441	I	I
I		I Abs. 2 StPO i.V.m. § 46 Abs. 1 OWiG:	I	I
I		I Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I		I zurückgewiesen	I 30,00 EUR	I
I				I
I		Abschnitt 2		I
I		Rechtsbeschwerde		I
I	4220	I Verfahren mit Urteil oder Beschluss nach	I	I
I		I § 79 Abs. 5 OWiG:	I	I
I		I Die Rechtsbeschwerde wird verworfen	I 60,00 EUR	I
I	4221	I Verfahren ohne Urteil oder Beschluss nach	I	I
I		I § 79 Abs. 5 OWiG	I 30,00 EUR	I
I		I Die Gebühr entfällt bei Rücknahme der	I	I
I		I Rechtsbeschwerde vor Ablauf der	I	I
I		I Begründungsfrist.	I	I
I				I

I		Abschnitt 3	I
I		Wiederaufnahmeverfahren	I
I	4230	I Verfahren über den Antrag auf	I
I		I Wiederaufnahme des Verfahrens:	I
I		I Der Antrag wird verworfen oder abgelehnt ..	I 30,00 EUR
I	4231	I Verfahren über die Beschwerde gegen einen	I
I		I Beschluss, durch den ein Antrag auf	I
I		I Wiederaufnahme des Verfahrens verworfen	I
I		I oder abgelehnt wurde:	I
I		I Die Beschwerde wird verworfen oder	I
I		I zurückgewiesen	I 60,00 EUR
I			I
I		Hauptabschnitt 3	I
I		Besondere Gebühren	I
I	4300	I Dem Anzeigenden sind im Fall einer unwahren	I
I		I Anzeige die Kosten auferlegt worden (§ 469	I
I		I StPO i.V.m. § 46 Abs. 1 OWiG)	I 30,00 EUR
I		I Das Gericht kann die Gebühr bis auf	I
I		I 10,00 EUR herabsetzen oder beschließen,	I
I		I dass von der Erhebung einer Gebühr abgesehen	I
I		I wird.	I
I	4301	I Abschließende Entscheidung des Gerichts im	I
I		I Fall des § 25a Abs. 1 StVG	I 30,00 EUR
I	4302	I Entscheidung der Staatsanwaltschaft im Fall	I
I		I des § 25a Abs. 1 StVG	I 15,00 EUR
I	4303	I Verfahren über den Antrag auf gerichtliche	I
I		I Entscheidung gegen eine Anordnung, Verfügung	I
I		I oder sonstige Maßnahme der Verwaltungsbehörde	I
I		I oder der Staatsanwaltschaft oder Verfahren	I
I		I über Einwendungen nach § 103 OWiG:	I
I		I Der Antrag wird verworfen	I 25,00 EUR
I		I Wird der Antrag nur teilweise verworfen,	I
I		I kann das Gericht die Gebühr nach billigem	I
I		I Ermessen auf die Hälfte ermäßigen oder	I
I		I bestimmen, dass eine Gebühr nicht zu	I
I		I erheben ist.	I
I	4304	I Verfahren über die Erinnerung gegen den	I
I		I Kostenfestsetzungsbeschluss des	I
I		I Urkundsbeamten der Staatsanwaltschaft	I
I		I (§ 108a Abs. 3 Satz 2 OWiG):	I
I		I Die Erinnerung wird zurückgewiesen	I 25,00 EUR
I		I Wird die Erinnerung nur teilweise	I
I		I verworfen, kann das Gericht die Gebühr nach	I
I		I billigem Ermessen um die Hälfte ermäßigen	I
I		I oder bestimmen, dass eine Gebühr nicht zu	I
I		I erheben ist.	I
I			I
I		Hauptabschnitt 4	I
I		Sonstige Beschwerden	I
I		Vorbemerkung 4.4:	I
I		Die Gebühren im Kostenfestsetzungsverfahren bestimmen sich nach den	I
I		I für das Kostenfestsetzungsverfahren in Teil 1 Hauptabschnitt 8	I
I		I geregelten Gebühren.	I

I 4400	I Verfahren über die Beschwerde gegen	I	I
I	I eine Entscheidung, durch die im	I	I
I	I gerichtlichen Verfahren nach dem OWiG	I	I
I	I einschließlich des selbstständigen Verfahrens	I	I
I	I nach den §§ 88 und 46 Abs. 1 OWiG i.V.m.	I	I
I	I den §§ 440, 441, 444 Abs. 3 StPO eine	I	I
I	I Geldbuße gegen eine juristische Person oder	I	I
I	I eine Personenvereinigung festgesetzt worden	I	I
I	I ist:	I	I
I	I Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I	I zurückgewiesen	I	I 0,5
I	I Eine Gebühr wird nur erhoben, wenn eine	I	I
I	I Geldbuße rechtskräftig festgesetzt ist.	I	I
I 4401	I Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I	I
I	I Beschwerden, die nicht nach anderen	I	I
I	I Vorschriften gebührenfrei sind:	I	I
I	I Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I	I zurückgewiesen	I	I 30,00 EUR
I	I Von dem Betroffenen wird eine Gebühr nur	I	I
I	I erhoben, wenn gegen ihn eine Geldbuße	I	I
I	I rechtskräftig festgesetzt ist.	I	I
I		I	I
I		I	I
	Hauptabschnitt 5		
I	Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I	I
I		I	I
I 4500	I Verfahren über die Rüge wegen Verletzung	I	I
I	I des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I	I
I	I (§§ 33a, 311a Abs. 1 Satz 1, § 356a StPO	I	I
I	I i. V. m. § 46 Abs. 1 und § 79 Abs. 3	I	I
I	I OWiG):	I	I
I	I Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen	I	I
I	I oder zurückgewiesen	I	I 50,00 EUR
I		I	I
I		I	I
	Teil 5		
I	Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit	I	I

I	I	I	I Gebühr oder Satz
I Nr.	I	I	I der Gebühr
I	I	I	I nach § 34 GKG

I		I	I
	Hauptabschnitt 1		
I	Prozessverfahren	I	I
I	Vorbemerkung 5.1:	I	I
I	Wird das Verfahren durch Antrag eingeleitet, gelten die	I	I
I	Vorschriften über die Klage entsprechend.	I	I
I		I	I
	Abschnitt 1		
I	Erster Rechtszug	I	I
I		I	I
	Unterabschnitt 1		
I	Verwaltungsgericht	I	I
I 5110	I Verfahren im Allgemeinen	I	I 3,0
I 5111	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I

I	I	1. Zurücknahme der Klage	I	I
I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I	Verhandlung,	I	I
I	I	b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I	I
I	I	vor Ablauf des Tages, an dem das Urteil	I	I
I	I	oder der Gerichtsbescheid der	I	I
I	I	Geschäftsstelle übermittelt wird, oder	I	I
I	I	c) im Fall des § 93a Abs. 2 VwGO vor	I	I
I	I	Ablauf der Erklärungsfrist nach § 93a	I	I
I	I	Abs. 2 Satz 1 VwGO,	I	I
I	I	2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I	I
I	I	3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I	4. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I	I
I	I	VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I	I
I	I	Kosten ergeht oder die Entscheidung einer	I	I
I	I	zuvor mitgeteilten Einigung der	I	I
I	I	Beteiligten über die Kostentragung oder	I	I
I	I	der Kostenübernahmeerklärung eines	I	I
I	I	Beteiligten folgt,	I	I
I	I	wenn nicht bereits ein anderes als eines	I	I
I	I	der in Nummer 2 genannten Urteile oder ein	I	I
I	I	Gerichtsbescheid vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 5110 ermäßigt sich auf	I	1,0
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn mehrere	I	I
I	I	Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I				I
I				I
I		Unterabschnitt 2		I
I		Oberverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtshof)		I
I	5112	I Verfahren im Allgemeinen	I	4,0
I	5113	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I	1. Zurücknahme der Klage	I	I
I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I	Verhandlung,	I	I
I	I	b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I	I
I	I	vor Ablauf des Tages, an dem das	I	I
I	I	Urteil, der Gerichtsbescheid oder der	I	I
I	I	Beschluss in der Hauptsache der	I	I
I	I	Geschäftsstelle übermittelt wird,	I	I
I	I	c) im Fall des § 93a Abs. 2 VwGO vor	I	I
I	I	Ablauf der Erklärungsfrist nach § 93a	I	I
I	I	Abs. 2 Satz 1 VwGO,	I	I
I	I	2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I	I
I	I	3. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I	4. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I	I
I	I	VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I	I
I	I	Kosten ergeht oder die Entscheidung	I	I
I	I	einer zuvor mitgeteilten Einigung der	I	I
I	I	Beteiligten über die Kostentragung oder	I	I
I	I	der Kostenübernahmeerklärung eines	I	I
I	I	Beteiligten folgt,	I	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I	eines der in Nummer 2 genannten Urteile,	I	I
I	I	ein Gerichtsbescheid oder Beschluss in der	I	I

I	I	Hauptsache vorausgegangen ist:	I		I
I	I	Die Gebühr 5112 ermäßigt sich auf	I	2,0	I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I		I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		I
I					I
I		Unterabschnitt 3			I
I		Bundesverwaltungsgericht			I
I	5114	I Verfahren im Allgemeinen	I	5,0	I
I	5115	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I		I 1. Zurücknahme der Klage	I		I
I		I a) vor dem Schluss der mündlichen	I		I
I		I Verhandlung,	I		I
I		I b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I		I
I		I vor Ablauf des Tages, an dem das Urteil	I		I
I		I oder der Gerichtsbescheid der	I		I
I		I Geschäftsstelle übermittelt wird,	I		I
I		I c) im Fall des § 93a Abs. 2 VwGO vor	I		I
I		I Ablauf der Erklärungsfrist nach § 93a	I		I
I		I Abs. 2 Satz 1 VwGO,	I		I
I		I 2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I		I
I		I 3. gerichtlichen Vergleich oder	I		I
I		I 4. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I		I
I		I VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I		I
I		I Kosten ergeht oder die Entscheidung einer	I		I
I		I zuvor mitgeteilten Einigung der	I		I
I		I Beteiligten über die Kostentragung oder	I		I
I		I der Kostenübernahmeerklärung eines	I		I
I		I Beteiligten folgt,	I		I
I		I es sei denn, dass bereits ein anderes als	I		I
I		I eines der in Nummer 2 genannten Urteile, ein	I		I
I		I Gerichtsbescheid oder ein Beschluss in der	I		I
I		I Hauptsache vorausgegangen ist:	I		I
I		I Die Gebühr 5114 ermäßigt sich auf	I	3,0	I
I		I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn mehrere	I		I
I		I Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		I
I					I
I		Abschnitt 2			I
I		Zulassung und Durchführung der Berufung			I
I	5120	I Verfahren über die Zulassung der Berufung:	I		I
I		I Soweit der Antrag abgelehnt wird	I	1,0	I
I	5121	I Verfahren über die Zulassung der Berufung:	I		I
I		I Soweit der Antrag zurückgenommen oder das	I		I
I		I Verfahren durch anderweitige Erledigung	I		I
I		I beendet wird	I	0,5	I
I		I Die Gebühr entsteht nicht, soweit die	I		I
I		I Berufung zugelassen wird.	I		I
I	5122	I Verfahren im Allgemeinen	I	4,0	I
I	5123	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I		I Zurücknahme der Berufung oder der Klage,	I		I
I		I bevor die Schrift zur Begründung der	I		I
I		I Berufung bei Gericht eingegangen ist:	I		I
I		I Die Gebühr 5122 ermäßigt sich auf	I	1,0	I
I		I Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I		I

I	5132	I	Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I		I
I		I	I nicht Nummer 5131 erfüllt ist, durch	I		I
I		I	I 1. Zurücknahme der Revision oder der Klage	I		I
I		I	I a) vor dem Schluss der mündlichen	I		I
I		I	I Verhandlung,	I		I
I		I	I b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I		I
I		I	I vor Ablauf des Tages, an dem das	I		I
I		I	I Urteil oder der Beschluss in der	I		I
I		I	I Hauptsache der Geschäftsstelle	I		I
I		I	I übermittelt wird, oder	I		I
I		I	I c) im Fall des § 93a Abs. 2 VwGO vor	I		I
I		I	I Ablauf der Erklärungsfrist nach § 93a	I		I
I		I	I Abs. 2 Satz 1 VwGO,	I		I
I		I	I 2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil,	I		I
I		I	I 3. gerichtlichen Vergleich oder	I		I
I		I	I 4. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I		I
I		I	I VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I		I
I		I	I Kosten ergeht oder die Entscheidung einer	I		I
I		I	I zuvor mitgeteilten Einigung der	I		I
I		I	I Beteiligten über die Kostentragung oder	I		I
I		I	I der Kostenübernahmeerklärung eines	I		I
I		I	I Beteiligten folgt,	I		I
I		I	I es sei denn, dass bereits ein anderes als	I		I
I		I	I eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I		I
I		I	I oder ein Beschluss in der Hauptsache	I		I
I		I	I vorausgegangen ist:	I		I
I		I	I Die Gebühr 5130 ermäßigt sich auf	I	3,0	I
I		I	I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I		I
I		I	I mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		I
I						I
I			Hauptabschnitt 2			I
I			Vorläufiger Rechtsschutz			I
I			Vorbemerkung 5.2:			I
I			(1) Die Vorschriften dieses Hauptabschnitts gelten für			I
I			einstweilige Anordnungen und für Verfahren nach § 80 Abs. 5,			I
I			§ 80a Abs. 3 und § 80b Abs. 2 und 3 VwGO.			I
I			(2) Im Verfahren über den Antrag auf Erlass und im Verfahren			I
I			über den Antrag auf Aufhebung einer einstweiligen Anordnung			I
I			werden die Gebühren jeweils gesondert erhoben. Mehrere Verfahren			I
I			nach § 80 Abs. 5 und 7, § 80a Abs. 3 und § 80b Abs. 2 und 3			I
I			VwGO gelten innerhalb eines Rechtszugs als ein Verfahren.			I
I						I
I			Abschnitt 1			I
I			Verwaltungsgericht sowie			I
I			Oberverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtshof)			I
I			und Bundesverwaltungsgericht			I
I			als Rechtsmittelgerichte in der Hauptsache			I
I	5210	I	Verfahren im Allgemeinen	I	1,5	I
I	5211	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I		I	I 1. Zurücknahme des Antrags	I		I
I		I	I a) vor dem Schluss der mündlichen	I		I
I		I	I Verhandlung oder,	I		I
I		I	I b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I		I

I	I	vor Ablauf des Tages, an dem der	I	I
I	I	Beschluss der Geschäftsstelle	I	I
I	I	übermittelt wird,	I	I
I	I	2. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I	3. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I	I
I	I	VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I	I
I	I	Kosten ergeht oder die Entscheidung einer	I	I
I	I	zuvor mitgeteilten Einigung der	I	I
I	I	Beteiligten über die Kostentragung oder	I	I
I	I	der Kostenübernahmeerklärung eines	I	I
I	I	Beteiligten folgt,	I	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein Beschluss	I	I
I	I	über den Antrag vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 5210 ermäßigt sich auf	I	0,5 I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I				I
I		Abschnitt 2		I
I		Oberverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtshof)		I
I		Vorbemerkung 5.2.2:		I
I		Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten, wenn das		I
I		Oberverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtshof) auch in der		I
I		Hauptsache erstinstanzlich zuständig ist.		I
I	5220	Verfahren im Allgemeinen	I	2,0 I
I	5221	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I	1. Zurücknahme des Antrags	I	I
I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I	Verhandlung oder,	I	I
I	I	b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I	I
I	I	vor Ablauf des Tages, an dem der	I	I
I	I	Beschluss der Geschäftsstelle	I	I
I	I	übermittelt wird,	I	I
I	I	2. gerichtlichen Vergleich oder	I	I
I	I	3. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I	I
I	I	VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I	I
I	I	Kosten ergeht oder die Entscheidung einer	I	I
I	I	zuvor mitgeteilten Einigung der	I	I
I	I	Beteiligten über die Kostentragung oder	I	I
I	I	der Kostenübernahmeerklärung eines	I	I
I	I	Beteiligten folgt,	I	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein Beschluss	I	I
I	I	über den Antrag vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 5220 ermäßigt sich auf	I	0,75 I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I				I
I		Abschnitt 3		I
I		Bundesverwaltungsgericht		I
I		Vorbemerkung 5.2.3:		I
I		Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten, wenn das		I
I		Bundesverwaltungsgericht auch in der Hauptsache erstinstanzlich		I
I		zuständig ist.		I
I	5230	Verfahren im Allgemeinen	I	2,5 I

I	5231	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I		I	1. Zurücknahme des Antrags	I		I
I		I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I		I
I		I	Verhandlung oder,	I		I
I		I	b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I		I
I		I	vor Ablauf des Tages, an dem der	I		I
I		I	Beschluss der Geschäftsstelle	I		I
I		I	übermittelt wird,	I		I
I		I	2. gerichtlichen Vergleich oder	I		I
I		I	3. Erledigungserklärungen nach § 161 Abs. 2	I		I
I		I	VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I		I
I		I	Kosten ergeht oder die Entscheidung einer	I		I
I		I	zuvor mitgeteilten Einigung der	I		I
I		I	Beteiligten über die Kostentragung oder	I		I
I		I	der Kostenübernahmeerklärung eines	I		I
I		I	Beteiligten folgt,	I		I
I		I	es sei denn, dass bereits ein Beschluss	I		I
I		I	über den Antrag vorausgegangen ist:	I		I
I		I	Die Gebühr 5230 ermäßigt sich auf	I	1,0	I
I		I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I		I
I		I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		I
I						I
I			Abschnitt 4			I
I			Beschwerde			I
I			Vorbemerkung 5.2.4:			I
I			Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten für Beschwerden gegen			I
I			Beschlüsse des Verwaltungsgerichts über einstweilige Anordnungen			I
I			(§ 123 VwGO) und über die Aussetzung der Vollziehung (§§ 80, 80a			I
I			VwGO).			I
I	5240	I	Verfahren über die Beschwerde	I	2,0	I
I	5241	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I		I	Zurücknahme der Beschwerde:	I		I
I		I	Die Gebühr 5240 ermäßigt sich auf	I	1,0	I
I						I
I			Hauptabschnitt 3			I
I			Besondere Verfahren			I
I	5300	I	Selbstständiges Beweisverfahren	I	1,0	I
I	5301	I	Verfahren über Anträge auf gerichtliche	I		I
I		I	Handlungen der Zwangsvollstreckung nach den	I		I
I		I	§§ 169, 170 oder § 172 VwGO	I	15,00 EUR	I
I						I
I			Hauptabschnitt 4			I
I			Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör			I
I	5400	I	Verfahren über die Rüge wegen Verletzung	I		I
I		I	des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I		I
I		I	(§ 152a VwGO):	I		I
I		I	Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen	I		I
I		I	oder zurückgewiesen	I	50,00 EUR	I
I						I
I			Hauptabschnitt 5			I
I			Sonstige Beschwerden			I
I	5500	I	Verfahren über die Beschwerde gegen die	I		I
I		I	Nichtzulassung der Revision:	I		I

I	I	Soweit die Beschwerde verworfen oder	I		I
I	I	zurückgewiesen wird	I	2,0	I
I 5501	I	Verfahren über die Beschwerde gegen die	I		I
I	I	Nichtzulassung der Revision:	I		I
I	I	Soweit die Beschwerde zurückgenommen oder	I		I
I	I	das Verfahren durch anderweitige Erledigung	I		I
I	I	beendet wird	I	1,0	I
I	I	Die Gebühr entsteht nicht, soweit die	I		I
I	I	Revision zugelassen wird.	I		I
I 5502	I	Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I		I
I	I	Beschwerden, die nicht nach anderen	I		I
I	I	Vorschriften gebührenfrei sind:	I		I
I	I	Die Beschwerde wird verworfen oder	I		I
I	I	zurückgewiesen	I	50,00 EUR	I
I	I	Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen	I		I
I	I	oder zurückgewiesen, kann das Gericht die	I		I
I	I	Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte	I		I
I	I	ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr	I		I
I	I	nicht zu erheben ist.	I		I
I					I
I		Hauptabschnitt 6			I
I		Besondere Gebühren			I
I 5600	I	Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs:	I		I
I	I	Soweit der Wert des Vergleichsgegenstands	I		I
I	I	den Wert des Streitgegenstands übersteigt .	I	0,25	I
I	I	Die Gebühr entsteht nicht im Verfahren	I		I
I	I	über die Prozesskostenhilfe.	I		I
I 5601	I	Auferlegung einer Gebühr nach § 38 GKG	I		I
I	I	wegen Verzögerung des Rechtsstreits	I	wie vom Gericht	I
I	I		I	bestimmt	I

Teil 6
Verfahren vor den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit

I	I		I	Gebühr oder	I
I Nr.	I	Gebührentatbestand	I	Satz der Gebühr	I
I	I		I	nach § 34 GKG	I
I					I
I		Hauptabschnitt 1			I
I		Prozessverfahren			I
I					I
I		Abschnitt 1			I
I		Erster Rechtszug			I
I 6110	I	Verfahren im Allgemeinen, soweit es sich	I		I
I	I	nicht nach § 45 Abs. 3 FGO erledigt	I	4,0	I
I 6111	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I	1. Zurücknahme der Klage	I		I
I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I		I
I	I	Verhandlung oder,	I		I
I	I	b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I		I
I	I	vor Ablauf des Tages, an dem das Urteil	I		I
I	I	oder der Gerichtsbescheid der	I		I

I	I	Geschäftsstelle übermittelt wird, oder	I		
I	I	2. Beschluss in den Fällen des § 138 FGO,	I		
I	I	es sei denn, dass bereits ein Urteil oder	I		
I	I	ein Gerichtsbescheid vorausgegangen ist:	I		
I	I	Die Gebühr 6110 ermäßigt sich auf	I	2,0	
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I		
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		
I			I		
I		Abschnitt 2	I		
I		Revision	I		
I	6120	I Verfahren im Allgemeinen	I	5,0	
I	6121	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		
I	I	Zurücknahme der Revision oder der Klage,	I		
I	I	bevor die Schrift zur Begründung der	I		
I	I	Revision bei Gericht eingegangen ist:	I		
I	I	Die Gebühr 6120 ermäßigt sich auf	I	1,0	
I	I	Erledigungen in den Fällen des § 138 FGO	I		
I	I	stehen der Zurücknahme gleich.	I		
I	6122	I Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I		
I	I	nicht Nummer 6121 erfüllt ist, durch	I		
I	I	1. Zurücknahme der Revision oder der Klage	I		
I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I		
I	I	Verhandlung oder,	I		
I	I	b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I		
I	I	vor Ablauf des Tages, an dem das	I		
I	I	Urteil, der Gerichtsbescheid oder der	I		
I	I	Beschluss in der Hauptsache der	I		
I	I	Geschäftsstelle übermittelt wird, oder	I		
I	I	2. Beschluss in den Fällen des § 138 FGO,	I		
I	I	es sei denn, dass bereits ein Urteil, ein	I		
I	I	Gerichtsbescheid oder ein Beschluss in der	I		
I	I	Hauptsache vorausgegangen ist:	I		
I	I	Die Gebühr 6120 ermäßigt sich auf	I	3,0	
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn mehrere	I		
I	I	Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		
I			I		
I		Hauptabschnitt 2	I		
I		Vorläufiger Rechtsschutz	I		
I		Vorbemerkung 6.2:	I		
I		(1) Die Vorschriften dieses Hauptabschnitts gelten für	I		
I		einstweilige Anordnungen und für Verfahren nach § 69 Abs. 3	I		
I		und 5 FGO.	I		
I		(2) Im Verfahren über den Antrag auf Erlass und im Verfahren	I		
I		über den Antrag auf Aufhebung einer einstweiligen Anordnung werden	I		
I		die Gebühren jeweils gesondert erhoben. Mehrere Verfahren nach	I		
I		§ 69 Abs. 3 und 5 FGO gelten innerhalb eines Rechtszugs als ein	I		
I		Verfahren.	I		
I			I		
I		Abschnitt 1	I		
I		Erster Rechtszug	I		
I	6210	I Verfahren im Allgemeinen	I	2,0	
I	6211	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		
I	I	1. Zurücknahme des Antrags	I		

I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I	Verhandlung oder,	I	I
I	I	b) wenn eine solche nicht stattfindet, vor	I	I
I	I	Ablauf des Tages, an dem der Beschluss	I	I
I	I	(§ 114 Abs. 4 FGO) der Geschäftsstelle	I	I
I	I	übermittelt wird, oder	I	I
I	I	2. Beschluss in den Fällen des § 138 FGO,	I	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein Beschluss	I	I
I	I	nach § 114 Abs. 4 FGO vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 6210 ermäßigt sich auf	I	0,75 I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I	I
I				I
I		Abschnitt 2		I
I		Beschwerde		I
I		Vorbemerkung 6.2.2:		I
I		Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten für Beschwerden gegen		I
I		Beschlüsse über einstweilige Anordnungen (§ 114 FGO) und über		I
I		die Aussetzung der Vollziehung (§ 69 Abs. 3 und 5 FGO).		I
I	6220	I Verfahren über die Beschwerde	I	2,0 I
I	6221	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I		I Zurücknahme der Beschwerde:	I	I
I		I Die Gebühr 6220 ermäßigt sich auf	I	1,0 I
I				I
I		Hauptabschnitt 3		I
I		Besondere Verfahren		I
I	6300	I Selbstständiges Beweisverfahren	I	1,0 I
I	6301	I Verfahren über Anträge auf gerichtliche	I	I
I		I Handlungen der Zwangsvollstreckung gemäß	I	I
I		I § 152 FGO	I	15,00 EUR I
I				I
I		Hauptabschnitt 4		I
I		Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör		I
I	6400	I Verfahren über die Rüge wegen Verletzung	I	I
I		I des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I	I
I		I (§ 133a FGO):	I	I
I		I Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen	I	I
I		I oder zurückgewiesen	I	50,00 EUR I
I				I
I		Hauptabschnitt 5		I
I		Sonstige Beschwerden		I
I	6500	I Verfahren über die Beschwerde gegen die	I	I
I		I Nichtzulassung der Revision:	I	I
I		I Soweit die Beschwerde verworfen oder	I	I
I		I zurückgewiesen wird	I	2,0 I
I	6501	I Verfahren über die Beschwerde gegen die	I	I
I		I Nichtzulassung der Revision:	I	I
I		I Soweit die Beschwerde zurückgenommen oder	I	I
I		I das Verfahren durch anderweitige Erledigung	I	I
I		I beendet wird	I	1,0 I
I		I Die Gebühr entsteht nicht, soweit die	I	I
I		I Revision zugelassen wird.	I	I
I	6502	I Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I	I

I	I	Beschwerden, die nicht nach anderen	I	I
I	I	Vorschriften gebührenfrei sind:	I	I
I	I	Die Beschwerde wird verworfen oder	I	I
I	I	zurückgewiesen	I	50,00 EUR I
I	I	Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen	I	I
I	I	oder zurückgewiesen, kann das Gericht die	I	I
I	I	Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte	I	I
I	I	ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr	I	I
I	I	nicht zu erheben ist.	I	I
I				I
I		Hauptabschnitt 6		I
I		Besondere Gebühr		I
I	6600 I	Auferlegung einer Gebühr nach § 38 GKG	I	I
I	I	wegen Verzögerung des Rechtsstreits	I	wie vom Gericht I
I	I		I	bestimmt I

 Teil 7

Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit

I	I		I	Gebühr oder	I
I	Nr.	I	Gebührentatbestand	I	Satz der Gebühr I
I	I			I	nach § 34 GKG I
I					I
I		Hauptabschnitt 1			I
I		Prozessverfahren			I
I					I
I		Abschnitt 1			I
I		Erster Rechtszug			I
I	7110 I	Verfahren im Allgemeinen	I	3,0	I
I	7111 I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I	1. Zurücknahme der Klage	I		I
I	I	a) vor dem Schluss der mündlichen	I		I
I	I	Verhandlung oder,	I		I
I	I	b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I		I
I	I	vor Ablauf des Tages, an dem das	I		I
I	I	Urteil oder der Gerichtsbescheid der	I		I
I	I	Geschäftsstelle übermittelt wird,	I		I
I	I	2. Anerkenntnisurteil,	I		I
I	I	3. gerichtlichen Vergleich oder	I		I
I	I	angenommenes Anerkenntnis oder	I		I
I	I	4. Erledigungserklärungen nach § 197a	I		I
I	I	Abs. 1 Satz 1 SGG i.V.m. § 161 Abs. 2	I		I
I	I	VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I		I
I	I	Kosten ergeht oder die Entscheidung	I		I
I	I	einer zuvor mitgeteilten Einigung der	I		I
I	I	Beteiligten über die Kostentragung oder	I		I
I	I	der Kostenübernahmeerklärung eines	I		I
I	I	Beteiligten folgt,	I		I
I	I	es sei denn, dass bereits ein Urteil oder	I		I
I	I	ein Gerichtsbescheid vorausgegangen ist:	I		I
I	I	Die Gebühr 7110 ermäßigt sich auf	I	1,0	I
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn mehrere			I

I	I Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		I
I				I
I				I
I	Abschnitt 2			I
I	Berufung			I
I 7120	I Verfahren im Allgemeinen	I	4,0	I
I 7121	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I	I Zurücknahme der Berufung oder der Klage,	I		I
I	I bevor die Schrift zur Begründung der	I		I
I	I Berufung bei Gericht eingegangen ist und	I		I
I	I vor Ablauf des Tages, an dem die Verfügung	I		I
I	I mit der Bestimmung des Termins zur	I		I
I	I mündlichen Verhandlung der Geschäftsstelle	I		I
I	I übermittelt wird und vor Ablauf des Tages,	I		I
I	I an dem die den Beteiligten gesetzte Frist	I		I
I	I zur Äußerung abgelaufen ist (§ 153 Abs. 4	I		I
I	I Satz 2 SGG):	I		I
I	I Die Gebühr 7120 ermäßigt sich auf	I	1,0	I
I	I Erledigungserklärungen nach § 197a Abs. 1	I		I
I	I Satz 1 SGG i.V.m. § 161 Abs. 2 VwGO stehen	I		I
I	I der Zurücknahme gleich, wenn keine	I		I
I	I Entscheidung über die Kosten ergeht oder	I		I
I	I die Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I		I
I	I Einigung der Beteiligten über die	I		I
I	I Kostentragung oder der Kostenübernahmeerklärung	I		I
I	I eines Beteiligten folgt.	I		I
I 7122	I Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I		I
I	I nicht Nummer 7121 erfüllt ist, durch	I		I
I	I 1. Zurücknahme der Berufung oder der Klage	I		I
I	I a) vor dem Schluss der mündlichen	I		I
I	I Verhandlung oder,	I		I
I	I b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I		I
I	I vor Ablauf des Tages, an dem das	I		I
I	I Urteil oder der Beschluss in der	I		I
I	I Hauptsache der Geschäftsstelle	I		I
I	I übermittelt wird,	I		I
I	I 2. Anerkenntnisurteil,	I		I
I	I 3. gerichtlichen Vergleich oder angenommenes	I		I
I	I Anerkenntnis oder	I		I
I	I 4. Erledigungserklärungen nach § 197a	I		I
I	I Abs. 1 Satz 1 SGG i.V.m. § 161 Abs. 2	I		I
I	I VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I		I
I	I Kosten ergeht oder die Entscheidung einer	I		I
I	I zuvor mitgeteilten Einigung der	I		I
I	I Beteiligten über die Kostentragung oder	I		I
I	I der Kostenübernahmeerklärung eines	I		I
I	I Beteiligten folgt,	I		I
I	I es sei denn, dass bereits ein Urteil oder	I		I
I	I ein Beschluss in der Hauptsache	I		I
I	I vorausgegangen ist:	I		I
I	I Die Gebühr 7120 ermäßigt sich auf	I	2,0	I
I	I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn mehrere	I		I
I	I Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I		I
I	I	I		I

I		Abschnitt 3	I
I		Revision	I
I	7130	I Verfahren im Allgemeinen	I 5,0
I	7131	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I
I		I Zurücknahme der Revision oder der Klage,	I
I		I bevor die Schrift zur Begründung der	I
I		I Revision bei Gericht eingegangen ist:	I
I		I Die Gebühr 7130 ermäßigt sich auf	I 1,0
I		I Erledigungserklärungen nach § 197a Abs. 1	I
I		I Satz 1 SGG i.V.m. § 161 Abs. 2 VwGO stehen	I
I		I der Zurücknahme gleich, wenn keine Entscheidung	I
I		I über die Kosten ergeht oder die Entscheidung	I
I		I einer zuvor mitgeteilten Einigung der	I
I		I Beteiligten über die Kostentragung oder der	I
I		I Kostenübernahmeerklärung eines Beteiligten	I
I		I folgt.	I
I	7132	I Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I
I		I nicht Nummer 7131 erfüllt ist, durch	I
I		I 1. Zurücknahme der Revision oder der Klage,	I
I		I a) vor dem Schluss der mündlichen	I
I		I Verhandlung oder,	I
I		I b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I
I		I vor Ablauf des Tages, an dem das	I
I		I Urteil oder der Beschluss in der	I
I		I Hauptsache der Geschäftsstelle	I
I		I übermittelt wird,	I
I		I 2. Anerkenntnisurteil,	I
I		I 3. gerichtlichen Vergleich oder	I
I		I angenommenes Anerkenntnis oder	I
I		I 4. Erledigungserklärungen nach § 197a	I
I		I Abs. 1 Satz 1 SGG i.V.m. § 161 Abs. 2	I
I		I VwGO, wenn keine Entscheidung über die	I
I		I Kosten ergeht oder die Entscheidung	I
I		I einer zuvor mitgeteilten Einigung der	I
I		I Beteiligten über die Kostentragung oder	I
I		I der Kostenübernahmeerklärung eines	I
I		I Beteiligten folgt,	I
I		I wenn nicht bereits ein Urteil oder ein	I
I		I Beschluss in der Hauptsache vorausgegangen	I
I		I ist:	I
I		I Die Gebühr 7130 ermäßigt sich auf	I 3,0
I		I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn mehrere	I
I		I Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I
I			I
I		Hauptabschnitt 2	I
I		Vorläufiger Rechtsschutz	I
I		Vorbemerkung 7.2:	I
I		(1) Die Vorschriften dieses Hauptabschnitts gelten für	I
I		einstweilige Anordnungen und für Verfahren nach § 86b Abs. 1 SGG.	I
I		(2) Im Verfahren über den Antrag auf Erlass und im Verfahren	I
I		über den Antrag auf Aufhebung einer einstweiligen Anordnung werden	I
I		die Gebühren jeweils gesondert erhoben. Mehrere Verfahren nach	I
I		§ 86b Abs. 1 SGG gelten innerhalb eines Rechtszugs als ein Verfahren.	I

I			I
I		Abschnitt 1	I
I		Erster Rechtszug	I
I	7210	I Verfahren im Allgemeinen	I 1,5
I	7211	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I
I		I 1. Zurücknahme des Antrags	I
I		I a) vor dem Schluss der mündlichen	I
I		I Verhandlung oder,	I
I		I b) wenn eine solche nicht stattfindet,	I
I		I vor Ablauf des Tages, an dem der	I
I		I Beschluss (§ 86b Abs. 4 SGG) der	I
I		I Geschäftsstelle übermittelt wird,	I
I		I 2. gerichtlichen Vergleich oder	I
I		I angenommenes Anerkenntnis oder	I
I		I 3. Erledigungserklärungen nach § 197a Abs. 1	I
I		I Satz 1 SGG i.V.m. § 161 Abs. 2 VwGO,	I
I		I wenn keine Entscheidung über die Kosten	I
I		I ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I
I		I mitgeteilten Einigung der Beteiligten	I
I		I über die Kostentragung oder der	I
I		I Kostenübernahmeerklärung eines	I
I		I Beteiligten folgt,	I
I		I es sei denn, dass bereits ein Beschluss	I
I		I (§ 86b Abs. 4 SGG) vorausgegangen ist:	I
I		I Die Gebühr 7210 ermäßigt sich auf	I 0,5
I		I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I
I		I mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind.	I
I			I
I		Abschnitt 2	I
I		Beschwerde	I
I		Vorbemerkung 7.2.2:	I
I		I Die Vorschriften dieses Abschnitts gelten für Beschwerden gegen	I
I		I Beschlüsse des Sozialgerichts nach § 86b SGG.	I
I	7220	I Verfahren über die Beschwerde	I 2,0
I	7221	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I
I		I Zurücknahme der Beschwerde:	I
I		I Die Gebühr 7220 ermäßigt sich auf	I 1,0
I			I
I		Hauptabschnitt 3	I
I		Beweissicherungsverfahren	I
I	7300	I Verfahren im Allgemeinen	I 1,0
I			I
I		Hauptabschnitt 4	I
I		Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I
I	7400	I Verfahren über die Rüge wegen Verletzung	I
I		I des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I
I		I (§ 178a SGG):	I
I		I Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen	I
I		I oder zurückgewiesen	I 50,00 EUR
I			I
I		Hauptabschnitt 5	I
I		Sonstige Beschwerden	I
I	7500	I Verfahren über die Beschwerde gegen die	I

I	entfällt die in dem betreffenden Rechtszug angefallene Gebühr;	I
I	im ersten Rechtszug entfällt auch die Gebühr für das Verfahren	I
I	über den Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids.	I
I	Dies gilt nicht, wenn der Vergleich nur einen Teil des	I
I	Streitgegenstands betrifft (Teilvergleich).	I
I		I
I	Hauptabschnitt 1	I
I	Mahnverfahren	I
I	8100 I Verfahren über den Antrag auf Erlass eines I	I
I	I Vollstreckungsbescheids I	0,4 I
I	I Die Gebühr entfällt bei Zurücknahme des I	- mindestens I
I	I Antrags auf Erlass des I	15,00 EUR I
I	I Vollstreckungsbescheids. Sie entfällt auch I	I
I	I nach Übergang in das streitige Verfahren, I	I
I	I wenn dieses ohne streitige Verhandlung I	I
I	I endet; dies gilt nicht, wenn ein I	I
I	I Versäumnisurteil ergeht. Bei I	I
I	I Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO I	I
I	I entfällt die Gebühr, wenn keine Entscheidung I	I
I	I über die Kosten ergeht oder die I	I
I	I Kostenentscheidung einer zuvor mitgeteilten I	I
I	I Einigung der Parteien über die I	I
I	I Kostentragung oder der I	I
I	I Kostenübernahmeerklärung einer Partei folgt. I	I
I		I
I	Hauptabschnitt 2	I
I	Urteilsverfahren	I
I		I
I	Abschnitt 1	I
I	Erster Rechtszug	I
I	8210 I Verfahren im Allgemeinen I	2,0 I
I	I (1) Soweit wegen desselben Streitgegenstands I	I
I	I ein Mahnverfahren vorausgegangen ist, I	I
I	I entsteht die Gebühr mit dem Eingang der I	I
I	I Akten bei dem Gericht, an das der I	I
I	I Rechtsstreit nach Erhebung des Widerspruchs I	I
I	I oder Einlegung des Einspruchs abgegeben I	I
I	I wird; in diesem Fall wird eine Gebühr 8100 I	I
I	I nach dem Wert des Streitgegenstands I	I
I	I angerechnet, der in das Prozessverfahren I	I
I	I übergegangen ist, sofern im Mahnverfahren I	I
I	I der Antrag auf Erlass des I	I
I	I Vollstreckungsbescheids gestellt wurde. I	I
I	I (2) Die Gebühr entfällt bei Beendigung des I	I
I	I gesamten Verfahrens ohne streitige I	I
I	I Verhandlung, wenn kein Versäumnisurteil I	I
I	I ergeht. Bei Erledigungserklärungen nach I	I
I	I nach § 91a ZPO entfällt die Gebühr, wenn I	I
I	I keine Entscheidung über die Kosten ergeht I	I
I	I oder die Kostenentscheidung einer zuvor I	I
I	I mitgeteilten Einigung der Parteien über die I	I
I	I Kostentragung oder der Kostenübernahmeerklärung I	I
I	I einer Partei folgt. I	I

I	8211	I	Beendigung des gesamten Verfahrens nach	I		I
I		I	I streitiger Verhandlung durch	I		I
I		I	I 1. Zurücknahme der Klage vor dem Schluss	I		I
I		I	I der mündlichen Verhandlung, wenn keine	I		I
I		I	I Entscheidung nach § 269 Abs. 3 Satz 3 ZPO	I		I
I		I	I über die Kosten ergeht oder die	I		I
I		I	I Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I		I
I		I	I Einigung der Parteien über die	I		I
I		I	I Kostentragung oder der	I		I
I		I	I Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I		I
I		I	I folgt,	I		I
I		I	I 2. Anerkenntnisurteil, Verzichtsurteil	I		I
I		I	I oder Urteil, das nach § 313a Abs. 2 ZPO	I		I
I		I	I keinen Tatbestand und keine	I		I
I		I	I Entscheidungsgründe enthält, oder	I		I
I		I	I 3. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I		I
I		I	I wenn keine Entscheidung über die Kosten	I		I
I		I	I ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I		I
I		I	I mitgeteilten Einigung der Parteien über	I		I
I		I	I die Kostentragung oder der	I		I
I		I	I Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I		I
I		I	I folgt,	I		I
I		I	I es sei denn, dass bereits ein anderes als	I		I
I		I	I eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I		I
I		I	I vorausgegangen ist:	I		I
I		I	I Die Gebühr 8210 ermäßigt sich auf	I	0,4	I
I		I	I Die Zurücknahme des Antrags auf	I		I
I		I	I Durchführung des streitigen Verfahrens, des	I		I
I		I	I Widerspruchs gegen den Mahnbescheid oder des	I		I
I		I	I Einspruchs gegen den Vollstreckungsbescheid	I		I
I		I	I stehen der Zurücknahme der Klage gleich.	I		I
I		I	I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I		I
I		I	I mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind	I		I
I		I	I oder Ermäßigungstatbestände mit einem	I		I
I		I	I Teilvergleich zusammentreffen.	I		I
I						I
I			Abschnitt 2			I
I			Berufung			I
I	8220	I	I Verfahren im Allgemeinen	I	3,2	I
I	8221	I	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I		I	I Zurücknahme der Berufung oder der Klage,	I		I
I		I	I bevor die Schrift zur Begründung der	I		I
I		I	I Berufung bei Gericht eingegangen ist:	I		I
I		I	I Die Gebühr 8220 ermäßigt sich auf	I	0,8	I
I		I	I Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I		I
I		I	I stehen der Zurücknahme gleich, wenn keine	I		I
I		I	I Entscheidung über die Kosten ergeht oder die	I		I
I		I	I Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I		I
I		I	I Einigung der Parteien über die	I		I
I		I	I Kostentragung oder der	I		I
I		I	I Kostenübernahmeerklärung einer Partei folgt.	I		I
I	8222	I	I Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I		I
I		I	I nicht Nummer 8221 erfüllt ist, durch	I		I

I	I 1. Zurücknahme der Berufung oder der Klage	I	I
I	I vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I Verhandlung,	I	I
I	I 2. Anerkenntnisurteil, Verzichtsurteil oder	I	I
I	I Urteil, das nach § 313a Abs. 2 ZPO	I	I
I	I keinen Tatbestand und keine	I	I
I	I Entscheidungsgründe enthält, oder	I	I
I	I 3. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I	I
I	I wenn keine Entscheidung über die Kosten	I	I
I	I ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I	I
I	I mitgeteilten Einigung der Parteien über	I	I
I	I die Kostentragung oder der	I	I
I	I Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I	I
I	I folgt,	I	I
I	I es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I
I	I vorausgegangen ist:	I	I
I	I Die Gebühr 8220 ermäßigt sich auf	I	I 1,6
I	I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind	I	I
I	I oder Ermäßigungstatbestände mit einem	I	I
I	I Teilvergleich zusammentreffen.	I	I
I 8223	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I ein Urteil, das wegen eines Verzichts der	I	I
I	I Parteien nach § 313a Abs. 1 Satz 2 ZPO	I	I
I	I keine schriftliche Begründung enthält, wenn	I	I
I	I nicht bereits ein anderes als eines der in	I	I
I	I Nummer 8222 Nr. 2 genannten Urteile oder	I	I
I	I ein Beschluss in der Hauptsache	I	I
I	I vorausgegangen ist:	I	I
I	I Die Gebühr 8220 ermäßigt sich auf	I	I 2,4
I	I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I daneben Ermäßigungstatbestände nach Nummer	I	I
I	I 8222 erfüllt sind oder Ermäßigungstatbestände	I	I
I	I mit einem Teilvergleich zusammentreffen.	I	I
I		I	I
I	Abschnitt 3	I	I
I	Revision	I	I
I 8230	I Verfahren im Allgemeinen	I	I 4,0
I 8231	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I Zurücknahme der Revision oder der Klage,	I	I
I	I bevor die Schrift zur Begründung der	I	I
I	I Revision bei Gericht eingegangen ist:	I	I
I	I Die Gebühr 8230 ermäßigt sich auf	I	I 0,8
I	I Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I	I
I	I stehen der Zurücknahme gleich, wenn keine	I	I
I	I Entscheidung über die Kosten ergeht oder	I	I
I	I die Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I	I
I	I Einigung der Parteien über die Kostentragung	I	I
I	I oder der Kostenübernahmeerklärung einer	I	I
I	I Partei folgt.	I	I
I 8232	I Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I	I
I	I nicht Nummer 8231 erfüllt ist, durch	I	I

I	I	1. Zurücknahme der Revision oder der Klage	I	I
I	I	I vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I	I Verhandlung,	I	I
I	I	2. Anerkenntnis- oder Verzichtsurteil oder	I	I
I	I	3. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I	I
I	I	I wenn keine Entscheidung über die Kosten	I	I
I	I	I ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I	I
I	I	I mitgeteilten Einigung der Parteien über	I	I
I	I	I die Kostentragung oder der	I	I
I	I	I Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I	I
I	I	I folgt,	I	I
I	I	I es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I	I eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I
I	I	I vorausgegangen ist:	I	I
I	I	I Die Gebühr 8230 ermäßigt sich auf	I	2,4
I	I	I Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I	I mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind	I	I
I	I	I oder Ermäßigungstatbestände mit einem	I	I
I	I	I Teilvergleich zusammentreffen.	I	I
I				I
I		Hauptabschnitt 3		I
I		Arrest und einstweilige Verfügung		I
I		Vorbemerkung 8.3:		I
I		Im Verfahren über den Antrag auf Anordnung eines Arrests oder		I
I		einer einstweiligen Verfügung und im Verfahren über den Antrag		I
I		auf Aufhebung oder Abänderung (§ 926 Abs. 2, §§ 927, 936 ZPO)		I
I		werden die Gebühren jeweils gesondert erhoben. Im Fall des		I
I		§ 942 ZPO gilt dieses Verfahren und das Verfahren vor dem		I
I		Gericht der Hauptsache als ein Rechtsstreit.		I
I				I
I		Abschnitt 1		I
I		Erster Rechtszug		I
I	8310	I Verfahren im Allgemeinen	I	0,4
I	8311	I Es wird durch Urteil entschieden oder es	I	I
I		I ergeht ein Beschluss nach § 91a oder § 269	I	I
I		I Abs. 3 Satz 3 ZPO, es sei denn, der	I	I
I		I Beschluss folgt einer zuvor mitgeteilten	I	I
I		I Einigung der Parteien über die Kostentragung	I	I
I		I oder der Kostenübernahmeerklärung einer	I	I
I		I Partei:	I	I
I		I Die Gebühr 8310 erhöht sich auf	I	2,0
I		I Die Gebühr wird nicht erhöht, wenn durch	I	I
I		I Anerkenntnisurteil, Verzichtsurteil oder	I	I
I		I Urteil, das nach § 313a Abs. 2 ZPO keinen	I	I
I		I Tatbestand und keine Entscheidungsgründe	I	I
I		I enthält, entschieden wird. Dies gilt auch,	I	I
I		I wenn eine solche Entscheidung mit einem	I	I
I		I Teilvergleich zusammentrifft.	I	I
I				I
I		Abschnitt 2		I
I		Berufung		I
I	8320	I Verfahren im Allgemeinen	I	3,2
I	8321	I Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I

I	I	Zurücknahme der Berufung, des Antrags oder	I	I
I	I	des Widerspruchs, bevor die Schrift zur	I	I
I	I	Begründung der Berufung bei Gericht	I	I
I	I	eingegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 8320 ermäßigt sich auf	I	0,8
I	I	Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO	I	I
I	I	stehen der Zurücknahme gleich, wenn keine	I	I
I	I	Entscheidung über die Kosten ergeht oder	I	I
I	I	die Entscheidung einer zuvor mitgeteilten	I	I
I	I	Einigung der Parteien über die Kostentragung	I	I
I	I	oder der Kostenübernahmeerklärung einer	I	I
I	I	Partei folgt.	I	I
I	8322	Beendigung des gesamten Verfahrens, wenn	I	I
I	I	nicht Nummer 8321 erfüllt ist, durch	I	I
I	I	1. Zurücknahme der Berufung oder des Antrags	I	I
I	I	vor dem Schluss der mündlichen	I	I
I	I	Verhandlung,	I	I
I	I	2. Anerkenntnisurteil, Verzichtsurteil oder	I	I
I	I	Urteil, das nach § 313a Abs. 2 ZPO	I	I
I	I	keinen Tatbestand und keine	I	I
I	I	Entscheidungsgründe enthält, oder	I	I
I	I	3. Erledigungserklärungen nach § 91a ZPO,	I	I
I	I	wenn keine Entscheidung über die Kosten	I	I
I	I	ergeht oder die Entscheidung einer zuvor	I	I
I	I	mitgeteilten Einigung der Parteien über	I	I
I	I	die Kostentragung oder der	I	I
I	I	Kostenübernahmeerklärung einer Partei	I	I
I	I	folgt,	I	I
I	I	es sei denn, dass bereits ein anderes als	I	I
I	I	eines der in Nummer 2 genannten Urteile	I	I
I	I	vorausgegangen ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 8320 ermäßigt sich auf	I	1,6
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn	I	I
I	I	mehrere Ermäßigungstatbestände erfüllt sind	I	I
I	I	oder Ermäßigungstatbestände mit einem	I	I
I	I	Teilvergleich zusammentreffen.	I	I
I	8323	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I	I
I	I	ein Urteil, das wegen eines Verzichts der	I	I
I	I	Parteien nach § 313a Abs. 1 Satz 2 ZPO keine	I	I
I	I	schriftliche Begründung enthält, wenn nicht	I	I
I	I	bereits ein anderes als eines der in Nummer	I	I
I	I	8322 Nr. 2 genannten Urteile oder ein	I	I
I	I	Beschluss in der Hauptsache vorausgegangen	I	I
I	I	ist:	I	I
I	I	Die Gebühr 8320 ermäßigt sich auf	I	2,4
I	I	Die Gebühr ermäßigt sich auch, wenn daneben	I	I
I	I	Ermäßigungstatbestände nach Nummer 8322	I	I
I	I	erfüllt sind oder solche	I	I
I	I	Ermäßigungstatbestände mit einem	I	I
I	I	Teilvergleich zusammentreffen.	I	I
I			I	I
I		Abschnitt 3	I	I
I		Beschwerde	I	I

I	8330	I	Verfahren über Beschwerden gegen die	I		I
I		I	Zurückweisung eines Antrags auf Anordnung	I		I
I		I	eines Arrests oder einer einstweiligen	I		I
I		I	Verfügung	I	1,2	I
I	8331	I	Beendigung des gesamten Verfahrens durch	I		I
I		I	Zurücknahme der Beschwerde:	I		I
I		I	Die Gebühr 8330 ermäßigt sich auf	I	0,8	I
I						I
I			Hauptabschnitt 4			I
I			Besondere Verfahren			I
I	8400	I	Selbständiges Beweisverfahren	I	0,6	I
I	8401	I	Verfahren über Anträge auf Ausstellung	I		I
I		I	einer Bestätigung nach § 1079 ZPO	I	12,00 EUR	I
I						I
I			Hauptabschnitt 5			I
I			Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör			I
I	8500	I	Verfahren über die Rüge wegen Verletzung	I		I
I		I	des Anspruchs auf rechtliches Gehör	I		I
I		I	(§ 78a des Arbeitsgerichtsgesetzes):	I		I
I		I	Die Rüge wird in vollem Umfang verworfen	I		I
I		I	oder zurückgewiesen	I	40,00 EUR	I
I						I
I			Hauptabschnitt 6			I
I			Sonstige Beschwerden und Rechtsbeschwerden			I
I						I
I			Abschnitt 1			I
I			Sonstige Beschwerden			I
I	8610	I	Verfahren über Beschwerden nach § 71 Abs. 2, I			I
I		I	§ 91a Abs. 2, § 99 Abs. 2, § 269 Abs. 5 ZPO	I	60,00 EUR	I
I	8611	I	Verfahren über die Beschwerde gegen die	I		I
I		I	Nichtzulassung der Revision:	I		I
I		I	Soweit die Beschwerde verworfen oder	I		I
I		I	zurückgewiesen wird	I	1,6	I
I	8612	I	Verfahren über die Beschwerde gegen die	I		I
I		I	Nichtzulassung der Revision:	I		I
I		I	Soweit die Beschwerde zurückgenommen oder	I		I
I		I	das Verfahren durch anderweitige Erledigung	I		I
I		I	beendet wird	I	0,8	I
I		I	Die Gebühr entsteht nicht, soweit die	I		I
I		I	Revision zugelassen wird.	I		I
I	8613	I	Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I		I
I		I	Beschwerden, die nicht nach anderen	I		I
I		I	Vorschriften gebührenfrei sind:	I		I
I		I	Die Beschwerde wird verworfen oder	I		I
I		I	zurückgewiesen	I	40,00 EUR	I
I		I	Wird die Beschwerde nur teilweise verworfen			I
I		I	oder zurückgewiesen, kann das Gericht die	I		I
I		I	Gebühr nach billigem Ermessen auf die Hälfte			I
I		I	ermäßigen oder bestimmen, dass eine Gebühr	I		I
I		I	nicht zu erheben ist.	I		I
I						I
I			Abschnitt 2			I
I			Sonstige Rechtsbeschwerden			I

I 8620	I Verfahren über Rechtsbeschwerden in den	I	I
I	I Fällen des § 71 Abs. 1, § 91a Abs. 1, § 99	I	I
I	I Abs. 2, § 269 Abs. 4 oder § 516 Abs. 3 ZPO	I	I 120,00 EUR
I 8621	I Verfahren über nicht besonders aufgeführte	I	I
I	I Rechtsbeschwerden, die nicht nach anderen	I	I
I	I Vorschriften gebührenfrei sind:	I	I
I	I Die Rechtsbeschwerde wird verworfen oder	I	I
I	I zurückgewiesen	I	I 80,00 EUR
I	I Wird die Rechtsbeschwerde nur teilweise	I	I
I	I verworfen oder zurückgewiesen, kann das	I	I
I	I Gericht die Gebühr nach billigem Ermessen	I	I
I	I auf die Hälfte ermäßigen oder bestimmen,	I	I
I	I dass eine Gebühr nicht zu erheben ist.	I	I
I			
I	I Hauptabschnitt 7		
I	I Besondere Gebühr		
I 8700	I Auferlegung einer Gebühr nach § 38 GKG	I	I
I	I wegen Verzögerung des Rechtsstreits	I	I wie vom Gericht
I	I	I	I bestimmt

 Teil 9
 Auslagen

I Nr.	I Auslagentatbestand	I	I Höhe	I
I	I-----I			
I	I Vorbemerkung 9:			I
I	I (1) Auslagen, die durch eine für begründet befundene Beschwerde			I
I	I entstanden sind, werden nicht erhoben, soweit das Beschwerdeverfahren			I
I	I gebührenfrei ist; dies gilt jedoch nicht, soweit das			I
I	I Beschwerdegericht die Kosten dem Gegner des Beschwerdeführers			I
I	I auferlegt hat.			I
I	I (2) Sind Auslagen durch verschiedene Rechtssachen veranlasst,			I
I	I werden sie auf die mehreren Rechtssachen angemessen verteilt.			I
I 9000	I Pauschale für die Herstellung und	I		I
I	I Überlassung von Dokumenten:	I		I
I	I 1. Ausfertigungen, Ablichtungen und	I		I
I	I Ausdrücke die auf Antrag angefertigt,	I		I
I	I per Telefax übermittelt oder	I		I
I	I angefertigt worden sind, weil die	I		I
I	I Partei oder ein Beteiligter es	I		I
I	I unterlassen hat, die erforderliche Zahl	I		I
I	I von Mehrfertigungen beizufügen:	I		I
I	I für die ersten 50 Seiten je Seite	I	I 0,50 EUR	I
I	I für jede weitere Seite	I	I 0,15 EUR	I
I	I 2. Überlassung von elektronisch	I		I
I	I gespeicherten Dateien anstelle der in	I		I
I	I Nummer 1 genannten Ausfertigungen,	I		I
I	I Ablichtungen und Ausdrücke:	I		I
I	I je Datei	I	I 2,50 EUR	I
I	I (1) Die Höhe der Dokumentenpauschale nach	I		I
I	I Nummer 1 ist in jedem Rechtszug und für	I		I
I	I jeden Kostenschuldner nach § 28 Abs. 1 GKG	I		I

I	I gesondert zu berechnen; Gesamtschuldner	I	I
I	I gelten als ein Schuldner.	I	I
I	I Die Dokumentenpauschale ist auch im	I	I
I	I erstinstanzlichen Musterverfahren nach dem	I	I
I	I KapMuG gesondert zu berechnen.	I	I
I	I (2) Frei von der Dokumentenpauschale sind	I	I
I	I für jede Partei, jeden Beteiligten, jeden	I	I
I	I Beschuldigten und deren bevollmächtigte	I	I
I	I Vertreter jeweils	I	I
I	I 1. eine vollständige Ausfertigung oder	I	I
I	I Ablichtung oder ein vollständiger	I	I
I	I Ausdruck jeder gerichtlichen	I	I
I	I Entscheidung und jedes vor Gericht	I	I
I	I abgeschlossenen Vergleichs,	I	I
I	I 2. eine Ausfertigung ohne Tatbestand und	I	I
I	I Entscheidungsgründe und	I	I
I	I 3. eine Ablichtung oder ein Ausdruck	I	I
I	I jede Niederschrift über eine Sitzung.	I	I
I	I § 191a Abs. 1 Satz 2 GVG bleibt unberührt.	I	I
I	I (3) Für die erste Ablichtung oder den	I	I
I	I ersten Ausdruck eines mit	I	I
I	I eidesstattlicher Versicherung abgegebenen	I	I
I	I Vermögensverzeichnisses und der	I	I
I	I Niederschrift über die Abgabe der	I	I
I	I eidesstattlichen Versicherung wird von	I	I
I	I demjenigen Kostenschuldner eine	I	I
I	I Dokumentenpauschale nicht erhoben, von dem	I	I
I	I die Gebühr 2114 oder 2115 zu erheben ist.	I	I
I 9001	I Auslagen für Telegramme	I	I in voller Höhe
I 9002	I 1. Auslagen für Zustellungen mit	I	I
I	I Zustellungsurkunde oder Einschreiben	I	I
I	I gegen Rückschein	I	I in voller Höhe
I	I 2. Zustellungen durch Justizbedienstete	I	I
I	I nach § 168 Abs. 1 ZPO:	I	I
I	I Anstelle der tatsächlichen Aufwendungen	I	I 7,50 EUR
I	I Neben Gebühren, die sich nach dem	I	I
I	I Streitwert richten, mit Ausnahme der Gebühr	I	I
I	I 3700, werden die Auslagen nur erhoben,	I	I
I	I soweit in einem Rechtszug Auslagen für mehr	I	I
I	I als 10 Zustellungen anfallen.	I	I
I	I Im erstinstanzlichen Musterverfahren nach	I	I
I	I dem KapMuG werden Auslagen für sämtliche	I	I
I	I Zustellungen erhoben.	I	I
I 9003	I Pauschale für	I	I
I	I 1. die Versendung von Akten auf Antrag je	I	I
I	I Sendung	I	I 12,00 EUR
I	I 2. die elektronische Übermittlung einer	I	I
I	I elektronisch geführten Akte auf Antrag .	I	I 5,00 EUR
I	I (1) Die Hin- und Rücksendung der Akten	I	I
I	I gelten zusammen als eine Sendung.	I	I
I	I (2) Die Auslagen werden von demjenigen	I	I
I	I Kostenschuldner nicht erhoben, von dem die	I	I
I	I Gebühr 2115 zu erheben ist.	I	I

I	9004	I	Auslagen für öffentliche Bekanntmachungen	I		I
I		I	1. bei Veröffentlichung in einem	I		I
I		I	elektronischen Informations- und	I		I
I		I	Kommunikationssystem, wenn ein Entgelt	I		I
I		I	nicht zu zahlen ist oder das Entgelt	I		I
I		I	nicht für den Einzelfall oder ein	I		I
I		I	einzelnes Verfahren berechnet wird:	I		I
I		I	je Veröffentlichung pauschal	I	1,00 EUR	I
I		I	2. in sonstigen Fällen	I	in voller Höhe	I
I		I	Auslagen für die Bekanntmachung eines	I		I
I		I	besonderen Prüfungstermins (§ 177 InsO,	I		I
I		I	§ 11 SVertO) werden nicht erhoben.	I		I
I	9005	I	Nach dem JVEG zu zahlende Beträge	I	in voller Höhe	I
I		I	(1) Nicht erhoben werden Beträge, die an	I		I
I		I	ehrenamtliche Richter (§ 1 Abs. 1 Satz 1	I		I
I		I	Nr. 2 JVEG) gezahlt werden.	I		I
I		I	(2) Die Beträge werden auch erhoben, wenn	I		I
I		I	aus Gründen der Gegenseitigkeit, der	I		I
I		I	Verwaltungsvereinfachung oder aus	I		I
I		I	vergleichbaren Gründen keine Zahlungen zu	I		I
I		I	leisten sind. Ist aufgrund des § 1 Abs. 2	I		I
I		I	Satz 2 JVEG keine Vergütung zu zahlen, ist	I		I
I		I	der Betrag zu erheben, der ohne diese	I		I
I		I	Vorschrift zu zahlen wäre.	I		I
I		I	(3) Auslagen für Übersetzer, die zur	I		I
I		I	Erfüllung der Rechte Blinder oder	I		I
I		I	sehbehinderter Personen herangezogen werden	I		I
I		I	(§ 191a Abs. 1 GVG), werden nicht, Auslagen	I		I
I		I	für Gebärdensprachdolmetscher (§ 186 Abs. 1	I		I
I		I	GVG) werden nur nach Maßgabe des Absatzes 4	I		I
I		I	erhoben.	I		I
I		I	(4) Ist für einen Beschuldigten oder	I		I
I		I	Betroffenen, der der deutschen Sprache nicht	I		I
I		I	mächtig, hör- oder sprachbehindert ist, im	I		I
I		I	Strafverfahren oder im gerichtlichen	I		I
I		I	Verfahren nach dem OWiG ein Dolmetscher oder	I		I
I		I	Übersetzer herangezogen worden, um	I		I
I		I	Erklärungen oder Schriftstücke zu übertragen,	I		I
I		I	auf deren Verständnis der Beschuldigte oder	I		I
I		I	Betroffene zu seiner Verteidigung angewiesen	I		I
I		I	oder soweit dies zur Ausübung seiner	I		I
I		I	strafprozessualen Rechte erforderlich war,	I		I
I		I	werden von diesem die dadurch	I		I
I		I	entstandenen Auslagen nur erhoben, wenn das	I		I
I		I	Gericht ihm diese nach § 464c StPO oder die	I		I
I		I	Kosten nach § 467 Abs. 2 Satz 1 StPO, auch	I		I
I		I	i.V.m. § 467a Abs. 1 Satz 2 StPO, auferlegt	I		I
I		I	hat; dies gilt auch jeweils i.V.m. § 46	I		I
I		I	Abs. 1 OWiG.	I		I
I		I	(5) Im Verfahren vor den Gerichten für	I		I
I		I	Arbeitssachen werden Kosten für vom Gericht	I		I
I		I	herangezogene Dolmetscher und Übersetzer	I		I
I		I	nicht erhoben, wenn ein Ausländer Partei	I		I

I	I und die Gegenseitigkeit verbürgt ist oder	I	I
I	I ein Staatenloser Partei ist.	I	I
I 9006	I Bei Geschäften außerhalb der Gerichtsstelle	I	I
I	I 1. die den Gerichtspersonen aufgrund	I	I
I	I gesetzlicher Vorschriften gewährte	I	I
I	I Vergütung (Reisekosten, Auslagenersatz)	I	I
I	I und die Auslagen für die	I	I
I	I Bereitstellung von Räumen	I in voller Höhe	I
I	I 2. für den Einsatz von	I	I
I	I Dienstkraftfahrzeugen für jeden	I	I
I	I gefahrenen Kilometer	I 0,30 EUR	I
I 9007	I An Rechtsanwälte zu zahlende Beträge mit	I	I
I	I Ausnahme der nach § 59 RVG auf die	I	I
I	I Staatskasse übergegangenen Ansprüche	I in voller Höhe	I
I 9008	I Auslagen für	I	I
I	I 1. die Beförderung von Personen	I in voller Höhe	I
I	I 2. Zahlungen an mittellose Personen für die	I	I
I	I Reise zum Ort einer Verhandlung,	I	I
I	I Vernehmung oder Untersuchung und für die	I	I
I	I Rückreise	I bis zur Höhe	I
I	I	I der nach dem	I
I	I	I JVEG an Zeugen	I
I	I	I zu zahlenden	I
I	I	I Beträge	I
I 9009	I An Dritte zu zahlende Beträge für	I	I
I	I 1. die Beförderung von Tieren und Sachen	I	I
I	I mit Ausnahme der für Postdienstleistungen	I	I
I	I zu zahlenden Entgelte, die	I	I
I	I Verwahrung von Tieren und Sachen sowie	I	I
I	I die Fütterung von Tieren	I in voller Höhe	I
I	I 2. die Beförderung und die Verwahrung von	I	I
I	I Leichen	I in voller Höhe	I
I	I 3. die Durchsuchung oder Untersuchung von	I	I
I	I Räumen und Sachen einschließlich der die	I	I
I	I Durchsuchung oder Untersuchung	I	I
I	I vorbereitenden Maßnahmen	I in voller Höhe	I
I	I 4. die Bewachung von Schiffen und	I	I
I	I Luftfahrzeugen	I in voller Höhe	I
I 9010	I Kosten einer Zwangshaft, auch aufgrund	I	I
I	I eines Haftbefehls nach § 901 ZPO	I in Höhe des	I
I	I	I Haftkostenbeitrags	I
I	I	I nach § 50 Abs. 2	I
I	I	I und 3 StVollzG	I
I 9011	I Kosten einer Haft außer Zwangshaft, Kosten	I	I
I	I einer einstweiligen Unterbringung	I	I
I	I (§ 126a StPO), einer Unterbringung zur	I	I
I	I Beobachtung (§ 81 StPO, § 73 JGG) und einer	I	I
I	I einstweiligen Unterbringung in einem Heim	I	I
I	I der Jugendhilfe (§ 71 Abs. 2, § 72 Abs. 4	I	I
I	I JGG)	I in Höhe des	I
I	I Diese Kosten werden nur angesetzt, wenn sie	I Haftkostenbeitrags	I
I	I nach § 50 Abs. 1 StVollzG zu erheben wären.	I nach § 50 Abs. 2	I
I	I	I und 3 StVollzG	I

I 9012	I Nach dem Auslandskostengesetz zu zahlende	I	I
I	I Beträge	I in voller Höhe	I
I 9013	I Beträge, die inländischen Behörden, öffentlichen	I	I
I	I Einrichtungen oder Bediensteten als Ersatz	I	I
I	I für Auslagen der in den Nummern 9000 bis	I	I
I	I 9011 bezeichneten Art zustehen	I begrenzt durch	I
I	I Die Beträge werden auch erhoben, wenn aus	I die Höchstsätze	I
I	I Gründen der Gegenseitigkeit, der	I für die Auslagen	I
I	I Verwaltungsvereinfachung oder aus	I 9000 bis 9011	I
I	I vergleichbaren Gründen keine Zahlungen zu	I	I
I	I leisten sind.	I	I
I 9014	I Beträge, die ausländischen Behörden,	I	I
I	I Einrichtungen oder Personen im Ausland	I	I
I	I zustehen, sowie Kosten des Rechtshilfeverkehrs	I	I
I	I mit dem Ausland	I in voller Höhe	I
I	I Die Beträge werden auch erhoben, wenn aus	I	I
I	I Gründen der Gegenseitigkeit, der	I	I
I	I Verwaltungsvereinfachung oder aus	I	I
I	I vergleichbaren Gründen keine Zahlungen zu	I	I
I	I leisten sind.	I	I
I 9015	I Auslagen der in den Nummern 9000 bis 9014	I	I
I	I bezeichneten Art, soweit sie durch die	I	I
I	I Vorbereitung der öffentlichen Klage	I	I
I	I entstanden sind	I begrenzt durch	I
I	I	I die Höchstsätze	I
I	I	I für die	I
I	I	I Auslagen 9000	I
I	I	I bis 9013	I
I 9016	I Auslagen der in den Nummern 9000 bis 9014	I	I
I	I bezeichneten Art, soweit sie durch das dem	I	I
I	I gerichtlichen Verfahren vorausgegangene	I	I
I	I Bußgeldverfahren entstanden sind	I begrenzt durch	I
I	I Absatz 3 der Anmerkung zu Nummer 9005 ist	I die Höchstsätze	I
I	I nicht anzuwenden.	I für die Auslagen	I
I	I	I 9000 bis 9013	I
I 9017	I Nach § 50 Abs. 5 FGG an den Verfahrenspfleger	I	I
I	I zu zahlende Beträge	I in voller Höhe	I
I 9018	I An den vorläufigen Insolvenzverwalter,	I	I
I	I den Insolvenzverwalter,	I	I
I	I die Mitglieder des Gläubigerausschusses	I	I
I	I oder die Treuhänder auf der Grundlage der	I	I
I	I Insolvenzrechtlichen Vergütungsverordnung	I	I
I	I aufgrund einer Stundung nach § 4a InsO zu	I	I
I	I zahlende Beträge	I in voller Höhe	I
I 9019	I Im ersten Rechtszug des Prozessverfahrens:	I	I
I	I Auslagen des erstinstanzlichen Muster-	I	I
I	I verfahrens nach dem KapMuG zuzüglich	I	I
I	I Zinsen	I anteilig	I
I	I (1) Die im erstinstanzlichen Muster-	I	I
I	I verfahren entstehenden Auslagen nach	I	I
I	I Nummer 9005 werden vom Tag nach der	I	I
I	I Auszahlung bis zum rechtskräftigen Abschluss	I	I
I	I des Musterverfahrens mit 5 Prozentpunkten	I	I

I I über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB I I
 I I verzinnt. I I
 I I (2) Auslagen und Zinsen werden nur I I
 I I erhoben, wenn der Kläger nicht innerhalb I I
 I I von zwei Wochen ab Zustellung des I I
 I I Aussetzungsbeschlusses nach § 7 KapMuG seine I I
 I I Klage in der Hauptsache zurücknimmt. I I
 I I (3) Der Anteil bestimmt sich nach dem I I
 I I Verhältnis der Höhe des von dem Kläger I I
 I I geltend gemachten Anspruchs, soweit dieser I I
 I I Gegenstand des Musterverfahrens ist, zu I I
 I I der Gesamthöhe der vom Musterkläger und den I I
 I I Beigeladenen des Musterverfahrens in den I I
 I I Prozesserfahren geltend gemachten Ansprüche, I I
 I I soweit diese Gegenstand des Musterverfahrens I I
 I I sind. Der Anspruch des Musterklägers oder I I
 I I eines Beigeladenen ist hierbei nicht zu I I
 I I berücksichtigen, wenn er innerhalb von I I
 I I zwei Wochen ab Zustellung des Aussetzungs- I I
 I I beschlusses nach § 7 KapMuG seine Klage in I I
 I I der Hauptsache zurücknimmt. I I

GKG 2004 Anlage 2 (zu § 34)

< Fundstelle des Originaltextes: BGBI. I 2004, 775 >

Streitwert bis ... EUR	I	Gebühr ... EUR	I	Streitwert bis ... EUR	I	Gebühr ... EUR
300	I	25	I	40.000	I	398
600	I	35	I	45.000	I	427
900	I	45	I	50.000	I	456
1.200	I	55	I	65.000	I	556
1.500	I	65	I	80.000	I	656
2.000	I	73	I	95.000	I	756
2.500	I	81	I	110.000	I	856
3.000	I	89	I	125.000	I	956
3.500	I	97	I	140.000	I	1.056
4.000	I	105	I	155.000	I	1.156
4.500	I	113	I	170.000	I	1.256
5.000	I	121	I	185.000	I	1.356
6.000	I	136	I	200.000	I	1.456
7.000	I	151	I	230.000	I	1.606
8.000	I	166	I	260.000	I	1.756
9.000	I	181	I	290.000	I	1.906
10.000	I	196	I	320.000	I	2.056
13.000	I	219	I	350.000	I	2.206
16.000	I	242	I	380.000	I	2.356
19.000	I	265	I	410.000	I	2.506
22.000	I	288	I	440.000	I	2.656
25.000	I	311	I	470.000	I	2.806
30.000	I	340	I	500.000	I	2.956
35.000	I	369	I			